

## **7 Dringlichkeitsanträge**

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Wir sind jetzt am Ende der öffentlichen Tagesordnung und kommen nun zu den dringlichen Anträgen, und ich übergebe den Vorsitz an meinen Stadtratskollegen Manfred Eber.

***Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (15.45 Uhr).***

### **7.1 Petition an das Land Steiermark – Nachschärfung der Regelung im § 10 Steiermärkisches Baugesetz zum Kinderspielplatz (GR Max Zirngast, BA, KPÖ)**

**GR Zirngast:**

Geschätzter Herr Vorsitzender, geschätzte Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und Zuhörer:innen und Zuseher:innen zuhause. Ich mache es kurz, es geht um Folgendes, es wird immer wieder an uns herangetragen, und wir kennen auch Beispiele davon, dass Bauträger, wenn sie Projekte errichten, keine genügenden Spielplätze herstellen oder Spielplätze durchaus Hochrisikostellen herstellen, zum Beispiel in der Nähe von Bahngleisen, Straßen, Parkplätzen etc., oder dass diese Spielplätze oder als Spielplatz ausgewiesenen Flächen sozusagen einfach nur asphaltierte Flächen sind, oder durchaus begrünte, aber ohne jegliche Geräte und auch Lüftungsschächte zum Beispiel von Tiefgaragen und dergleichen mehr, so gebaut sind, dass sie zu Risikofaktoren für spielende Kinder werden. Das ist durchaus vom Baurecht gedeckt, also das ist nichts rechtswidrig. Warum das so möglich ist, ist weil das Steirische Baugesetz in der Frage Kinderspielplätze erstens nicht sehr präzise ist, und auch widersprüchliche Formulierungen enthält. Und darum geht es uns im Grunde mit diesem Antrag, dass man einerseits diese widersprüchlichen Formulierungen klarstellt und zum anderen auch eine klare Definition davon, was ein Spielplatz ist und wie seine

Lage zu sein hat, herstellt. Ich möchte nur ganz kurz auf den entsprechenden Paragraphen im Steirischen Baugesetz referieren, also vor allem im § 10 Abs. 1 ist die Rede davon, dass einem Bauplatz ein Kinderspielplatz vorzusehen ist, also das heißt noch nicht, dass er herzustellen ist, im Abs. 3 ist dann sehr wohl von einer möglichen Herstellung in der Nähe des Baugrundstücks, sofern sozusagen das nicht am eigentlichen Baugrundstück möglich ist, was ja sein kann, die Rede. Das ist schon einmal das eine, was man korrigieren müsste. Unser Vorschlag ist dann eben, wie dann im Antragstext auch formuliert, dass man das sozusagen orientiert an der ÖNORM B 2607, das ist die österreichische Norm wie Kinderspielplätze beziehungsweise die Mindestanforderungen, die Kinderspielplätze zu erfüllen haben, was die Ausgestaltung, die Geräte, aber eben auch die Lage der Kinderspielplätze betrifft. An dem sollte man sich orientieren, um einerseits eben diesen Paragraphen oder diesen Absatz präziser zu formulieren und zum anderen überhaupt eine Definition davon, was ein Kinderspielplatz ist, zu übernehmen. Deswegen richten wir an den Steirischen Landtag diese Petition, ich darf den Antragstext kurz vorlesen, der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat ersucht den Steiermärkischen Landtag, den § 10 im Baugesetz zum Thema Kinderspielplätze zu erweitern, insbesondere um eine Definition dessen, wie ein Kinderspielplatz auszusehen hat und weitere Richtlinien zu seiner Lage (fern von Gefahrenzonen wie Straßen, Schienen, Parkplätzen; möglichst in Sicht- und Rufweite aller Wohnungen des Wohngebäudes, also damit sozusagen Eltern auch ihre Kinder rufen können oder hören, wenn zum Beispiel Hilfeschreie oder dergleichen kommen).
2. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert den Steiermärkischen Landtag auf, den entsprechenden Absatz 1 im § 10 des Steiermärkischen Baugesetzes dahingehend zu ändern, dass bei der Errichtung von Gebäuden mit mehr als drei Wohnungen sowie bei Zu- oder Umbaumaßnahmen, durch die ein Gebäude mit mehr als drei Wohnungen geschaffen wird, auf dem Bauplatz ein

Kinderspielplatz, nicht nur vorzusehen, sondern normgerecht herzustellen ist. Diesem Erfordernis kann auch durch die Anlage von Gemeinschaftsspielplätzen Rechnung getragen werden.

Ich bitte um Zustimmung. Danke (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Immer wieder gibt es in Graz Wohnbauprojekte, bei denen zwar, wie im Steiermärkischen Baugesetz festgelegt, Flächen für Kinderspielplätze vorgesehen, diese jedoch ungeeignet platziert oder auch aufgesplittert in den Bauplänen dargestellt sind – und dennoch völlig rechtskonform bewilligt werden. Wie die Geländestrukturen oder Untergrund gestaltet sein sollen ist im Baugesetz ebenso wenig definiert wie eine Geräteausstattung.*

*Darum gibt es immer wieder Fälle von ungünstig gelegenen Spielplätzen, die etwa direkt an Parkplätze oder wie in Wetzelsdorf sogar an Bahnschienen angrenzen.<sup>1</sup> Oft kommt es vor, dass zwar Spielplatzflächen vorgesehen sind, auf denen aber nie auch nur ein einziges Spielgerät aufgestellt wird – etwa im Brauquartier Puntigam oder in der Niesenberggasse/Ecke Finkengasse.*

*Gründe dafür sind eine Unschärfe und Leerstellen im Gesetz. Im §10 leg. cit. Abs. 1 ist festgehalten, dass bei der Errichtung von Gebäuden mit mehr als drei Wohnungen „auf dem Bauplatz ein Kinderspielplatz vorzusehen“ sei. Im Abs. 3 heißt es jedoch – schon präziser –, dass es dem Bauherrn(!) gestattet werden kann, den „Kinderspielplatz in der Nähe des Baugrundstückes herzustellen“.*

*Überhaupt fehlt im Steiermärkischen Baugesetz eine Definition, was ein Kinderspielplatz ist – anders als etwa in der Wiener Bauordnung oder im Vorarlberger*

---

<sup>1</sup> [https://www.meinbezirk.at/graz/c-lokales/neben-bahntrassen-gefaehrlicher-spielplatz-mitten-in-wetzelsdorf\\_a3223026](https://www.meinbezirk.at/graz/c-lokales/neben-bahntrassen-gefaehrlicher-spielplatz-mitten-in-wetzelsdorf_a3223026)

*Baugesetz. Eine Erweiterung des entsprechenden Paragraphen ist dringend nötig. Orientieren könnte man sich dabei an der ÖNORM B 2607 zu den Planungsrichtlinien von Kinderspielplätzen. Darin ist sehr ausführlich und umfassend beschrieben, wie ein Kinderspielplatz ausgestattet und wie er gelegen sein soll.*

*Weiters wäre es wichtig – wie ebenfalls in der ÖNORM ausgeführt –, die Lage von Spielplätzen so vorzuschreiben, dass sie möglichst weit von Gefahrenzonen wie Straßen, Schienen, Stellflächen, Lüftungsschächten etc. entfernt sind. Spielplätze sollten für Kinder vom Wohnort aus sicher erreichbar sein. Auch wäre es sinnvoll, Spielplätze so zu errichten, dass sie möglichst in Sicht- und Rufweite aller Wohnungen des Wohngebäudes oder von Balkonen aus in den Innenhof sind.*

*Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden*

### **Antrag zur dringlichen Behandlung**

*Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Der Gemeinderat ersucht den Steiermärkischen Landtag, den § 10 im Baugesetz zum Thema Kinderspielplätze zu erweitern, insbesondere um eine Definition dessen, wie ein Kinderspielplatz auszusehen hat und weitere Richtlinien zu seiner Lage (fern von Gefahrenzonen wie Straßen, Schienen, Parkplätzen; möglichst in Sicht- und Rufweite aller Wohnungen des Wohngebäudes, etc.).*
- 2. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert den Steiermärkischen Landtag auf, den entsprechenden Absatz 1 im § 10 des Steiermärkischen Baugesetzes dahingehend zu ändern, dass bei der Errichtung von Gebäuden mit mehr als drei Wohnungen sowie bei Zu- oder Umbaumaßnahmen, durch die ein Gebäude mit mehr als drei Wohnungen geschaffen wird, auf dem Bauplatz ein Kinderspielplatz, nicht nur vorzusehen, sondern normgerecht herzustellen ist.*

*Diesem Erfordernis kann auch durch die Anlage von Gemeinschaftsspielplätzen Rechnung getragen werden.*

**Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.**

GR<sup>in</sup> Kreiner:

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher. Wir sind grundsätzlich für die Erweiterung im Steiermärkischen Baugesetz zum Thema Kinderspielplätze, wie im Punkt 1 im ursprünglichen Antrag auch eingebracht. Eine Definition zum Aussehen und Richtlinien zur Lage sollen aufgenommen werden. Allerdings sind wir bei Punkt 2 nicht ganz dieser Meinung, sondern wir würden das anders sehen, und zwar sind wir dafür, die Forderung auf dem Bauplatz einen Kinderspielplatz nicht nur vorzusehen, sondern auch normgerecht herzustellen, von Fachexperten zu prüfen, denn nicht jede Wohnanlage, oder zu- oder umbaubedingt, unter allen Umständen, einen Spielplatz. Bei einer kleineren Wohnanlage mit nur vier Wohneinheiten wären die Kosten wesentlich höher als bei einem Großprojekt, auch dies gilt es zu berücksichtigen. Daher stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

**Abänderungsantrag:**

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Punkt 1 wäre wie im ursprünglichen Antragstext, und punkt 2 wäre:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert den Steiermärkischen Landtag und die zuständigen Fachexperten auf, den entsprechenden Absatz 1 im § 10 des Stmk. Baugesetzes dahingehend zu prüfen, ob bei der Errichtung von Gebäuden mit mehr als drei Wohnungen beziehungsweise bei Zu- oder Umbaumaßnahmen, durch die ein Gebäude mit mehr als drei Wohnungen geschaffen wird und dementsprechend Platz vorhanden ist, auf dem Bauplatz ein Kinderspielplatz, normgerecht hergestellt werden

soll. Diese Frage soll von Fachexperten geprüft und beantwortet werden. Diesem Erfordernis kann auch durch die Anlage von Gemeinschaftsspielplätzen Rechnung getragen werden. Danke (Appl.).

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei stelle ich folgenden*

**Abänderungsantrag**

*Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Der Gemeinderat ersucht den Steiermärkischen Landtag, § 10 im Stmk. Baugesetz zum Thema Kinderspielplätze zu erweitern, insbesondere um eine Definition dessen, wie ein Kinderspielplatz auszusehen hat und weitere Richtlinien zu seiner Lage (fern von Gefahrenzonen wie Straßen, Schienen, Parkplätzen; möglichst in Sicht- und Rufweite aller Wohnungen des Wohngebäudes, etc.).*
- 2. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert den Steiermärkischen Landtag und die zuständigen Fachexperten auf, den entsprechenden Absatz 1 im § 10 des Stmk. Baugesetzes dahingehend zu prüfen, ob*
  - bei der Errichtung von Gebäuden mit mehr als drei Wohnungen beziehungsweise*
  - bei Zu- oder Umbaumaßnahmen, durch die ein Gebäude mit mehr als drei Wohnungen geschaffen wird und dementsprechend Platz vorhanden ist, auf dem Bauplatz ein Kinderspielplatz, normgerecht hergestellt werden soll.*

*Diesem Erfordernis kann auch durch die Anlage von Gemeinschaftsspielplätzen Rechnung getragen werden.*

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> **Aygan-Romaner**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleg:innen und eventuelle Zuschauer:innen, auf der Galerie ist ja niemand. Man sieht bei diesem Antrag beziehungsweise beim Gesetzestext und auch beim Abänderungsantrag, wie wichtig das Wording in Gesetzestexten ist. Hier entscheidet das Wort sollen oder müssen, wie dann ein Gesetz umgesetzt wird oder ob es überhaupt umgesetzt wird, deswegen muss man ganz genau darauf schauen, vorzusehen reicht einfach nicht in der Gesetzgebung für Spielplätze, wenn man bedenkt, dass wir in einem urbanen Umfeld leben, wie wichtig da Spielplätze sind. Ich habe das Glück gehabt, in einer Gemeinde aufzuwachsen, wo ich im Wald spielen konnte, wo genug Wiesen da waren, öffentliche Plätze waren. In der Stadt ist es einfach für die Kinder nicht so leicht möglich, dass sie frei spielen können, für die Entwicklung von Kindern, und auch von Erwachsenen übrigens, ist Spielen einfach unglaublich wichtig, damit sie ihre Grenzen ausloten können, damit sie ihre Erfahrungen an Vorbildern messen können, damit sie in Rollen schlüpfen können, dass sie verschiedenen Materialien kennen lernen können. Die ÖNORM ist so ein Paket mit 19 Seite, da ist eigentlich alles sehr detailliert und geregelt wie ein Spielplatz auszusehen hat, aber, wenn man sich das Steiermärkische Baugesetz und den § 10 zu den Kinderspielplätzen anschaut, die Fassung, ich glaube, die Erstfassung ist von 1995 und seitdem hat sich textlich nichts geändert, sie ist genau gleich. Inzwischen hat es aber sehr viele Zusatzerkenntnisse was Spielplätze anbelangt gegeben, und die gehören schon in das Steiermärkische Baugesetz rein. Deswegen finde ich deinen Antrag und deinen Vorstoß sehr gut, ich bedanke mich dafür. Was den Abänderungsantrag anbelangt, ich habe ihn zweimal durchlesen müssen, was der Unterschied überhaupt zum ursprünglichen Antrag ist. Wie gesagt, es geht um das Wording. Dass das Die Fachexperten prüfen müssen, dass Spielplätze notwendig sind, wenn Gebäude neugebaut werden oder umgebaut werden, finde ich schon bedenklich, weil ein Spielplatz ist ein Grundbedürfnis eines Kindes beziehungsweise von Kindern in einer Wohnanlage. Und dann das Zweite, was der Unterschied ist, also der erste Teil ist ja ganz gleich wie im ursprünglichen Antrag, und beim zweiten Teil,

ich muss es noch einmal suchen, weil das eben so ähnlich ist, finde ich jetzt nicht mehr aber die Fachexperten finde ich eben nicht notwendig, dass man das mithineinnehmen muss, weil natürlich Umsetzungen von Gesetzen geprüft werden von den zuständigen Stellen. Deswegen werden wir uns gegen den Abänderungsantrag entscheiden und den Antrag von Kollege Max Zirngast dementsprechend unterstützen. Danke (*Appl.*).

**GR Zirngast:**

Danke vielmals, also für die teilweise Zustimmung und für die Zustimmung zur Dringlichkeit. Nur ganz kurz ein paar Anmerkungen, zum einen ist das ein Thema, das durchaus von den Behörden und Ämtern der Stadt Graz immer wieder an das Land Steiermark herangetragen wurde, weil das kein neues Thema ist. Und dass es kein neues Thema ist, ich hoffe, ich sage jetzt nichts Falsches, das war jetzt aus dem Gedächtnis, aber zum Beispiel im Vorarlberger Baugesetz ist ein sehr viel ausführlicherer Paragraph mit Definition zum Thema sehr wohl vorhanden, und zwar schon seit 1972, und auch in der Wiener Bauordnung, wenn man sagt, ok Vorarlberg, da gibt es sozusagen keine Städte in der Größe von Graz, aber Wien dann vielleicht doch, ist es auch sehr viel deutlicher ausformuliert was nämlich das Problem der Flächen betrifft, das hier angesprochen wurde. Wie auch vorgesehen im Punkt 2, also in meinem Antrag ganz am Ende, ist ja auch klar definiert, dass sozusagen es durchaus möglich ist, dass bei gewissen Projekten tatsächlich kein Platz vorhanden ist am Baugrund selbst, aber eben dem durch Gemeinschaftsspielplätze in der der Nachbarschaft Rechnung getragen werden kann. Das ist durchaus legitim. Den Punkt der Prüfung verstehe ich schlichtweg einfach nicht ganz, weil wir ja dann, wenn wir eine Petition ans das Land beschließen, einerseits das Land Steiermark nicht einfach sagen wird, ach, super, die Stadt Graz schickt uns etwas, das machen wir jetzt, sondern das so oder so prüfen wird und in ihren Gremien diskutieren wird, und zum anderen, was die Umsetzung betrifft, gibt es ja ohnehin Ämter und Behörden, die die genaue Umsetzung prüfen. Also weiß ich nicht genau warum wir das dann näher definieren



müssen, aber wie gesagt, bitte sehr. Ich bitte um die Zustimmung zum Antrag. Danke (Appl.).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Lohr) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Lohr) angenommen.***

## **7.2 Fußgängerfreundliche Innenstadt (CO GR<sup>in</sup> Daniela Gmeinbauer, ÖVP)**

CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf ein Thema in Erinnerung bringen, das schön öfters hier im Gemeinderat thematisiert worden ist. Es geht um das Auskommen in der Schmiedgasse und um die Ernsthaftigkeit dieser Debatte. Das wurde schon von anderen Parteien hier im Gemeinderat eingebracht, und wir wollen aber Taten folgen lassen, indem wir den Ansatz eines renommierten Grazer Verkehrsexperten folgen, der schon vor Jahren tatsächlich die Schmiedgasse als reine Fußgängerzone gesehen hat. Damals wie heute ist festzustellen, dass niemand wirklich zufrieden ist mit dieser Situation in der Schmiedgasse. Fakt ist, dass die Gasse für ein gedeihliches und vor allem ungefährliches Miteinander aller Betroffenen einfach zu eng ist, um weiterhin gleichzeitig Fußgängerzone und Hauptroute durch die Innenstadt für Radfahrer zu sein. Diesem Antrag sei vorangestellt, dass es keineswegs darum geht, Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen oder gar Radfahrer gemeinhin und pauschal als rücksichtslos und gefährlich zu punzieren. Es geht uns vielmehr darum, dass für alle Betroffenen in der Schmiedgasse ein Höchstmaß an Sicherheit herzustellen ist und wir vor allem die schwächste Ebene in der Verkehrspyramide, wie von unserer zuständigen Verkehrsstadträtin öfters

angesprochen, nämlich die Fußgänger:innen sind, und um die geht es uns hier. Erfreulicherweise, und das ist natürlich auch jetzt den wärmeren Temperaturen geschuldet, erlebt die Gasse einen Zuspruch an Fußgängern, und das natürlich auch, weil sich dort Betriebe ansiedeln beziehungsweise auch weitere Gaststätten und diese Gaststätten auch Gastgärten errichtet haben. Somit ist der Platz bedauerlicherweise noch ein bisschen enger geworden und somit ist er für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen enger geworden. Und die Klagen an brenzligen Situationen, vor allem mit Kindern, älteren Menschen und Tieren, häufen sich und werden immer lauter. Eine ähnliche Situation kennen wir auch vom Franziskanerplatz her, und ich darf erinnern, erst vor wenigen Monaten konnten wir beruhigt über den Franziskanerplatz schlendern, weil wir dies dem Advent zu verdanken hatten und dort auch Adventhütten aufgestellt worden sind und somit die Radfahrer:innen gebeten worden sind, das Fahrrad über den Franziskanerplatz zu schieben. Das war sehr, sehr angenehm. Und auch jetzt in der wärmeren Jahreszeit sind dort viele Gastgärten wieder aufgebaut worden und von daher auch der Platz eingeschränkt und es wäre schön, wenn wir auch dort jetzt die Situation wieder finden könnten, das Radfahrer:innen gebeten werden, das Rad zu schieben. Die Situation hat sich natürlich auch durch die Zunahme von E-Rollern und Fahrrad-Essens-Zustellern noch einmal verschärft, da sich diese einerseits durch den Elektroantrieb und andererseits durch Zeitdruck nicht immer an die vorgegebenen Geschwindigkeiten halten. Es ist wie es ist, in verdichteten Räumen, wie in den Innenstädten und bei uns eben in der Schmiedgasse und der angesprochenen Franziskanerplatz darstellt, wo Radfahrer, Spaziergänger, die angesprochenen E-Scooter unterwegs sind, ist es Gebot der Stunde, durch mutige Initiativen für eine Entschärfung des Konfliktpotenzials in diesen angesprochenen Gassen und auf dem Platz durch eine Entflechtung für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen zu sorgen. Vor rund einem Jahr hat die zuständige Verkehrsstadträtin angekündigt, dass sie sich der Sache annehmen wird, dieser Problematik Herr werden wird und auch Lösungen prüfen werde, damit es zu einer Entschärfung kommt. Sie betonte dabei, dass es ihr besonders wichtig ist, eben in ihrer Verkehrspyramide die Fußgänger:innen an erster Stelle zu stellen, gefolgt von

den Radfahrer:innen. Wie gesagt, das war vor einem Jahr, die Monate sind vergangen, wir haben letztes Jahr im November dahingehend, beziehungsweise eine andere Fraktion hat dahingehend einen Antrag gestellt, haben bis dato keine Antwort bekommen und daher darf ich unter dem Motto, „Wer den Fußgänger liebt, der schiebt das Fahrrad“, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**dringlichen Antrag:**

1. Die zuständige Vizebürgermeisterin Judith Schwentner wird beauftragt, unter Einbindung der Fußgänger:innenbeauftragten zu überprüfen, die Schmiedgasse und den Franziskanerplatz zu reinen Fußgängerzonen zu erklären.
2. Alternative Strecken zur Schmiedgasse sowie zum Franziskanerplatz für Radfahrer:innen sollen geprüft werden.

Ich bitte um breite Zustimmung. Dankeschön (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Die Verkehrsdiskussion um die Schmiedgasse ist eine bereits lange und in verschiedenartiger Intensität und Ernsthaftigkeit geführte Debatte.*

*Während sich manche Parteien der Diskussion eher populistisch-aktivistisch nähern, verfolgen wir den Ansatz eines renommierten Grazer Verkehrsexperten, der die Schmiedgasse schon vor Jahren tatsächlich als reine, „echte“ Fußgängerzone gesehen hat.*

*Damals wie heute ist festzustellen, dass niemand wirklich zufrieden mit der derzeitigen Situation in der Schmiedgasse ist. Fakt ist, dass die Gasse für ein gedeihliches und vor allem ungefährliches Miteinander aller Betroffenen einfach zu eng ist, um weiterhin gleichzeitig Fußgängerzone und Hauptradroute durch die Innen-Stadt sein zu können.*

*Diesem Antrag sei vorangestellt, dass es uns keineswegs darum geht, Verkehrsteilnehmer:innen gegeneinander auszuspielen, oder gar Radfahrer:innen gemeinhin und pauschal als rücksichtslos und gefährlich zu punzieren. Es geht uns vielmehr und im Gegenteil darum, für alle Betroffenen in der Schmiedgasse ein Höchstmaß an Sicherheit herzustellen – und hier vor allem für die „schwächste“ Ebene in der Verkehrspyramide, nämlich die Fußgänger:innen.*

*Erfreulicherweise steigt in der Gasse die Zahl der Fußgänger:innen und der Radfahrer:innen ebenso, wie die Betriebe und Restaurants und Cafés mit Gastgärten. Somit wird aber auch der Platz für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen enger, die Klagen über brenzlige Situation vor allem mit Kindern, älteren Menschen und Tieren häufen sich und werden immer lauter.*

*Eine ähnliche Situation kennen wir auch am Franziskanerplatz, der mit seinen Gastgärten ein ebenso wie die Schmiedgasse belebter und beliebter Ort des Verweilens in der Stadt geworden ist. Auch hier wird der Platz für Radfahrer:innen, Fußgänger:innen und Gästen der dort beheimateten Lokale immer enger und unübersichtlicher.*

*Die Situation hat sich durch das Zunehmen von E-Rollern und Fahrrad-Essenzusteller:innen nun noch einmal verschärft, da sich diese einerseits durch den Elektroantrieb und andererseits durch Zeitdruck nicht immer an die vorgegebene Schritt-geschwindigkeit halten.*

*In verdichteten Räumen, wie es Innenstädte darstellen, wo Radfahrer:innen, Spaziergänger:innen, Familien, E-Scooter-Fahrer:innen etc. unterwegs sind, ist es Gebot der Stunde, durch mutige Initiativen für eine Entschärfung des Konfliktpotenzials in der Schmiedgasse und des Franziskanerplatzes durch eine Entflechtung von Fußgänger:innen und Radfahrer:innen zu sorgen.*

*Vor nunmehr einem Jahr wurde angekündigt, dass die zuständige Stadträtin Judith Schwentner sich der Sache angenommen hätte, sich der Problematik gewahr sei und bereits auch Lösungen prüfe. Sie betonte dabei, dass in der Verkehrspyramide die*

*Fußgänger:innen an erster Stelle stünden, gefolgt von den Radfahrer:innen. Nun ist wieder ein Jahr verstrichen und die Problematik durch den nahenden Sommer einmal mehr virulent. Auch ein GR-Antrag aus dem November des vergangenen Jahres, der sich dieser Problematik angenommen hatte, blieb bislang unbeantwortet.*

*Unter dem Motto „Wer die Fußgänger:innen liebt, der schiebt“, stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden*

***dringlichen Antrag:***

- 1. Die zuständige Vizebürgermeisterin Mag.<sup>a</sup> Judith Schwentner wird beauftragt, unter Einbindung der Fußgängerbeauftragten zu überprüfen, die Schmiedgasse und den Franziskanerplatz zu reinen Fußgängerzonen zu erklären.*
- 2. Alternative Strecken zur Schmiedgasse sowie zum Franziskanerplatz für Radfahrer:innen sollen geprüft werden.*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Daniela. Grundsätzlich ein sehr, sehr guter Antrag, aber für mich trotzdem ein zweigeteilter Antrag. Vom Motiventext her, eine sehr, sehr richtige Diagnose des Problems. Wir haben riesige Probleme in der Schmiedgasse, wir haben riesige Probleme am Franziskanerplatz, wir haben aber auch in vielen anderen Bereichen sehr, sehr große Probleme, wo es ein Miteinander von Fußgängern und Radfahrern geben sollte. Und, keine Frage, es kommt in diesen Bereichen immer wieder zu gefährlichen Situationen, insbesondere ältere Menschen, aber auch Kinder, genauso aber auch wie Personen, die mit Hunden beispielsweise unterwegs sind, sehen sich da immer wieder vor sehr, sehr gefährlichen Situationen. Also sehr, sehr richtige Diagnose und dann kommt der Therapieverschlagn. Der Therapieverschlagn ist etwas weich, um es mal so zu formulieren. Was wird denn jetzt

konkret im Antrag selbst als Therapie beim Punkt 1 gefordert? Die Frau Vizebürgermeisterin soll sich im Endeffekt mit dem Fußgängerbeauftragten zusammensetzen und die beiden sollen dann überprüfen, ob man in dem Bereich eine reine Fußgängerzone durchsetzen kann. Also jetzt mal unter uns gesprochen, Daniela, wir beide kennen die Frau Vizebürgermeisterin, sozusagen die Schutzpatronin aller Drahtesel in Graz und dann gibt es noch einen Fußgängerbeauftragten, den kenne ich zwar nicht ...

*Zwischenruf CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer**: Das ist eine Dame.*

GR Mag. **Winter**:

... eine Dame, gut, dann werden sich die beiden an einen Tisch setzen und dann sollen sie etwas umsetzen, wo eine gewisse Einschränkung der Radfahrer durchgesetzt werden soll. Daher auch die Einladung im Rahmen unseres Abänderungsantrages, machen wir Nägel mit Köpfen. Ein Verkehrsexperte ist bereits im Motiventext von dir genannt worden, sehr, sehr richtig. Machen wir Nägel mit Köpfen, fordern wir die Vizebürgermeisterin ganz klar im Rahmen eines Gemeinderatsbeschlusses dazu auf, dass sie eine reine Fußgängerzone in der Schmiedgasse, im Bereich des Franziskanerplatzes, durchführt. Analoge beziehungsweise ähnliche Regelung wie in der Herrengasse von 22.00 bis 8.00 Uhr soll das Radfahren weiterhin erlaubt bleiben. Da ist weniger los, da ist es sicher möglich, dass beide Verkehrsteilnehmer aktiv sind. Und überlegt euch das, schließt euch besser dem Abänderungsantrag an. Im schlimmsten Fall der Fälle, sollte der nicht durchgehen, werden wir vor eurem Antrag auch so mitgehen. Danke (*Appl.*).

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*In vielen Verkehrsfragen sind die betroffenen Grazer die echten Experten. Gerade in der Schmiedgasse ist mittlerweile klar kommuniziert, wo das Problem liegt und welche Lösungswünsche es gibt. Daher darf nicht noch weitere Zeit verloren werden, in dem „überprüft“ und „verhandelt“ wird, sondern es müssen endlich die richtigen Maßnahmen gesetzt werden.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den*

**Abänderungsantrag,**

*der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

- 1. Die zuständige Vizebürgermeisterin Mag. Judith Schwentner wird beauftragt, die Schmiedgasse und den Franziskanerplatz zur reinen Fußgängerzone zu erklären.*
- 2. Ähnlich zur Herrengasse soll es in beiden Fußgängerzonen in der Zeit zwischen 22.00 Uhr und 8.00 Uhr eine Ausnahmegenehmigung geben, damit die Fußgängerzonen in dieser Zeit mit dem Fahrrad befahren werden können.*

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Dani Gmeinbauer, danke für diesen Antrag. Es freut mich sehr, dass wir das Thema Fußverkehr, das Thema Radverkehr auch hier diskutieren an prominenter Stelle. Danke auch für den Abänderungsantrag. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir über eine fußgänger- und fußgängerinnenfreundliche Innenstadt reden. Das unterstützen wir natürlich absolut, wollen mehr Fußverkehr in der Stadt und wir machen deswegen auch diesen Masterplan Gehen, wo es den Workshop gestern gegeben hat. Wir sehen auch das konkrete Problem in der Schmiedgasse und auch am Franziskanerplatz. Ich glaube, jeder, der dort geht oder mit dem Rad unterwegs ist, also lustig ist das in der Regel nicht. Es hat sich natürlich in den letzten Jahren verschärft, wir haben, Gott sei Dank, insgesamt mehr Radverkehr. Wir haben jetzt natürlich die Situation mit mehr Gastgärten dort. Also das braucht eine

Lösung, und, wie du angesprochen hast, 2022 wurde das ja auch angekündigt. Die Frau Vizebürgermeisterin hat daraufhin auch die Verkehrsplanung beauftragt, hier ein Verbesserungskonzept zu erarbeiten. Es hat dann im September 2022 Verkehrszählungen dort gegeben und tatsächlich ist da eben auch herausgekommen, was man merkt, da sind einfach zu viele Radfahrer:innen für eine Fußgängerzone, also das steht außer Diskussion. Man muss aber schon ein bisschen dahinter schauen. Warum ist das dort so? Und da gibt es eine gewisse Logik, das kennt man auch vom Autoverkehr, da gibt es den Ring, da gibt es den Gürtel. Also man braucht irgendwie einen Ring rund um die Innenstadt, wo man eben mit verschiedenen Verkehrsmitteln unterwegs sein kann, und das Gleiche gilt auch für den Radverkehr. Da hat man den Ring vom Kaiser-Franz-Josef-Kai über die Wickenburggasse, die ja toll ausgebaut ist, dann über den Stadtpark und über den Opernring. Und dann ist aber plötzlich aus, dann wird man in die Innenstadt hineingeführt, dann wird man über das Eiserne Tor in die Stubenberggasse geführt, fährt dann die Schmiedgasse weiter und dann das Franziskaner-Viertel und schließt so den Ring. Das ist natürlich keine ideale Situation und deswegen ist es so wichtig, auch nicht die Schmiedgasse einfach jetzt zu sperren, sondern eine Alternative zu schaffen. Dass man das Rad schiebt, das ist ganz nett, aber wir machen ja auch aus dem Glacis jetzt keine Wohnstraße und sagen, die Autos müssen dort alle in Schrittgeschwindigkeit fahren. Also es geht darum, Alternativen zu schaffen, und genau das passiert jetzt auch. Das wird nicht nur geprüft, sondern in der Neutorgasse wird hier parallel zur Straßenbahn ein Radweg errichtet. Genauso wichtig wäre dann auf der anderen Seite der Joanneumring auch, wo man dann eben auch zur Neutorgasse hinkommt, auch hier braucht es eine Radachse, damit man eben diesen Lückenschluss schafft, damit man diesen Innenstadtring insgesamt hat. Auch da hoffen wir auf eine Unterstützung, dass das entsprechend dann errichtet werden kann. Und wenn das fertig ist, dann werden ganz viele Radfahrer:innen ganz sicher auch diese neue Achse nutzen. Und dann muss man sich anschauen, inwiefern das Problem noch besteht in der Schmiedgasse, inwiefern das Problem noch besteht im Franziskaner-Viertel. Jetzt schon Maßnahmen dort zu setzen, eben bevor diese Alternativen da sind, ist unnötig. Insofern, es ist dann nicht mehr zu prüfen, sondern es wird da eh schon



getan. Das heißt, wir werden jetzt da nicht zustimmen. Klar ist aber schon, die Schmiedgasse und das Franziskaner-Viertel sollen in Zukunft nicht mehr die Hauptachse für den Radverkehr sein. Und ein Thema noch zu den Essenzustellern, die auch angesprochen worden sind, auch da gibt es jetzt Workshops von Seiten der Fußgänger:innenbeauftragten mit den Essenzustellern, dass es hier zu Verbesserungen kommt, weil das ist tatsächlich nicht so toll, wie die oft im Stadtgebiet unterwegs sind. Dankeschön (*Appl.*).

CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer:**

Lieber Herr Kollege Kozina, ich bedauere sehr, dass du uns jetzt den Ausblick gegeben hast, dass die nächsten kommenden drei Jahre keine Entschärfung dahingehend stattfinden kann. Weil wenn du uns jetzt verträgst auf die Innenstadtentflechtung, wo ja dann sowieso durch die Neutorgasse auch ein Radfahrstreifen geplant ist, und vorher ist es nicht, möglich in der Schmiedgasse und am Franziskanerplatz die Radfahrer zu bitten, das Fahrrad zu schieben beziehungsweise es zur reinen Fußgängerzone zu erklären, dann muss ich dir ehrlich sagen, das kann es nicht sein (*Appl.*).

Zum anderen nehme ich dich auch beim Wort, und irgendwann einmal muss man aus dem Grübeln auch in Umsetzung kommen. Und wenn vor einem Jahr schon angedacht worden ist und jetzt noch immer Workshops stattfinden, dann erwarte ich mir aber spätestens im Herbst, dass einmal etwas Konkretes auf dem Tisch liegt. Und wie gesagt, die Entflechtung kann nicht sein, dass wir in der Schmiedgasse jetzt drei Jahre lang darauf warten müssen, dass vielleicht ein Radfahrer dann automatisch die hübsche Strecke in der Neutorgasse fährt und wir dann in der Schmiedgasse und am Franziskanerplatz unbedarfter mit unseren Kindern oder auch mit Tieren diese Flaniermeile gehen können. Und zum Herrn Kollegen Winter, dankeschön, aber da muss ich dir ehrlich sagen, das ist für mich jetzt nicht eine Alternative, deinem Abänderungsantrag zuzustimmen, denn ich bin dafür, dass wenn man einen mutigen Schritt setzt, dann ist die Schmiedgasse für mich eine reine Fußgängerzone so wie der

Franziskanerplatz und so, wie du es angesprochen hast, man darf in der Zeit von 22.00 bis 8.00 Uhr morgens in der Herrengasse mit dem Fahrrad fahren. Da brauche ich nachher nicht diese Maßnahmen auch für die Schmiedgasse anbieten, zumal das nach wie vor eine enge Gasse bleibt und vielleicht in den wärmeren Monaten ab 22.00 Uhr noch immer sehr viele Menschen und auch Touristen diese Straße und unseren Franziskanerplatz frequentieren und daher sehe ich in der Herrengasse hier ausreichenden Platz und brauche das nicht anbieten. Von daher wird dein Abänderungsantrag von uns keine Zustimmung bekommen, wobei wir ja gar nicht so weit kommen werden. Ich bedanke mich trotzdem für die Aufmerksamkeit. Danke (Appl.).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ, Lohr) abgelehnt.***

**StR Eber:**

Der Herr Stadtrat Hohensinner hat mich darauf hingewiesen, dass der zweite Antrag der ÖVP zurückgezogen wurde, und damit kommen wir zum Antrag von Herrn Gemeinderat Christian Kozina-Voit von den Grünen zum Thema Städte und Gemeinden für Tempo 30.

### **7.3 Städte und Gemeinden für Tempo 30 (GR Mag. Dr. Christian Kozina-Voit, Grüne)**

**GR Mag. Dr. Kozina-Voit:**

Als Verkehrssprecher wird es nicht langweilig, kann ich nur sagen, es gibt viel zu tun. Nur zum Vorigen noch eine Ergänzung, also die Neutorgasse, dass der Radweg dort geöffnet wird, das geht meiner Information nach schneller. Also liebe Kollegin Gmeinbauer, das geht schneller mit dem Radweg in der Neutorgasse, das dauert nicht

drei Jahre nach meinen Informationen, sondern das kann schon nächstes Jahr soweit sein, dass man den Radweg dort auch benutzen darf. Also das wäre mir auch wichtig, dass das schneller geht und nicht erst dann am Ende geöffnet wird, da werde ich auch dranbleiben. Jetzt zum dringlichen Antrag von meiner Seite, da geht es um eine Unterstützungserklärung, Städte und Gemeinden für Tempo 30. Die Frage dahinter: Was ist eigentlich wichtiger, dass man sicher durch die Stadt kommt, dass Kinder sicher in die Schule kommen, weil die Autos ein bisschen langsamer fahren oder dass die Autos halt überall mit Tempo 50 durchbrausen können und sich vielleicht ein paar Sekunden dabei sparen? Wir sind der Meinung, das ist ganz klar das erstere. Es gibt ja Gott sei Dank auch deswegen schon vor vielen Schulen Tempo 30, der Bremsweg ist dann einfach nur halb so lang für die Autos, es produziert deutlich weniger Lärm, es produziert weniger Abgase. Wir werden zusätzlich, weil Tempo 30 nicht reicht, vor dem Sommer auch die ersten drei Schulstraßen in Graz einrichten, in der Nibelungengasse, in der Schulgasse und in der Aribonenstraße. Aber es geht bei Tempo 30 ja nicht nur um Schulen, sondern es geht auch um Bezirkszentren, es geht um Wohngebiete, da wird ja auch heuer das Tempo-30-Netz erstmals seit längerer Zeit deutlich erweitert, da kommen 14 neue Straßenzüge hinzu, die bisher Tempo 50 waren in Zukunft Tempo 30 sind. Das dient auch der Verkehrssteuerung, dass der Durchzugsverkehr auf den Hauptachsen stattfindet und nicht auf den Nebenachsen. Und es ermöglicht auch mehr Straßengestaltung, weil ich bei Tempo 30 einfach geringere Straßenbreiten nur brauche und dementsprechend mehr Platz habe dann für breitere Gehsteige, für Radverkehr, für Begrünung und Aufenthaltsqualität. Es gibt auch eine Untersuchung dazu, die ganz interessant ist auch Deutschland, dass Kinder in verkehrsberuhigten Tempo-30-Zonen mehr als doppelt so lange draußen spielen im Wohnumfeld, auch ohne elterliche Aufsicht, wie eben in Gebieten wo Durchzugsverkehr und Tempo 50 stattfindet. Wir haben aber ein Problem, das vor allem bei den Hauptstraßen oder vor allem bei den Landesstraßen sehr akut ist, das hängt mit der Straßenverkehrsordnung zusammen, die sagt Tempo 30 können wir als Stadt nur dann verordnen, wenn es für die Fernhaltung von Gefahren und Belästigungen erforderlich ist. Und das ist auf breiten Straßen, die für KFZ-Verkehr, die

Tempo 50 ausgelegt sind, nicht so leicht möglich, da müsste man sie zuerst umbauen und könnte danach vielleicht nachweisen, dass das jetzt erforderlich ist. Zuletzt haben wir hier ein konkretes Beispiel in der St.-Peter-Hauptstraße gehabt, wie einige gelesen haben, vor der Waldorfschule ist der 30er ja aufgehoben worden, da war eben die Begründung, dass das aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht mehr notwendig ist, unter anderem, weil der Eingang der Schule ja nicht straßenseitig ist, aber dass dort extrem viele Kinder mit dem Bus kommen und die Straßen jeden Tag queren müssen, dass gerade Kinder im Volksschulalter die Geschwindigkeit sehr schlecht erfassen können, das war weniger wichtig. Es steht einfach die StVO drüber und an die kann man sich sozusagen halten, und das war ja auch eine Weisung der damaligen Verkehrsstadträtin, jetzigen Bürgermeisterin, die damit aufgehoben wurde, also mit Weisungen kann man das auch nicht so leicht umgehen. Auf der anderen Seite bekommen wir massenhaft Anfragen von Bürgern und Bürgerinnen. Wir haben die Wünsche massiv aus den Bezirksräten, dass eben mehr Tempo 30 kommen soll. Wir können das dann halt nicht machen, weil das Gesetz das nicht vorsieht, aber wir sind deswegen sehr froh, dass der VCÖ diese Initiative gestartet hat, der Verkehrsclub Österreich, mit der Erhöhung der Handlungsspielräume für Gemeinden, Judith Schwentner hat es schon als zuständiges Stadtsenatsmitglied unterschrieben, aber wir als Gemeinderat können hier auch ein starkes Zeichen setzen, dass uns das wichtig ist. Es sind bereits 140 Gemeinden aus ganz Österreich bei dieser Initiative dabei, auch aus allen politischen Farben, habe ich mir angeschaut, Bundesministerin Gewesslerin, Gewessler (*Gelächter im Saal*) ist hier auch als Mitstreiterin zu sehen. Alles gendern (*lacht*). Insofern stelle ich den

**dringlichen Antrag:**

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur Notwendigkeit einer grundlegenden Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität und Verkehrssicherheit zu erhöhen und einen Beitrag gegen die Klimakrise zu leisten.

2. Der Gemeinderat der Stadt Graz unterstützt daher die Initiative „Gemeinden und Städte für Tempo 30“ des Verkehrsclubs Österreichs. Diese Initiative hat das Ziel, Gemeinden und Städten die Möglichkeit einzuräumen, wesentlich einfacher als bisher Tempo 30 überall dort umzusetzen, wo es aus verkehrlichen, sozialen, ökologischen und stadtplanerischen Gründen sinnvoll ist.
  
3. Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich am Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber und ersucht, die rechtlichen Voraussetzungen in der Straßenverkehrsordnung dahingehend anzupassen, dass Städte und Gemeinden ohne Einschränkungen und Hindernisse Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort umsetzen können, wo sie es mit Hinblick auf die notwendige Verkehrswende für sinnvoll erachten.

Ich darf um Zustimmung bitten. Danke (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Als Graz 1992 in Nebenstraßen flächendeckend Tempo 30 einführte, war die Stadt einer der absoluten Vorreiter in Europa. Die Zahl der Verkehrstoten ging dadurch um 50 % zurück, während sich die durchschnittliche Kfz-Geschwindigkeit lediglich um 0,5 km/h reduzierte.*

*Heuer wird dieses Tempo-30-Netz deutlich erweitert – 14 bisherige Haupt- werden zu Nebenstraßen. Dadurch steigt nicht nur die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer:innen, durch den Rückgang der Lärm- und Abgasbelastung nimmt auch die Lebensqualität der Anrainer:innen deutlich zu. Zusätzlich schafft Tempo 30 Spielraum für eine Umgestaltung des öffentlichen Raums, da die Fahrbahnbreite bei niedrigerem Tempo reduziert werden kann.*

*Am meisten profitieren davon Kinder: Eine Untersuchung aus Deutschland zeigt, dass Kinder in verkehrsberuhigten Tempo-30-Zonen mehr als doppelt so lange ohne elterliche Aufsicht im Wohnumfeld draußen spielen, wie in einer Straße mit Durchzugsverkehr und Tempo 50.*

*In diesem Sinne wäre es sinnvoll, auch auf weiteren Straßen beziehungsweise Straßenabschnitten – insbesondere vor Schulen und in Wohngebieten – Tempo 30 zu verordnen. Leider gestaltet sich dies jedoch häufig durch die aktuellen Regelungen in der StVO schwierig:*

- *Die Umsetzung von Tempo 30 auf Basis des § 43 muss nicht nur einen Beitrag zur Fernhaltung von Gefahren und Belästigungen insbesondere durch Lärm, Geruch oder Schadstoffe leisten, sondern dafür erforderlich sein. Dieser Nachweis ist auf breiten, für Kfz-Verkehr und Tempo 50 ausgelegten Straßen oft nicht zu erbringen – wodurch das Tempo durch die Infrastruktur in Stein gemeißelt ist und eine Tempo-Reduktion einen kostspieligen Straßenumbau voraussetzen würde.*
- *Kriterien in Bezug auf Klimaschutz, Klimawandelanpassung sowie Lebens- und Aufenthaltsqualität speziell in Ortszentren, Wohngegenden und vor Schulen können aktuell nicht als Begründung für Tempo 30 geltend gemacht werden.*
- *Vorausschauende Verkehrsplanung wird erschwert, wenn nur die aktuellen Frequenzen von Radfahrenden und Gehenden vor Umsetzung von Tempo 30 als Begründung herangezogen werden können.*
- *Sowohl Gemeinden in Bezug auf Gemeindestraßen, als auch Länder bei Landesstraßen im Ortsgebiet sind bei Tempo-Reduktionen auf Bewilligung durch die Behörde angewiesen – welche die StVO aus Gründen der Amtshaftung häufig sehr streng auslegt. Trotz guten Willens aller Beteiligten entstehen dadurch Pattsituationen, die Verkehrsberuhigung im Ortsgebiet verhindern.*

*Um auf dieses Problem aufmerksam zu machen, hat der Verkehrsclub Österreich (VCO) die Initiative „Gemeinden und Städte für Tempo 30“ gestartet*

*<https://vcoe.at/tempo30>. Über 140 Gemeinden in Österreich unterstützen diese bereits – quer durch alle politischen Parteien. Für Graz hat Vizebürgermeisterin Judith*

*Schwentner im Rahmen ihrer Zuständigkeit bereits ihre Unterstützung erklärt. Ein Gemeinderatsbeschluss hätte jedoch ein ungleich höheres Gewicht.*

*Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden*

***dringlichen Antrag:***

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur Notwendigkeit einer grundlegenden Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität und Verkehrssicherheit zu erhöhen und einen Beitrag gegen die Klimakrise zu leisten.*
- 2. Der Gemeinderat der Stadt Graz unterstützt daher die Initiative „Gemeinden und Städte für Tempo 30“ des Verkehrsclubs Österreichs. Diese Initiative hat das Ziel, Gemeinden und Städten die Möglichkeit einzuräumen, wesentlich einfacher als bisher Tempo 30 überall dort umzusetzen, wo es aus verkehrlichen, sozialen, ökologischen und stadtplanerischen Gründen sinnvoll ist.*
- 3. Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich am Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber und ersucht, die rechtlichen Voraussetzungen in der StVO dahingehend anzupassen, dass Städte und Gemeinden ohne Einschränkungen und Hindernisse Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort umsetzen können, wo sie es mit Hinblick auf die notwendige Verkehrswende für sinnvoll erachten.*

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (16.20 Uhr).***

CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer:**

Liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Stadtregierung. Besser hätte die Abfolge der Dringlichen gar nicht sein können. Und lieber Herr Kollege, ich freue mich, dass ich hier

gleich noch einmal mit dem vorangegangenen Thema nachstoßen kann. Du sprichst hier von der Unterstreichung, dass man das Tempo aus der Stadt herausnehmen soll. Ich habe vorhin gebeten, dass man Tempo aus einer Gasse und von einem Platz nimmt, du hast mir großartigerweise erklärt, ja, das wird eh, gibt es in Planung und überhaupt und sowieso und siehst momentan nicht das Gefahrenpotenzial. Da muss ich ehrlich sagen, das überrascht mich jetzt ein bisschen, weil du widersprichst dich eigentlich damit. Man könnte ganz rasch aus der Schmiedgasse und vom Franziskanerplatz das Tempo nehmen, aber ihr seid dahingehend einfach nicht offen dafür, um eben diesen mutigen Schritt zu setzen. Ich habe höflich gebeten und um diesen Konsens gebeten, dass man sich hier vielleicht zu dieser einen Straße und zu diesem einen Platz näher kommt, und du fährst jetzt mit deinem Antrag über die gesamte Stadt Graz drüber mit einer Organisation, die sehr, sehr gut aufgestellt ist, wo alle Fraktionen dabei sind, die auch mithelfen und die auch ihre Expertinnen und Experten dorthin aussenden, und wo jeder Bürger und jede Bürgerin die Möglichkeit hat, sich auch dort aktiv miteinzubringen, wenn man auf die Homepage dieser Institution geht. Von daher ist das für mich jetzt nicht dringlich, dringlich wäre gewesen, meinem Anliegen für die Schmiedgasse und dem Franziskanerplatz die Zustimmung abzuholen und darf hiermit für meine Fraktion die Dringlichkeit ausschließen. Danke (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Was soll man zu dem Antrag sagen? Ein weiteres Kapitel, ein weiterer Mosaikstein in der grünen Agenda. Feindbild Nummer eins bleibt der motorisierte Individualverkehr, der Feldzug wird fortgesetzt, es wird hier strapaziert, die Klimakrise, es wird das Sicherheitsthema strapaziert, es wird das soziale Thema strapaziert, es wird die stadtplanerische Gegebenheit der Straßen strapaziert und die Grundüberlegung, das Grundziel bleibt immer das gleiche, Autos einschränken wo es nur geht, 30er-Zone wenn es geht überall, die Autofahrer in ihrer Möglichkeit beschneiden wo es nur geht, passt aber perfekt in die Gesamtagenda, nämlich Parkplätze streichen, die arbeitenden Menschen, die auch auf das Auto



angewiesen sind wie es nur geht in die Parade zu fahren, das ist ein ganz klarer weiterer Mosaikstein in dieser Agenda. Und ich muss ganz ehrlich sagen, es verwundert mich. Die StVO hat ganz klar festgelegt, und meiner Meinung nach auch sinnvoll festgelegt, wann und wo 30er-Zonen möglich sind, nämlich, und das ist ja richtig ausgeführt worden, wenn Lärm, Geruch, Schadstoffe oder Gefahr an sich eingeschränkt werden kann und wenn in diesem Bereich die Einschränkung auch aufgrund der Straßenlage, aufgrund der Gegebenheiten erforderlich ist. Also warum man unbedingt an diesem, seit sehr, sehr langer Zeit übrigens, in der StVO bestehenden Regelung jetzt rütteln möchte, ist für mich persönlich wirklich sehr, sehr fragwürdig. Weil es wird nicht möglich sein, überall, wo man sich als Stadt wünscht eine 30er-Zone zu errichten, dann auch wirklich sinnvollerweise eine 30er-Zone zu errichten. Man muss auch irgendwie ein Verhältnis und irgendwie ein richtiges Maß finden zwischen den Bedürfnissen des motorisierten Individualverkehrs aber auch natürlich der Anrainer, der Schulen, der Kindergärten, der Spitäler, der Tierheime etc. überall dort ist es ja in den aller-, allermeisten Fällen bereits so, dass die 30er-Zone gegeben ist. Und der Antrag hat im Prinzip, obwohl er inhaltlich mit mir wenig zu tun hat, und ich mich hier wenig damit identifizieren kann, auch ein Gutes, und zwar das ist eine Petition an den Bundgesetzgeber, weil es ja im Endeffekt an die Bundesregierung, also genau an die Bundesregierung, wo auch die grüne Partei ein Teil davon ist, und wahrscheinlich wird das Ganze eine Zustimmung oder einer Mehrheit hier im Gemeinderat erlangen. Am Ende des Tages ist es trotzdem ziemlich egal, weil die Grünen werden sich in der Bundesregierung auch nicht durchsetzen, genauso wenig wie sie es meistens in der Bundesregierung können, und daher viel Glück mit dem Antrag (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Antragsteller. Wird nicht verwunderlich sein, auch ich sehe hier ein autofahrerfeindliches Bashing, nichts anderes erwarten die Zuhörer auch von den Grünen, eben nicht nur in der Bundesregierung, natürlich wird

das auch auf allen Ebenen herab versucht durchzusetzen, jetzt sind wir in der Stadt Graz dran. Ich warte dann nur auf die nächste Petition, dass wir dann eine 30er-Beschränkung auf Autobahnen und Schnellstraßen hier haben werden, das wäre dann der nächste konsequente Schritt, auf den dann ihre Klientel wartet. Schon bei diesem Antrag schickt ihr den VCÖ als Vorfeld quasi in den Kampf, ich sehe das ein bisschen anders als die ÖVP, also das schon eine grüne Vorfeldorganisation, man braucht nur ihre Thesen und ihre Umfragen, die sie dann immer wieder an alle ausschicken, einmal durchzusehen, ungefähr wäre es, wenn ich jetzt den Autofahrerclub zu diesem Thema befrage, der würde wahrscheinlich auch eine andere Meinung haben. Ansonsten, was der Hausverstand sagt, eine Vorrangstraße ist ja deshalb so ausgebaut, damit man dort eben mit einer höheren Geschwindigkeit fahren kann. Ich denke, hier tagsüber schaffen wir das eh kaum mehr, wenn wir im Stau stehen, aber nachts und wachendes, wird es kein Problem sein, wenn Fahrzeuge mit 50 und 60 km/h unterwegs sind. Einen Punkt habt ihr auch noch vergessen, ihr seid ja immer die großen Verfechter des öffentlichen Verkehrs, so eine Maßnahme würde denn natürlich auch Straßenbahn und Buslinien in diesem Bereich treffen, auch diese dürften dann nur noch mit Schneckentempo durch die Stadt Graz unterwegs sein. Ich bitte daher um Ablehnung dieses Antrages, ihr würdet hier ein gefährliches Instrument der Frau Vizebürgermeisterin geben, um das Schneckentempo weiter in der Stadt Graz durchzusetzen. Ich bitte um Ablehnung (*Appl.*).

**GR Lenartitsch:**

Von den kleinen Menschen wieder zu den größeren (*stellt die Höhe des Pultes ein*).

Lieber Antragsteller, liebe Stadtregierung, liebe Gemeinderäte, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Ich kann dem Antrag schon einiges abgewinnen. Ich weiß, wenn man schon ein bisschen älter ist, ich tu es nicht gerne, aber der Herr Topf ist doch schon etwas länger auf der Welt, kann sich vielleicht noch erinnern mit welchen Fahrzeugen in der Vergangenheit gefahren wurde, wie breit sie waren, wie viele Personen dort drinnen waren. Die Fahrzeuge seit 1990 sind um 7,3 % breiter geworden, sprich auf jeder

Straße, wo ich zwei Fahrstreifen habe plus einen Parkstreifen, habe ich vier Spuren, und da geht uns irgendwann einmal der Platz aus, wenn wir nicht links und rechts breiter werden können. Können wir nicht, weil einfach dort die Häuser oder andere Dinge stehen, und deshalb muss man es, eh wahrscheinlich dort wo es machbar ist, so wie es drinnen steht, nur dort wo es machbar ist, einfach die Geschwindigkeit reduzieren. Wir haben im Grazer Stadtgebiet, sehr viele Vorrangstraßen, wo man eigentlich gar nicht mehr 50 fahren dürfte aufgrund der Straßenbreite, ist aber noch so, weil man sagt, ok, dort drückt man noch ein Auge zu. Wir haben Straßenzüge in Graz, wo eigentlich kein Fahrzeug mehr parken dürfte aufgrund der Straßenbreite, aber man sagt, ok, wir müssen alle miteinander auskommen. Wenn ich jetzt sage, diese Straßenzüge, hier verringere ich die Geschwindigkeit, dann ist das nicht nur für den Durchzugsverkehr, wie es eben der Antragsteller auch gesagt hat, lukrativ die Schleichwege zu nehmen, sondern bleibt auf den Hauptverkehrsrouten, und man möchte ja eigentlich den Verkehr der in die Stadt kommt, schon weiter draußen abfangen, sodass wir uns in der Stadt mit unseren eigenen Fahrzeugen einfach besser bewegen können und so bewegen, wie wir es in der Stadt auch haben wollen. Aus diesem Grund können wir der Dringlichkeit nur zustimmen. Danke (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

Sehr geehrter Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen. Man wird sich nicht wundern, Kampf dem Kfz, dem werde ich natürlich nicht zustimmen, weder in der Dringlichkeit, noch im Inhalt. Das wird halt jetzt ausgelebt, koste es was es wolle und das Endziel wird sein, Tempo 30 kurzfristig im ganzen Stadtgebiet und am besten überhaupt kein Fahrzeug mehr innerstädtisch. Und wie wir zuerst schon gesehen haben, geht es um das Fahrrad, geht Gefahr vom Fahrrad aus, da sieht man eigentlich überhaupt keinen Handlungsbedarf, und wenn ich jetzt den Vergleich vom Kollegen Lenartitsch hernehme, der jetzt die Größe und vielleicht später dann noch das Gewicht des Autos dann für die Geschwindigkeit dann noch miteinbindet, dann bin ich gespannt, ob das dann in Zukunft beim Fahrrad auch dasselbe sein wird, ob dann

breitere Fahrradfahrer dann langsamer fahren müssen, also das sehe ich schon sehr an den Haaren herbeigezogen. Und somit werde ich dem ablehnen. Danke (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Dann möchte ich nur bitte etwas richtigstellen, ich war zwar bei der vorigen Debatte nicht im Raum, aber natürlich wird eine alternative Lösung zur Schmiedgasse überprüft, und ich glaube, in die Richtung hat Gemeinderat Kozina auch Ausführungen getätigt. Im Rahmen der Radoffensive auch und im Zusammenhang mit der Innenstadtentlastungsstrecke wird beim Joanneumring ein Radweg gebaut, und das wird natürlich dadurch eine Entlastung für die Schmiedgasse passieren. Also nur das zur Richtigstellung, dass das nicht ernst wäre, das soll nämlich dann die Schnellstraße oder sozusagen der schnelle Radweg sein, um auch die Innenstadt umfahren zu können. Also nur zur Richtigstellung. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung, ich glaube, es gibt keinen Abänderungsantrag dazu. Wer ist für die Dringlichkeit des Antrages? Das ist die Mehrheit.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.***

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**:

Das ist angenommen, damit ist der Antrag erledigt, danke. Wir kommen ...

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**:

Ok, jetzt kommen wir zum Inhalt. Ich bin jetzt quer eingestiegen. Entschuldigung.

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Es ist wirklich verwirrend, auch für mich immer wieder, weil wir eigentlich zuerst einmal nur zur Dringlichkeit reden sollen und dann zur Sache, aber es wird eigentlich immer zuerst zur Sache geredet und dann kennt man sich nicht mehr aus. Ich rede jetzt zur Sache und ich habe zwei Anmerkungen. Wenn ich diesen dringlichen Antrag richtig lese, geht es jetzt nicht um das Fortbewegungsmittel Auto und um die Antriebsarten per se, weil es ist kein autofeindlicher Antrag, finde ich, weil es gibt ja vielleicht auch Elektroautos in Zukunft, falls das jemand noch nicht mitbekommen hat und E-Fuels und so weiter und so fort. Also ich lese das nicht als autofeindlichen Antrag, deshalb wollen wir gerne bei Punkt 1 und 2 dabei sein, und ich ersuche um getrennte Abstimmung, weil ich doch mit dem Punkt 3 ein Problem habe, mit der Petition an den Bundesgesetzgeber, mit der Formulierung, dass Städte und Gemeinden Tempo 30 innerorts dort umsetzen können, wo sie es mit Hinblick auf die Notwendige Verkehrswende für sinnvoll erachten. Und das ist für mich in der Formulierung ein Willkürparagraph, der in Richtung Verordnungsflut münden könnten, und ich glaube, dass wir das in der StVO lassen könnten, und da würden wir nicht mitgehen, aber bei den anderen beiden Punkten sehr gerne. Vielen Dank (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**:

Danke. Noch einmal Verzeihung für das Durcheinander, weil ich bin jetzt quer eingestiegen und war nicht ganz sicher, ob wir schon die Dringlichkeit abgestimmt haben.

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Vielleicht kurz zu dem Inhalt auch, das ist Formulierung die hier auch übernommen wurde, damit alle quasi die gleiche Unterstützung, alle Gemeinden, liefern, in der StVO wird man das sicher anders formulieren müssen und präziser vor allem sein müssen. Ansonsten sehe ich in der Diskussion wieder viel Ideologie, da sind einfach viele ÖVP und einige FPÖ-Politiker:innen weiter oder sehen das anders, je nachdem wie man das bewerten will, wenn man sich die Liste anschaut, wer das alles unterstützt hat. Ganz wissenschaftlich fundiert, es ist ein anderes Gefahrenpotenzial ob ein Auto 30 oder 50 fährt. Man braucht sich nur anschauen, wann entstehen schwere oder tödliche Verkehrsunfälle, wann passieren leichte oder Blechschäden? Das Ganze trifft auch auf Radfahrer zu, es ist selten, dass jemand stirbt aufgrund eines Unfalls mit dem Fahrrad, aber es sind drei Viertel der tödlichen Unfälle passieren mit Beteiligung von Autos, bei der Hälfte davon sind auch die Autos die Verursacher. Also das sind einfach die Zahlen, die hier im Hintergrund stehen, und natürlich braucht man jetzt nicht überall Tempo 30 machen, aber es gibt eben einige Stellen in Graz, wo wir uns mit der derzeitigen Gesetzeslage schwertun, explizit vor Schulen, explizit in Bezirkszentren. Und es geht ja auch nicht um die ganzen Straßen, es geht um Straßenabschnitte, die für den ÖV jetzt nicht so wesentlich sind, dass der dann Minuten verlieren würde, und wo man ja zum Teil auch zeitliche Begrenzungen machen kann, wie das vor Schulen ja häufig üblich ist. Abschließend noch, auf Bundesebene glaube ich nicht, dass die Grünen das Problem sind (*Gelächter im Saal*), aber ja. Da werden wir sicher dann auch hoffentlich Wege finden auf Bundesebene. Danke auf jeden Fall für die Zustimmung, die sich abzeichnet (*Appl.*).

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 1) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 2) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.***

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 3) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) angenommen.***

**7.4 Auch in den heilpädagogischen Kindergärten ist es 5 nach 12  
(GR<sup>in</sup> Manuela Wutte, MA, Grüne)**

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Menschen, die vielleicht oben auf der Galerie oder im Livestream zuschauen. Wir kommen zu einem anderen, aber auch sehr, sehr dringlichen Thema, mit dem, glaube ich, eh viele von uns in letzter Zeit in Kontakt waren. Es gibt eine Krise in der Elementarpädagogik, die ist in aller Munde. Wir wissen, es gibt viele Menschen, die auch für ihre Kinder keinen Platz bekommen haben in der Krippe oder im Kindergarten für den Herbst. Ich möchte aber noch einmal auf einen anderen Aspekt in der Elementarpädagogik kommen, der vielleicht vielen nicht so bekannt ist, nämlich die Probleme in der Sonder- und Heilpädagogik. Zum einen gibt es auch bei den heilpädagogischen Kindergärten lange Wartelisten, es gibt aber noch andere Probleme. Und diese Geschichte einmal zu erzählen, es ist auch schon ein bisschen was passiert, schon im Herbst hat einer der heilpädagogischen Kindergärten Alarm geschlagen, war kurz vor dem Zusperrren, was natürlich fatal ist, weil es eh so wenig heilpädagogische Kindergärten gibt, alle haben lange Wartelisten und wenn dann noch einer wegfallen würde, wäre das natürlich für alle Kinder mit Behinderung wirklich fürchterlich und schlimm. Das ist zum Glück gelungen, dass der Kindergarten nicht zusperren musste, es hat das Land zum Glück die Tagessätze endlich erhöht nach vielen Jahren wo sie eben nicht erhöht wurden. Und die Stadt hat auch etwas sehr Sinnvolles gemacht, nämlich den Kindergarten in das städtische Tarifsysteem übernommen. Vielen Dank für das, was schon passiert ist. Jetzt ist es aber so, es haben sich die Kindergärten wieder an die Medien gewandt, auch wenn jetzt nicht

unmittelbar die Gefahr einer Schließung besteht, sagen sie, es gibt einfach einen riesigen Reformbedarf im Bereich der heilpädagogischen Kindergärten, dass das System wirklich seit vielen Jahren gleichgeblieben ist und in einigen Punkten einfach nicht mehr zeitgemäß ist und einfach etwas anderes gebraucht werden würde für die Familien und für die Kinder. Ein zum Beispiel ganz gravierendes Problem ist, der Weg hin zu einer Diagnose, also damit ein Kind sozusagen als behindertes Kind gesehen wird und dann auch Leistungen aus dem Behindertengesetz bekommen kann, muss es ja zuerst eine Diagnose bekommen, und derzeit ist es eben so, dass ein dreijähriges Kind ca. vier bis sechs Monate auf eine Diagnose wartet. Das ist natürlich total unzufriedenstellend, und ich glaube, alle die selbst Kinder haben wissen, welche Entwicklungssprünge Kinder in kurzer Zeit machen können und wie wichtig das dann eben ist, dass auch wenn ein Kind zusätzliche Förderung braucht, es die einfach schnell bekommt und nicht nach monatelangem Warten. Ein weiteres Problem, was wirklich dringend behoben werden müsste, ist, dass diese Leistungen der Frühförderung aus dem BHG, aus dem Behindertengesetz derzeit nicht in der Krippe angeboten werden dürfen. Sie dürfen im Kindergarten angeboten werden, die Eltern dürfen nach der Krippe jemanden aufsuchen aber es darf niemand in die Krippe kommen, um ein behindertes Kind zu unterstützen, und das ist natürlich auch ziemlich absurd, weil berufstätige Eltern einfach nicht um 5.00 Uhr am Nachmittag dann noch mit dem Kind wohin fahren können, wenn sie eh schon einen langen Tag gehabt haben. Also das sind so ein paar konkrete Baustellen. Ich sage auch dazu, dass diese konkreten Baustellen in Landeszuständigkeit liegen, also nicht der Grazer Gemeinderat, das heißt, wir haben hier nur bedingt Einfluss. Es ist aber so, dass das jetzt im Vorfeld zu den, ich sage jetzt, zu den dringlichen Anträgen, weil ja auch die Kollegin Conny Leban-Ibrakovic von der ÖVP einen Antrag mit ähnlichen Themen vorbereitet hatte, der jetzt aus verschiedenen Gründen zurückgezogen wurde, aber es gab halt einiges an Vorgesprächen zu diesen Anträgen und es schaut jetzt sehr gut aus, dass auf Landesseite auch etwas in Bewegung kommt und die Zuständigen sich des Themas annehmen. Ich erwähne das auch deswegen, weil ich weiß, dass die Conny auch sehr viel dazu recherchiert hat und das einfach auch zeigt, dass das ein ganz parteiübergreifendes und wichtiges Thema



ist, glaube ich, wo wir einfach alle einer Meinung sind. Ich gehe in meinem Antrag auch noch darauf ein, dass ein Problem eben im Land ist, dass es quasi zersplitterte Zuständigkeiten sind, weil eben die Kindergärten bei einer Person von der politischen Zuständigkeit her liegen, und sozusagen das ganze Behindertengesetz bei einer anderen Person liegt, das macht es dann halt immer schwieriger. Und wir haben in der Stadt den Vorteil, dass eigentlich alles bei dir liegt, Kurt, wenn ich das so sagen darf, weil du für Kindergärten zuständig bist und für das Behindertenreferat zuständig bist und du bist Behindertenpädagoge, also von deiner Grundausbildung her, das heißt, wir haben eigentlich top Voraussetzungen, dass jemand sich wirklich für das Thema einsetzt. Und ich möchte damit aber nicht sagen, dass du hier nicht aktiv warst, ich weiß, du hast hier schon viel zu diesem Thema gearbeitet, bist im Austausch. Ich habe aber einfach noch ein paar konkrete Punkte von den heilpädagogischen Kindergärten gesammelt, die Graz betreffen, das eine ist die Konzentration, was auch schon ein langjähriges Thema ist im Norden, Nordosten, von den heilpädagogischen Kindergärten, muss ich halt sagen, für die ganzen Menschen, die jetzt im Grazer Süden, Graz-Umgebung leben sind das halt ewiglange Wege, die sich auch zurücklegen müssen, dort wird es in Zukunft einfach etwas brauchen, und auch, ob man eben, wie vielleicht bei der Diagnosestellung einfach schneller werden könnte, ob es hier vielleicht ein zündende Idee gibt von der Stadt oder man einfach durch Kooperation mit dem LKH, wie auch immer, schneller werden kann. Und der dritte Punkt der auch gekommen ist, war eben, ob wir vielleicht nicht die Stadt mit einem Pilotprojekt vorangehen möchte, was eben die Frühförderung in den Krippen betrifft. Jetzt weiß ich trotzdem, das Land muss die Voraussetzungen dafür schaffen, gesetzlich, dass es möglich ist, aber die Stadt kann es in ihren städtischen Krippen vielleicht zur Umsetzung bringen. Ich denke, das ist ein Thema, das uns wirklich allen wichtig ist, für die Familien die davon betroffen sind gibt es einfach einige Dinge, die kosten auch überhaupt nicht viel, das sind eigentlich solche Verbesserungen, die total auf der Hand liegen und die jetzt einfach nur in die Umsetzung gebracht werden müssten. Von Landesseite gibt es da schon ganz viel Bekennen hoffentlich und deswegen freue ich

mich, wenn wir einfach einen möglichst breite Beschluss jetzt zustande bekommen und dieses Thema in Umsetzung gebracht wird.

Deswegen stelle ich den folgenden

**dringlichen Antrag:**

Stadtrat Kurt Hohensinner als für Kinderbildung und für Behinderung zuständiger Stadtrat wird ersucht, einen Runden Tisch mit Vertreter:innen der heilpädagogischen Kindergärten, der IZB, das ist die Integrative Zusatzbetreuung, und anderen Expert:innen, womöglich auch der Landesebene, zu initiieren, um eben diese Vorschläge, die ich gerade genannt habe, und vielleicht auch längerfristige Entwicklungsideen zu diskutieren. Und die Bitte ist auch, dass dem zuständigen Ausschuss für Bildung dem Ausschuss für Soziales bis zum September darüber ein Bericht vorgelegt wird. Danke (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Die Krise der Elementarpädagogik ist momentan in aller Munde. Alle von uns kennen wahrscheinlich betroffene Familien, die für den Herbst keinen Platz in einer Kinderkrippe oder einem Kindergarten bekommen haben. Weniger öffentliche Aufmerksamkeit bekommt ein wichtiger Teilbereich der Elementarpädagogik: Auch in der Sonder- und Heilpädagogik gibt es vielschichtige Problemlagen, allen voran lange Wartelisten für einen Platz in einem heilpädagogischen Kindergarten.*

*Die heilpädagogischen Kindergärten hatten schon im Herbst Alarm geschlagen. Einer der ältesten heilpädagogischen Kindergärten in Graz „Steingruber“ stand vor dem Aus, eine Schließung konnte durch die lange überfällige Anpassung der Tagessätze durch das Land und die Aufnahme ins städtische Tarifsysteem (hier sind noch einige formelle Hürden zu nehmen) abgewendet werden.*

*In der vergangenen Woche haben sich Vertreter:innen des Kindergartens „Steingruber“ und anderer steirischer Einrichtungen erneut an die Medien gewandt. Auch wenn die*

*unmittelbare Gefahr der Schließung vorerst abgewendet ist, gibt es im Bereich der Sonder- und Heilpädagogik viele Baustellen und dringenden Reformbedarf:*

*Neben den langen Wartelisten für Plätze in den heilpädagogischen Kindergärten ist auch der Weg hin zu einer Diagnose, welche die Basis für alle Leistungen aus dem Behindertengesetz wie Frühförderung ist, ein langer: 3-jährige Kinder warten derzeit 4-6 Monate auf einen Befund – ein für dieses Alter zu langer Zeitraum, in dem wichtige Entwicklungssprünge passieren können oder ohne bestmögliche Förderung vielleicht ausbleiben. Maßnahmen der Frühförderung können zwar bereits ab der Geburt angeboten worden, in der Krippe ist derzeit aber keine Frühförderung für Kinder mit Behinderung möglich. Für berufstätige Eltern und auch die Kinder ist es oft nicht zumutbar, die Frühförderungsleistungen erst am Abend in Anspruch zu nehmen, weil es eben in der Krippe nicht erlaubt ist.*

*Die jetzige Kinderbildungsreform ermöglicht zwar zumindest einen längeren Verbleib in der Krippe bei Entwicklungsverzögerungen, nach wie vor darf aber keine Frühförderung in den Krippen passieren.*

*Viele dieser „Baustellen“ liegen in Landeszuständigkeit. Auch wenn es grundsätzlich ein großes Bemühen aller politisch Verantwortlichen für Verbesserungen in diesem Bereich gibt, ist allein die zersplitterte Zuständigkeit (Kinderbildung liegt bei Landesrat Amon, alle Agenden der Behindertenleistung bei Landesrätin Kampus) ein gewisses Hemmnis. In Graz haben wir das Glück, dass sowohl die Kinderbildung als auch das Referat für Behindertenhilfe in der Zuständigkeit von Stadtrat Kurt Hohensinner, der noch dazu selbst diplomierte Behindertenpädagoge ist, liegen. Auch wenn in dem Bereich viele Zuständigkeiten beim Land liegen, können wir hoffentlich auch auf Stadtebene einige Verbesserungen für die betroffenen Familien und Kinder erzielen:*

*Vertreter:innen der heilpädagogischen Kindergärten sehen auch für die Stadt durchaus Handlungsmöglichkeiten. So wird beispielsweise die historisch gewachsene Konzentration der vier Grazer heilpädagogischen Kindergärten auf den Grazer Norden und Nord-Osten zu einem immer größeren Problem, weil der Grazer Süden stark wächst. Auch im Grazer Süden braucht es deswegen dringend bessere Angebote der Sonder- und Heilpädagogik.*

*Im Bereich der Diagnostik könnte man vielleicht durch bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen ohne finanziellen Mehraufwand eine Beschleunigung der Diagnosestellung erreichen. Nicht zuletzt könnte sich die Stadt Graz als Betreiber etlicher Kinderkrippen für ein Pilotprojekt, das Frühförderung bereits in der Krippe ermöglicht, stark machen.*

*Ich denke, es besteht große Einigkeit darin, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Ein erster Schritt besteht darin, alle Grazer heilpädagogischen Kindergärten und Angebote wie die IZB an einen Tisch zu holen und mit ihnen sowohl kurzfristige als auch längerfristige Verbesserungsmöglichkeiten auszuloten. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Stadtrat Kurt Hohensinner als für Kinderbildung und für Behinderung zuständiger Stadtrat wird ersucht, einen Runden Tisch mit Vertreter:innen der heilpädagogischen Kindergärten, der IZB und anderen Expert:innen zu initiieren, um Vorschläge für eine Weiterentwicklung und Verbesserung des heilpädagogischen Angebots in Graz zu entwickeln. Den zuständigen Ausschüssen für Bildung und für Soziales ist bis zur Gemeinderatssitzung im September ein Bericht über die Ergebnisse vorzulegen.*

**GR<sup>in</sup> Naghibi:**

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Stadtsenat, Kolleg:innen im Gemeinderat und Bürger:innen sowohl in der Galerie als auch via Livestream, und liebe Manuela. Ich danke sehr für die Einbringung dieses dringlichen Antrages und bin erleichtert über die breite Zustimmung, die sich vorab dafür bemerkbar macht, ich möchte nur einige Worte aus der Sicht einer Angestellten in diesem Bereich sagen, also ich habe nicht das Glück eine Heil- und Sonderpädagogikausbildung gemacht zu haben aber eben als Kindergarten- und Hortpädagogin. Heilpädagogische Kindergärten sowie Kinderkrippen, Kinderhäuser und Kindergärten per se haben stets den Auftrag und die hohe Anforderung an sich eine Bildungsstätte zu sein die beides anbietet, zum einen

ein Ort der Begegnung, der Interaktion zu sein, bei Bedarf auch ein Ort des genussvollen und sicheren Rückzugs in der vertrauten Umgebung einer Gruppe, ein Ort an dem ein Kind sein kann wie es ist und sich selbst dabei entfalten und kennenlernen kann, und zum anderen ein demokratischer und gemeinschaftlicher Lern- und Lehrort, an dem die taktisch gedacht und gehandelt wird, damit das Kinder mittels seiner/ihrer Fertigungsfähigkeiten gefördert und sich entwickeln kann, wo Bildungsarbeit, Beziehungsarbeit ist, und die braucht nun einmal die Ressourcen dafür. Bedürfnis- und situationsorientiert zu arbeiten ist dabei eine Grundvoraussetzung, die in der beruflichen Praxis das Fach- und Assistenzpersonal täglich aufgrund von wirtschaftlichen Faktoren erschwert oder gar gehindert wird, weil elementarpädagogische Bereiche über viele Jahrzehnte von den politisch dem Ressort Zuständigen und Verantwortlichen finanziell und strukturell unterversorgt und vernachlässigt wurde. Also das sage ich eben als Angestellte nach bald zehn Berufsjahren. Die gegenwärtige Situation muss weiterhin korrigiert werden, bildungspolitisch muss das im Gemeinderat unser gemeinsames Ziel bleiben und nicht zur Zukunft werden. Eltern und Kinder, die eine heilpädagogische Bildungsstätte benötigen, werden von den fatalen infrastrukturellen Defiziten, den drohenden Schließungen und dem Verlust von Plätzen resultierend, erheblich gehindert und ungemein belastet, und dass das nicht so bleiben kann, darin sind wir uns alle einig. Der Finanzstadtrat Manfred Eber und der Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner haben in Zusammenarbeit daher wichtige Schritte gesetzt, um auf die Personalflucht im elementar- und heilpädagogischen Arbeitssektor zu reagieren. 70 neue Dienstposten wurde der Abteilung Bildung und Integration zur Verfügung gestellt, was unter anderem Kindergartenpädagog:innen ermöglicht zu 100 % in einer elementaren Bildungsstätte der Stadt Graz angestellt zu sein, davon 50 % Dienst zu erbringen und den Rest in eine Ausbildung zur Heil- und Sonderpädagogik zu absolvieren. Und damit sich die systemische Schlange aber nicht in absehbarer Zeit wieder in immer und immer wieder in den Schwanz beißt und man diese Personalflucht beendet, braucht es eben eine Weiterentwicklung und Verbesserung des heil- und pädagogischen Angebots und deren Ressourcen in Graz, und auch darin sind wir uns einige. In diesem Sinne

möchte ich mich auch im heutigen Rahmen beim Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner bedanken, dass du diesen Runden Tisch initiieren wirst, und dass wir dann im September im Bildungsausschuss gemeinsam daran weiterarbeiten können. Danke (Appl.).

**StR Hohensinner:**

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, liebe Frau Gemeinderätin Manuela Wutte. Ich möchte mich wirklich bedanken für deine ehrlichen Bemühungen, das weiß ich zu schätzen und kann gleich eingangs sagen, dass wir der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen werden. Es ist allerdings so, das möchte ich schon zu den letzten zwei Jahren sagen, dass wir eigentlich den Punkt der Runden Tische und der Arbeitskreise bereits absolviert haben. Also das haben wir in den unterschiedlichsten Konstellationen gemacht, auch mit dem Land Steiermark gemeinsam, und es gibt jetzt noch einige Arbeitskreise, aber man kann das natürlich auch noch einmal wiederholen. Mir ist es wichtig, dass wir nicht zu sehr alles zerreden, sondern dass wir jetzt auch in eine Umsetzung kommen, dass wir den Kindern eine Unterstützung anbieten können und als Stadt Graz haben wir ja bereits im letzten Jahr ein großes Paket hier im Gemeinderat beschlossen. Ich möchte nur erinnern, wir haben auch für die Kinderkrippen, liebe Manuela, ein Pilotprojekt gestartet, wir bilden nämlich mit Hilfe der Lebenshilfe die Kinderkrippenpädagog:innen und -betreuer:innen aus, damit sie besser mit Kindern mit Behinderung umgehen können, weil es bis jetzt noch keine gesetzliche Verankerung gibt, das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt wurde auch schon angesprochen, dass wir zehn SOKIs jedes Jahr ausbilden, das heißt, sie arbeiten zu 50 % in einer Einrichtung, bekommen 100 % bezahlt und können somit in der restlichen Zeit eine Ausbildung machen. Wir haben gemeinsam mit dem Manfred Eber zusätzliche Dienstposten geschaffen, wir haben darüber hinaus am Standort Am Damm einen neuen IZB-Stützpunkt errichtet und, das hast du, glaube ich, auch schon gesagt, was den heilpädagogischen Kindergarten betrifft, haben wir, obwohl wir jetzt nicht zuständig sind, den Kindergarten in das Tarifmodell aufgenommen, und ich glaube, das

war schon eine sehr gute Unterstützung. Das sind die Punkte, die wir als Stadt Graz machen können, aber ich ziehe gerne noch eine Schleife, und wenn uns gemeinsam noch ein Punkt einfällt, bin ich gerne bereit diesen Punkt dann umzusetzen. Beim Land, da wissen wir, da gibt es auch einen Handlungsbedarf und wir haben einen eigenen dringlichen Antrag ursprünglich gehabt, da geht es uns um zwei Punkte, der erste Punkt, für die Kinderkrippe gibt es kein IZB-Team, warum auch immer, also ich weiß nicht, was man sich 2004 bei der Entstehung des BHG gedacht hat. Ich habe das gelernt, je früher man ansetzt, desto besser, deswegen ist es mir wichtig, dass man hier auch die IZB-Möglichkeit schafft. Der zweite Punkt, es gibt die Möglichkeit, dass Eltern um individuelle Betreuungspersonen ansuchen, wenn einfach die Behinderung das erfordert, dass es eine Eins-zu-Eins-Betreuung gibt. Das gibt es derzeit noch immer, aber das Land Steiermark hat diese Möglichkeit für I-Gruppen gestrichen. Und wie ihr wisst, ich habe ja letztes Jahr im März, aber auch heuer im März mehr als 100 Gespräche mit Pädagog:innen und Betreuer:innen geführt und das ist von allen SOKIs gekommen, dass man diese Möglichkeit unbedingt wieder einführen soll, da hat es eben schon einmal gegeben vom Land Steiermark und das braucht es wieder. Warum haben wir den dringlichen Antrag zurückgezogen? Weil uns die Landesrätin kontaktiert hat, die hat auch erfahren, dass dieser dringliche Antrag heute hier eingebracht wird, und hat mir ein persönliches Gespräch angeboten, und ich denke einfach, bevor der dringliche Antrag dann postgestempelt und Richtung Landtag unterwegs ist, ist es gescheiter, dass wir einfach das direkte Gespräche mit der zuständigen Landesrätin suchen, deswegen haben wir den dringlichen Antrag auch zurückgezogen. Wie gesagt, wir werden gerne zustimmen, und ich möchte noch vor dem Sommer diesen Runden Tisch organisieren und ich nehme an, dass du auch dabei sein wirst. Danke vielmals (*Appl.*).

**StR<sup>in</sup> Schönbacher:**

Das Problem ist wirklich ein dringliches, deswegen werden wir natürlich auch zustimmen. Du hast das sehr, sehr gut erkannt. Ich habe mich auch ein bisschen

erkundigt, also das SOKIs-Programm ist ja wirklich top, und da gratuliere ich dazu, und da wäre es halt wichtig, dass man das nicht nur weiterführt, sondern auch ausbaut, weil sich das bewährt hat und das ist ja mit Pilotprojekten so, dass man sich dann wünscht, dass es auch ausgebaut wird, wenn es Sinn macht. Aber ist halt bei der Elementarpädagogik so wie beim Gesundheitssystem, es ist ein Systemfehler, es fehlt an sehr vielem, man redet viel, man macht einen Runden Tisch und kommt zu keinen Lösungen, deswegen, natürlich stimmen wir der Dringlichkeit zu. Und Runder Tisch ist gut, aber Lösungen müssen wirklich dringend her, weil es fehlt nicht nur Fachpersonal, sondern es fehlen auch Psychologen, es fehlen Ärzte, es fehlen Logopäden, und man muss hier wirklich schnell handeln, weil für kleine Kinder spielt Zeit wirklich eine sehr, sehr große Rolle in der Entwicklung, und da kann man einfach keine Wochen, keine Monate und keine Jahre abwarten. Deswegen hoffe ich auf eine schnelle gemeinsame Lösung. Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR<sup>in</sup> **Wutte:**

Vielen, vielen Dank für die breite Zustimmung zur Dringlichkeit, die sich dann auch, glaube ich, im Inhalt fortsetzen wird. Ich freue mich wirklich sehr, und ich weiß, die Runden Tische sind oft viele und das Wichtigste ist, dass dann tatsächlich etwas in die Umsetzung kommt- Und ich weiß, dass du auch wirklich sehr viel schon gemacht, aber vielleicht ist das jetzt noch einmal der Baustein, auch das Gespräch mit der Landesrätin, der dann wirklich noch ein paar Verbesserungen für die Kinder bringt. Und ich glaube, darüber würden wir uns alle wirklich sehr, sehr freuen, und das ist einfach schön, dass wir hier alle an einem Strang ziehen. Danke (*Appl.*).

***Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.***



## **7.5 Kindergrundsicherung (GR<sup>in</sup> Anna Robosch, SPÖ)**

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtsenatsmitglieder, liebe Gemeinderatsmitglieder, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Mein dringlicher Antrag betrifft heute die Kindergrundsicherung, weil jedes fünfte Kind in Österreich ist armutsgefährdet. Die neuesten Zahlen sagen, dass 353.000 Kinder in Österreich eben in Armut leben oder armutsgefährdet sind. Und durch die extreme Teuerung und die steigenden Lebenserhaltungskosten steigt diese Zahl auch noch. Diese Armut alleine sollte für uns in einem der reichsten Länder auf der Welt ein politischer Skandal sein, den wir alle versuchen zu beenden. Und deswegen stelle ich heute diesen dringlichen Antrag mit einem Modell, der genau das versucht, nämlich diese Kinderarmut zu beenden. Betroffene Kinder erleben diese Armut nämlich am eigenen Leib. Das kann bedeuten, dass sie in schimmligen oder kalten Wohnungen leben müssen. Das kann bedeuten, dass am Ende des Monats sehr oft kein Geld mehr für das Essen da ist. Das kann bedeuten, dass notwendige medizinische Therapien nicht leistbar sind und nicht in Anspruch genommen werden. Und es kann auch bedeuten, dass ein verkürzter Bildungsweg vorliegt. Und das, wie gesagt, in einem sehr reichen Land und auch währenddessen das reichste 1 % fast die Hälfte des Nettovermögens hat. Manche Politiker:innen tun natürlich auch in Österreich so, als wäre diese Abschaffung dieser Kinderarmut viel zu kompliziert, viel zu schwierig und nicht machbar. Und dem wollen wir heute entschieden entgegenreten und sagen, es ist machbar, es ist schaffbar, und wir zeigen euch auch wie. Die Volkshilfe forscht zu diesem Thema eben schon sehr, sehr lange mit von Armut betroffenen Kindern und hat ein Modell der Kindergrundsicherung eben präsentiert, auf das ich dann später beim Inhalt weiter eingehen will, aber ich möchte auch ganz kurz in Frage der Dringlichkeit noch auch auf die vier Dimensionen dieser Armut hinweisen, die wir eben aus dieser Forschung kennen. Es gibt vier Dimensionen, in denen sich diese Armut ausdrückt, es gibt die materielle, die soziale, die kulturelle und auch die gesundheitliche. Und ich möchte mit

ein paar Zitate hier verdeutlichen, was das wirklich für Kinder bedeutet, in dieser Armut zu leben. Das sagt nämlich ein 12-jähriger Bub aus Vorarlberg, deswegen ist im Vorarlberger Dialekt, dass er sich wünscht, dass ein paar Lüt, ein paar Leute also, zu seinem Geburtstag kommen, weil seit drei Jahren sind keine Kinder mehr zu seinem Geburtstag gekommen. Oder man sieht auch, dass Kinder in der Schule nicht mitkommen, weil sie oft krank sind. Und da sagt ein kleiner Bud eben: In der Schule komme ich nicht so gut mit, weil ich bin so oft krank. Oder es geht auch um die echte Angst, die Kinder mit ihren Eltern teilen, die Wohnung zu verlieren und dann seien sie: Vielleicht verlieren wir unsere Wohnung und davor habe ich Angst. Und auch die gesundheitliche Dimension ist natürlich sehr wichtig, und da gibt es eben vermehrt psychische oder chronische Krankheiten unter armutsbetroffenen Kindern. Und da sagt eben auch ein Kind: Immer wenn ich Angst habe, bekomme ich Bauchschmerzen und diese Bauchschmerzen kommen dann immer und immer wieder. In diesem Sinne möchte ich diesen Antrag eben zur Dringlichkeit stellen, dass wir mit der Kindergrundsicherung an den Bundesgesetzgeber herantreten und euch bitten dem zuzustimmen (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Allen Kindern alle Chancen!*

*Jedes fünfte Kind in Österreich ist armutsgefährdet. Durch die extreme Teuerung und steigende Lebenserhaltungskosten droht diese Zahl sogar noch weiter zu steigen. Diese Tatsache ist schockierend und in einem der reichsten Länder der Welt ist es nichts weniger als ein politischer Skandal.*

*Die betroffenen Kinder spüren diese Armut am eigenen Leib. Sie müssen in einer kalten Wohnung leben, haben nicht genug zu essen, können sich notwendige medizinische Therapien nicht leisten und haben weniger Bildungschancen. Sie sind sozial, finanziell und gesundheitlich benachteiligt. Diese enormen Nachteile, die viele Kinder schon beim*

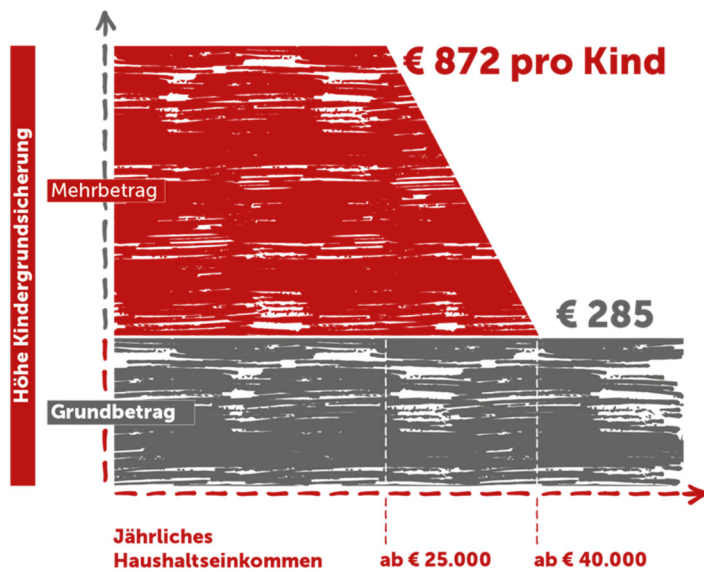
*Start ins Leben haben, sorgen dafür, dass sie oftmals auch als Erwachsene nicht aus der Armut entkommen können.*

*Währenddessen lebt eine kleine Handvoll Menschen in Österreich in einer ganz anderen Realität. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt laut Arbeiterkammer fast die Hälfte des Nettovermögens, während die ärmere Hälfte nur über 2,8 % des Reichtums verfügt. Diesen Widerspruch können wir als Gesellschaft nicht hinnehmen.*

*Auch wenn manche Politiker:innen so tun, als wäre die Abschaffung von Kinderarmut Raketenwissenschaft, so gibt es dafür ganz konkrete, leicht umsetzbare Modelle, zum Beispiel die Kindergrundsicherung. Dabei handelt es sich um eine einkommensabhängige Beihilfe, die automatisch ausbezahlt wird und armutsbetroffene Kinder stärker unterstützt. Damit können die Benachteiligungen von armutsbetroffenen Kindern im Alltag ausgeglichen und die Weitergabe von Armut an die nächste Generation durchbrochen werden.*

*Sie setzt sich aus zwei Beträgen zusammen: Einem Grundbetrag von 285 Euro (die bisherige Familienbeihilfe und der Kinderabsetzbetrag). Zusätzlich gibt es einen einkommensabhängigen Mehrbetrag, der armutsgefährdete Kinder gezielt unterstützt. Jene, die am dringendsten Unterstützung benötigen, erhalten den Maximalbetrag von 872 Euro (567 Euro für Miete, Heizen, Essen, Kleidung, und Möbel, 134 Euro für Schulkosten und Nachmittagsbetreuung, 127 Euro für soziale Teilhabe und 44 Euro für gesundheitliche Versorgung und Vorsorge).*

*Die Vorteile des Modells liegen auf der Hand:*



- *Laut Berechnungen des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung würde es die Armutsgefährdung bei den 0- bis 17-Jährigen von 16,3 % auf 2,8 % senken.*
- *Es beseitigt die Angst vor dem Monatsende.*
- *Es reduziert chronische Erkrankungen und Fehlzeiten in der Schule.*
- *Es ermöglicht mehr schöne Erlebnisse mit der Familie, Freundschaften und Hobbies.*

*Dieses Modell der Volkshilfe wurde über Jahre erforscht und bereits in Modellversuchen umgesetzt. Auch große Unternehmen wie die Bank Austria oder die Österreichischen Lotterien schließen sich dieser Forderung bereits an und haben dies bisher mitfinanziert.*

*Die Finanzierung des Modells der Volkshilfe ist ebenfalls leicht möglich. Die Kosten des Modells belaufen sich auf 4,2 Milliarden Euro. Eine stark progressive Reichensteuer in Österreich würde bis zu 15 Milliarden Euro bringen. Außerdem könnte man mit Ersetzen des Familienbonus durch die Kindergrundsicherung die Kosten halbieren.*

*Alle Kinder verdienen ein gutes Leben und die besten Chancen. Davon profitiert auch die gesamte Volkswirtschaft, denn mit der Kindergrundsicherung können wir dafür*

*sorgen, dass Kinder in ihrem Erwachsenenleben nicht Beitragsnehmer:innen, sondern Beitragszahler:innen werden. Kinderarmut abzuschaffen ist daher eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen, die wir als Gesellschaft machen können.*

*Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Fraktion den*

***dringlichen Antrag:***

*Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber heran und fordert die ehestmögliche Einführung einer Kindergrundsicherung unter Einbindung der Expertise aus Forschung und Modellversuchen der Armutskonferenz wie auch der Volkshilfe Österreich.*

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (17.00 Uhr).***

**GR<sup>in</sup> Potzinger:**

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat und Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, die uns im Livestream verfolgen, liebe Antragstellerin. Du kannst dir vorstellen, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen, noch dazu, wo gerade in den letzten Tagen so viel passiert ist auf Bundesebene. Zur Bekämpfung der Kinderarmut, ist ein wunderbares Paket vom Herrn Sozialminister Rauch und der Familienministerin Raab vorgestellt worden und zwar das Maßnahmenpaket zur Entlastung armutsgefährdeter Familien, 60 Euro im Monate, 18 Mal, immerhin 1.080 Euro. Es ist sehr viel passiert in letzter Zeit. Valorisierung der Familienbeihilfe, Abschaffung der kalten Progression, Erhöhung des Schulstartgeldes, viele, viele Polykationen, die wichtig sind. Aber nicht nur auf Bundesebene, auch in der Stadt, wenn ich denke, was unser Herr Stadtrat Hohensinner alles macht, um inklusives, sozial-inklusives Leben den Kindern zu erleichtern. Danke auch, Frau Bürgermeisterin,

Fortsetzung über den Sozialpass, dass die Kinder partizipieren können, in den Sportvereinen keinen Beitrag zahlen müssen, an Kulturveranstaltungen teilnehmen können und Gesundheit, liebe Frau Kollegin, es gibt schon auch eine Elternverantwortung. Der Arztbesuch ist nicht mit Kosten verbunden. Ich muss dann eben mit meinem Kind zum Arzt gehen und schauen, dass es ihm gut geht. Also wir müssen schon bitte die Elternverantwortung auch immer wieder ansprechen. Geburtstagspartys, da hat sich der Herr Stadtrat Hohensinner auch etwas einfallen lassen. Ihr wisst, die Stadt Graz bietet das jetzt an, ganz tolle Sachen für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen. Was ist aber das allerbeste gegen Armut? Das beste Mittel ist Arbeit. Und ihr wisst, krankheitsbedingt bin ich jetzt mehr zu Hause, habe heute im Nationalratsdebattenverlauf gehört, den Herrn Arbeitsminister Kocher, der uns erläutert hat, dass die Langzeitarbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres, April 2022 bis April 2023, von 148.000 auf 77.000 sich halbiert hat. Bitte, das ist etwas. Das ist diese AMS-Aktion Sprungbrett, absolut Arbeit als Mittel gegen Armut. Und wir tun in Österreich überproportional viel, das zeigen auch EU-Vergleiche und euer Antrag ist bitte ein leistungsfeindliches Umverteilungspaket. Und last but not least, was mich am meisten ärgert, dass du fieserweise den Familienbonus abschaffen willst, für den ihr lange gekämpft haben. Bitteschön, das ist ein Unterschied, wenn ich ein mittleres Einkommen habe, und das für mich alleine ausgehen kann, oder ob ich drei Kinder habe und einen Großteil meines disponiblen Einkommens mit meiner Familie teilen muss. Und deswegen ist das ein Steuerabsetzbetrag, um Gerechtigkeit zu schaffen und zu berücksichtigen, dass Eltern natürlich auch finanzielle Verantwortung für ihre Kinder übernehmen. Im Einzelfall kann man immer noch mehr tun. Aber ganz zum Schluss, jetzt zu eure Luxusvariante, die ihr uns da präsentiert, mit den 872 Euro pro Monat und Kind. Meine Liebe, bei drei Kindern sind das 2.616 Euro. Das Medianeinkommen in Österreich beträgt 2.484, das ich mir schwer erarbeite. Und du willst hier den großen Geldsack verschenken. So geht es nicht. Fleißig sein, arbeiten, schauen, dass wir unsere Kinder gut durchbringen. Dort, wo soziale Gründe dafür sprechen, dass es die Eltern selbst nicht schaffen, sei es Krankheit, was auch immer, muss man speziell helfen, aber bitte nicht in so einem überbordenden Ausmaß. Und deswegen werden

wir selbstverständlich diesen Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt ablehnen  
(*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Für mich ist der vorliegende dringliche Antrag durchaus sehr wichtig und wir werden dem auch zustimmen. Vor allem aber auch deshalb, weil wir in diesem Modell, das also da angeführt wird, in diese Kindergrundsicherung, darin sehen wir eine gute Möglichkeit, dass aus dieser aus der derzeitigen Familienbeihilfe plus Kinderabsetzbetrag sich eine sozial gestaffelte Familienbeihilfe entwickeln könnte. Auf gesetzlicher Ebene bedarf es da der entsprechenden Veränderung. Und ich sehe sehr wohl eine Bedeutung unter die Notwendigkeit, weil es einfach die Zielgruppe, es gibt mehrere Zielgruppen, die in der Armut leben, und die sich gesteigert hat, das sind vor allem Kinder, das sind Frauen in Pension, das sind Alleinerzieher:innen oder Arbeitslose. Das heißt, es gibt genug Bedarf und es gibt auch die finanzielle Möglichkeit Mitteln und Veränderungen in dieser Richtung umzusetzen und das gehört mitüberlegt. Eine Vermögenssteuer, die wir in Österreich nicht haben, würde irgendwie ganz anders Möglichkeiten auch irgendwie erlauben, dass wir in diese Richtung etwas zum Positiven, zum Vorteil der Leute die arm sind, verändert. Sonst wird immer gesagt, das Prinzip, das geht so nicht, aber ich sehe das als Notwendigkeit, sich das zu überlegen und wirklich in Richtung einer sozialen Staffelung zu gehen. Und wir werden dem Inhalt natürlich unsere Zustimmung auch geben. Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Wutte:**

Es ist ja toll, dass ich so eine rege Debatte entspinnt, aber ich glaube, die Wortmeldung von der Sissi Potzinger hat jetzt irgendwie auch eingeladen zu weiteren Redaktionen, sage ich einmal vorsichtig. Wir werden natürlich diesen dringlichen Antrag unterstützen, sowohl mit Dringlichkeit als auch im Inhalt. Es stimmt, die Österreichische

Bundesregierung hat etwas auf den Weg gebracht dahingehend, auf ganz starkes Treiben der Grünen Regierungspartnerin. Die 60 Euro im Monat sind natürlich nicht nichts für armutsgefährdete Familien, aber es liegt auch völlig auf der Hand, dass es noch viel, viel mehr bräuchte als das, und ich werde jetzt ausführen, warum. Die Anna hat es eh super beschrieben, die Volkshilfe und auch die Armutskonferenz arbeiten schon lange dazu, haben unzählige Fallbeispiel, was es eigentlich bedeutet für Kinder in Armut aufzuwachsen, was es eigentlich bedeutet, in einem so reichen Land wie Österreich im Winter in einer so wenig geheizten Wohnung zu sein, wo dann sich Schimmel bildet. was es eigentlich für Kinder bedeutet, die Angst ihrer Eltern zu spüren. Tagtäglich zu spüren, dass die Eltern vielleicht nicht wissen, ob sie im nächsten Monat sich noch die Miete leisten werden können, wie sich im nächsten Monat alles ausgehen soll. All das spüren die Kinder. Und es geht auch eine große OECD-Studie, die relativ aktuell ist, die zeigt, dass eigentlich in fast allen OECD-Ländern die Einkommensmobilität, die sogenannte, also das bedeutet, so wie es eine Bildungsmobilität gibt, die Bildungsmobilität sagt, ob die Kinder sozusagen, wo die Eltern wenig Bildung haben, eine höhere Bildung absolvieren können. Und ähnlich gibt es auch eine Einkommensmobilität, wo man eben sagt, wie schaut es eigentlich aus mit Kindern, die aus armen Familien kommen, wie hoch sind ihre Chancen, dass sie später selber ein gutes Einkommen haben, in die Mittelschicht aufsteigen? Da gibt es eine große OECD-Studie, die gesagt, in fast allen Ländern ist die Bildungsmobilität schlechter geworden. Die skandinavischen Länder sind da ein Vorbild, die haben einigermaßen zufriedenstellende Werte in dem Bereich, aber in fast allen Ländern, wenn man jetzt plakativ sagen möchte, ist es so, dass Armut nach wie vor vererbt wird. Deswegen vererbt wird, weil Kinder in Angst leben, deswegen auch zum Beispiel nicht so gute Lernleistungen in der Schule erbringen, weil sie in beengten Wohnungen leben, weil sie früh gesundheitliche Probleme haben und sich das durch ihr ganzes weiteres Leben zieht. Und ich finde das so erstaunlich, dass die Sissi Potzinger meint, oder Teile der ÖVP meinen, das wäre ein leistungsfeindliches Modell, weil ein leistungsfreundliches Modell besagt doch im Grunde genau das, dass man Kindern den sozialen Aufstieg aufgrund ihrer Leistungen ermöglicht. Und das ist heutzutage eben



nicht möglich (*Appl.*), weil sie eben viel zu oft in Armut, in Angst, in einer schwierigen Familiensituation gefangen sind. Und es ist auch eine absolute Frechheit, darüber zu reden, dass Arbeit das beste Mittel gegen Armut ist, weil da werden sehr, sehr viele Menschen in Österreich lachen, nämlich die Menschen, die so wenig verdienen, dass sie aufstocken auf die Mindestsicherung zum Beispiel, weil sie mit so einem geringen Gehalt über die Runden kommen müssen (*Appl.*).

Und diesen Menschen möchte ich nicht erzählen, dass die zu wenig arbeiten oder sich nicht genug bemühen. Und das sind zum Beispiel ganz oft alleinerziehende Frauen, die sich um ihre Kinder kümmern müssen, alleine, und deswegen vielleicht nicht in Vollzeit arbeiten können und in einer schlecht bezahlten Teilzeitstelle zum Beispiel arbeiten.

Also meiner Meinung nach liegt da wirklich auf der Hand, dass das eine total sinnvolle Maßnahme für die Zukunft unserer Kinder ist, wo wir wirklich Kindern, die jetzt in schwierigen Verhältnissen leben, die Möglichkeit schaffen, durch finanzielle Sicherheit einen Aufstieg zu schaffen in Richtung Mittelschicht, in Richtung einer besseren Lebenssituation. Deswegen unterstützen wir das (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Ein Antrag wie ein kommunistisches Märchen. Da ist zu Beginn durchaus die richtige Feststellung, ja, es gibt Armut, und Armut muss bekämpft werden, egal ob sie jetzt Kinderarmut ist oder ob es Armut bei erwachsenen Menschen ist, gar keine Frage. Und dann kommt der große Schwenk in dem Märchen, nämlich die Armen sind so arm, weil irgendwelche vermögenden Personen in diesem Land existieren und weil die vermögenden Personen das Geld haben und nicht die armen Menschen das Geld haben, ist das eben so, und darum müssen wir umverteilen, darum müssen wir eine Reichensteuer einführen und dann wird sich die Situation schon irgendwie bessern (*Appl.*).

Das ist angeblich so, das ist das kommunistische Märchen, was diese Seite hier glaubt, das merkt man schon, darum auch der Applaus. Märchen haben aber ein Faktum, nämlich Märchen sind niemals im Kern wahr. Und da wird behauptet, das ist jetzt eine

Raketenwissenschaft, dass man umverteilt und dann passt schon alles. Wissen Sie, was der Fehler im Grundgedanken hier ist? Dass die Vermögensverteilung ein Nullsummenspiel wäre. Ich nehme es den einen, geben es den anderen und dann ist alles gut. Es ist völlig falsch. Es gibt viele Gründe für Armut, es gibt die Inflation gegenwärtig, es gibt hohe Steuern, es gibt leider Gottes Wirtschaftsbereiche, die überbürokratisiert sind. Es gibt die Situation, dass viele Menschen keine Arbeit finden. Ja, da müssen wir die Grundbedingungen verändern. Aber ein Grund, warum die Armen arm sind, ist sicher nicht, weil die Reichen reich sind. Das ist ein ganz entscheidender Denkfehler, der diesem Antrag zugrunde liegt. Und mir kommt ein bisschen vor, also Michi Ehmann, ich würde mir an der einer Stelle ein bisschen Sorge machen und die Anna, weil wenn man sich den Antrag durchliest, dann dürfte sie nicht so wirklich zufrieden sein mit der parteiinternen Wahl vom Herrn Doskozil und das Ganze ist eher ein Bewerbungsschreiben für eine KPÖ-Mitgliedschaft. Also nicht, dass euer Klub dann noch auseinandergeht (*Gelächter im Saal*).

Fakt ist, dass der Inhalt dieses Antrages falsch ist, er ist nicht dringlich, und er ist in Wirklichkeit tiefster linker Populismus. Und wenn ich dann noch irgendeine Kritik höre in irgendeiner Variante, der rechte Populismus hin und her, ihr seid in keiner Weise besser, ihr habt einen linken Populismus und der ist völlig falsch (*Appl.*).

Und ich möchte diese Wortmeldung mit einem Zitat schließen von einem Vermögensforscher, Rainer Zitelmann, der eine oder andere wird ihn möglicherweise kennen, Zitatbeginn: „Auf dem Papier sieht Sozialismus immer gut aus, außer wenn es im Geschichtsbuch ist.“ Danke sehr (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Ich habe selten so viel lachen müssen bei einer Wortmeldung aus dieser Richtung. Grundsätzlich, ich glaube, ich bin in der richtigen Partei, ich glaube zu wissen, dass ich in der richtigen Partei bin. Und es ist schon gefallen, der vorliegende Vorschlag wäre im Endeffekt eine sozial gestaffelte Familienbeihilfe. Alle Menschen, jedes Kind in Österreich bekommt einen Grundbetrag, ich habe ein Schild mit, einen Grundbetrag

von 285 Euro und dann je nach Familieneinkommen ist der Betrag, der zusätzlich zu diesem Grundbetrag ausgezahlt wird, automatisch ausgezahlt wird, eben einkommensgestaffelt. Und Familien bis zu einem Familieneinkommen von 25.000 Euro bekommen eben den Maximalbetrag von 872 Euro. Und ich finde es auch lustig, wenn dann aus einer Richtung kommt, das wäre ein Luxus, eine Luxuszahl, ich sage euch ganz ehrlich, diese Zahl kommt aus dem Referenzbudget der Schuldner:innenberatung, die festgestellt hat, 2022 wie viel Geld man für ein Kind braucht, damit es soziale Teilhabe hat, damit, dass quasi die Wohn- und Lebenskosten gedeckt sind und damit, dass auch die gesundheitlichen Kosten gedeckt sind. Das ist kein Fantasiebetrag, der kommt aus der Realität und das ist das, was man heutzutage in Österreich für Kinder braucht. Und dass man das quasi den Familien, die das geringste Einkommen hat, geben geht muss, damit diese Armut beendet wird, das ist nicht Fantasie, das ist einfach Realität. Und wir wissen, dass die Kindergrundsicherung auch wirkt, weil die Volkshilfe hat dieses Modell auch mit der Armutskonferenz schon simuliert und umgesetzt. Sie haben dafür auch unter anderem ganz viel Unterstützung von Firmen bekommen, von großen Unternehmen, wie Magenta, wie die Bank Austria, wie IKEA, die alle, als man denen dieses Modell gezeigt hat, gesagt haben, ja, das funktioniert, ja, wir glauben daran und wir finanzieren das mit. Und aus diesen Modellversuchen hat man eben gesehen, die Kindergrundsicherung wirkt, es gibt weniger Angst vor dem Monatsende, es gibt weniger chronische Erkrankungen, es gibt weniger Fehlzeiten in der Schule, es gibt schönere Erlebnisse mit der Familie, es gibt Freundschaften, Hobbys, und es gibt Möglichkeiten. Und diese Möglichkeiten zeugen auch aus den Zahlen, was dann nämlich passieren würde, wir würden die Kinderarmut von derzeit unter den 0- bis 17-Jährigen von derzeit 16 % auf 2,8 % senken und damit faktisch abschaffen. Und in Bezug auf die Finanzierung, ich habe hier nur einen Vorschlag in Bezug auf die Finanzierung getätigt. Mein Vorschlag wäre das quer zu finanzieren mit Vermögenssteuern. Eine progressive Vermögensbesteuerung würde Österreich 15 Milliarden Euro einbringen, die Kindergrundsicherung kostet nur 4,6 Milliarden Euro. Und in Bezug auf den Familienbonus, den Familienbonus gerecht zu nennen in dieser Realität, lebe ich nicht, weil geringe Einkommen zahlen keine Steuer,

geringe Einkommen, zahlen weniger Steuern. Wenn ich keine Steuern zahle, kann ich keinen Familienbonus absetzen und keinen Familienbonus bekommen. Das heißt, ich erreiche mit dem Familienbonus nur Leute, die es eh schon besser haben als die Menschen, von denen ich gerade spreche. Und wenn man den Familienbonus abschaffen würde, würde man den diese 4 Milliarden auf 2 Milliarden senken.

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Potzinger: Das ist falsch, die bekommen dann Familienbonus Plus.*

Bgm.<sup>in</sup> Kahr:

Sissi, du kannst dich nachher eh noch melden.

GR<sup>in</sup> Robosch:

Und ich finde das Hauptargument zum Schluss sollte für uns alle sein, die Nachhaltigkeit. Und ich widerspreche nicht, dass die Bundesregierung hier an Lösungen arbeiten. Ich widerspreche nicht, dass die jetzigen genannten 60 oder 80 Euro monatlich für 18 Monate, dass das kein richtiger Schritt ist, aber es ist nicht genug. Und wenn man wirklich nachhaltig aus Menschen, die jetzt gerade in Armut leben und die Beiträge beziehen, Beitragszahler:innen machen will, die in das System einzahlen, die nicht quasi vom System leben, sondern einzahlen, dann muss man diese Weitergabe von dieser Armut, von einer Generation auf die andere, durchbrechen. Und wissen auf der Forschung, nur die Kindergrundsicherung tut das, und deswegen fordern wir eben die Bundesregierung auf, das so rasch wie möglich umzusetzen (Appl.).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.***

GR Dr. **Hackenberger**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Zuschauer. Mir kommt die Galle hoch, wenn ich jemanden schwadronieren höre, dass die Armen ihre Armut selbst verschuldet haben und unter den Tisch fallen lassen, das was die Armutforschung weltweit und die wichtigen Organisationen weltweit schon seit langer Zeit predigen und nachweisen durch vollkommen wasserfeste Statistiken, nämlich dass Bildung vererblich ist, dass Armut, und damit auch Reichtum, vererblich ist, und dass arme Menschen wesentlich stärker von Krankheiten betroffen sind, als Menschen aus der Mittelschicht oder Wohlhabende. Herr Kollegin Winter, ich nenne Sie jetzt einmal so, solange Sie die Frau Bürgermeisterin mit Bürgermeister ansprechen (*Appl.*).

Herr Kollegen Winter, Sie verkehren den Antragtext, wenn Sie behaupten, hier würde drinstehen, man mache die Reichen dafür verantwortlich, dass es Arme gibt. Es steht überhaupt nicht drinnen. In dem Antrag ist festgehalten, dass man Kinderarmut nach Möglichkeit abschaffen soll, und dass es dafür selbstverständlich Finanzierungsquellen benötigt. Und der Hinweis, dass eine sinnvolle, inzwischen von den Volkswirten dieser Welt überwiegend auch vertretene Möglichkeit ist, hohe Einkommen beziehungsweise vor allem hohe Vermögen anzuzapfen und umzuverteilen, damit die Schere nicht immer weiter aufgeht, dann hat das eine ganz andere Bewandnis, und, ich sage, nicht das, was Sie hier intendieren. Und ich unterstütze den Antrag schon deswegen, weil Ich mich als Bürger und als Mensch, der sein Leben lang relativ gut verdient hat, einfach geniere dafür, wenn wir nicht in der Lage sind, als eines der reichsten Länder dieser Welt, das nötige Geld aufzubringen, um Kinderarmut, die eine Katastrophe für die Betroffenen ist, nach Möglichkeit abzuschaffen. Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Katzensteiner**:

Ich möchte kurz auf die Wortmeldung von der Kollegin Sissi Potzinger eingehen. Die Manu Wutte hat es den einen Teil mit der Arbeit eh schon gut ausgeführt und mit den Alleinerzieher:innen, deswegen gehe ich jetzt nur kurz auf das Thema Gesundheit ein,

weil es geheißen hat, das ist in der Verantwortung der Eltern und das kostet ja nichts und so weiter. Also erstens gibt es natürlich Faktoren, die nichts damit zu tun haben, dass ich jetzt zum Arzt gehe, wenn das Kind krank ist, sondern das sind auch Faktoren, wie wenn ich in einer schimmligen Wohnung wohne, weil ich mir das mir das Heizen nicht leisten kann, wenn ich mir für meine Kinder keine ausgewogene Ernährung leisten kann, dann wird es früher oder später gesundheitliche Auswirkungen haben. Und dann gibt es aber natürlich noch die zweite Ebene, dass man de facto, ja, theoretisch ist Gesundheit gratis, de facto leben wir in einer Zwei-Klassen-Medizin. Wahlärzte werden mehr, Kassenärzte werden weniger, die Kassenärzte sind voll, man wartet lange auf Termine, bis man dann überhaupt einmal zu einer Untersuchung kommt. Da spielt dann auch wieder die Geldbörse die entscheidende Rolle, wie schnell ich meine gesundheitliche Versorgung bekomme und welche Qualität diese hat. Dann noch kurz zum Kollegen Winter, der meint, Reichtum und Armut hänge nicht zusammen. Sehe ich auch ein bisschen anders. Wenn ich meine Mitarbeiter möglichst wenig zahle, um fette Managergehälter und hohe Profite an die Aktionäre auszuschütten, hängt das sehr wohl zusammen. Wenn ich meinen Betrieb nach China verlege, weil dort die Arbeitskräfte billiger sind, als sie hier sind, und hier viele Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, hängt das auch zusammen. Oder wenn die Energiekonzerne in Zeiten der Inflation Megagewinne schreiben und dafür die Leute ihren Strom und ihre Heizung nicht mehr bezahlen können, dann hängt das ebenso zusammen. Dankeschön (*Appl.*).

**GR Mag. Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Fangen wir bei der Frau Kollegin Hackenberg an. Noch einmal, der einzige Vorschlag, der in diesem Antrag gegeben ist, um die Kinderarmut zu bekämpfen, ist eine Reichensteuer. Das ist der einzige Vorschlag, der da drinnen ist, sonst gibt es keinen Vorschlag. Noch einmal, die Diagnose, dass wir gegen Kinderarmut, aber auch gegen Armut die unterschiedlichsten Maßnahmen ergreifen müssen, ist mit Sicherheit richtig. Aber warum geht man her

und behauptet, dass das der einzige Weg so quasi ist? Schauen wir, wo wir die Bürger sonst entlasten können, schauen wir, wo sie weniger Steuern zahlen müssen, schauen wir, dass wir die Inflation weiter nach unten kriegen könnten. Wir hätten ein Bündel an Maßnahmen, wo wirklich ein Ergebnis da wäre, dass die Armut in Österreich und auch im Endeffekt in gesamt Europa, wenn das viele Länder umsetzen, zurückgeht. Aber sich auf eine einzige Maßnahme zu versteifen, hat mit Sicherheit in dem Zusammenhang kein Sinn. Und da nutzt auch nichts diese ganze Neiddebatten immer weiter voranzutreiben, so wie es da jetzt vollzogen worden ist. Das wird uns nicht weiterbringen. Und dann höre ich, der Reichtum der ist so quasi immer vererbt und es gibt keinerlei Durchlässigkeit mehr zwischen den Schichten. Ich habe es mir jetzt angeschaut, auch gestern in Vorbereitung auf diese Wortmeldung, und zwar an der Spitze global beginnend, es gibt eine Studie aus 2019, rund hat es damals 2.600 Milliardäre gegeben, über 50 % davon selfmade, 31 % davon teil-selfmade und lediglich 8 % vererbt. Und es ist im Großen so, und es ist bei vielen kleineren Varianten, bei den Milliardären, bei den Millionären, aber auch, sagen wir jetzt, bei den wohlhabenderen Bürgern genau das Gleiche. Und da nutzt es nichts, diese Neiddebatte voranzutreiben, da nutzt dieser ganze radikale Links Populismus nichts. Die Wahrheit ist, dass Reichensteuern zu keiner Verbesserung und zu keiner Bekämpfung, zu einer langfristigen, der Armut führen wird (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Heinrichs:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Damen und Herren. Ich möchte jetzt von den Milliardärsstorys wieder zurückkommen auf die Ebenen der täglichen Kämpfe. Und zu dir, liebe Sissi, ich schätze dich sehr, weil du ein Stichwort geliefert hast, und zwar das Stichwort, es gibt auch die Möglichkeit zu arbeiten, das ist eine wesentliche Methode Armut vorzubeugen, kurz etwas replizieren. Ganz konkret kennt man die konkreten Geschichten am besten, die einen selber betreffend oder betroffen haben. Ich möchte Ihnen jetzt einfach etwas ganz Schlichtes erzählen, und ganz kurz. Ich selber habe 40 Jahre Vollzeit gearbeitet. Und was habe ich erlebt, indem ich meine

Tochter alleine großgezogen habe? Man kann sehr schnell in die Bredouille kommen, indem man zum Beispiel über mehrere Jahre hindurch in der Früh eine Kinderbetreuung braucht, die so aussieht: Der Dienst beginnt 7.00 Uhr, weil da eine wichtige Dienstbesprechung stattfindet, von der Dauer einer Viertelstunde, die man unbedingt besuchen muss. Der Kindergarten beginnt erst eine Viertelstunde später. Das heißt, ich brauche einen todsicher Kraft, Gott sei Dank habe ich eine junge Studentin gefunden in der Umgebung, die bereit war, auch dann, wenn es ihr gesundheitlich nicht gut geht, gut gegangen ist, zu kommen. Das muss 100-prozentig klappen, damit alles miteinander klappt, und das kostet, und zwar kostet das nicht wenig. Diese 100-prozentige Verlässlichkeit, die muss man gut bezahlen, sonst hat man sie nicht. Und in meinem Fall hat das bedeutet, nach vier Jahren Volksschule war ich pleite. Ich mache es jetzt kurz und sagt nur noch, Gott sei Dank hat es eine weiterführende Schule gegeben, die nicht nur einen Mittagstisch, sondern auch eine fantastische Nachmittagsbetreuung angeboten hat und somit konnte ich mich wieder erholen. Ich wollte mit der Geschichte nur sagen, man ist sehr schnell, also gerade, die Anna hat es gesagt, sie hat alles wunderbar ausgeführt, danke für deinen Antrag, gerade als alleinerziehende Frau, mitunter sehr schnell in einer Situation, die sehr teuer wird. Und daher, noch einmal danke für diesen Antrag. Du hast, wie gesagt, alles genau ausgeführt, diese ganzen Nuancen, die ganzen Details, die man kennen muss, möglichst am eigenen Leibe, und dann weiß, was es bedeutet, in der Hinsicht Fortschritt zu erlangen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

**GR Mag. Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates. Ein essentiell wichtiger, dringlicher Antrag, der für eine Partei, die auf Leistungsanreize setzt, sehr, sehr schwierig zu beantworten ist. Ich mache es auch ganz einfach, für mich persönlich, und auch für die Sabine, ist Kinderarmut so etwas essentiell Erschütterndes, dass man auch über Prinzipien manchmal hinwegspringen muss, wo wir Geldleistungen nicht so positiv gegenübergestellt, sondern eher auf



Treffsicherheit und Sachleistungen gehen. Bei Geldleistungen sind wir in Österreich eh relativ gut eigentlich im OECD-Schnitt, in der Top-Gruppe Sachleistungen nicht so gut. Und ich möchte jetzt auch wieder von der hohen Politik runterbrechen auf den Gemeinderat, wir stimmen sehr gerne zu und ich möchte einen kleinen Vorbehalt für das Protokoll anbringen. Was haben wir für Chancen in der Gemeinde auch zielgenau tätig zu werden? Und da ist es eigentlich wiederum, helfen wir beim chancengerechten Zugang zum Bildungssystem. Was können wir machen? Wir können in Graz endlich den kostenfreien Zugang zur Kinder- und Schülerbetreuung schaffen, besonders im Elementarbereich, kostenfrei. Und daher haben wir in Graz schon noch Handlungsbedarf. Ich verweise hier auf andere Bundesländer, die hier schon weiter sind. Gerne Zustimmung, aber werden wir bitte in unserem eigenen Bereich hier auch tätig. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Das war eine sehr hitzige Debatte natürlich, obwohl es eigentlich um ein sehr ernstes Thema geht. Und das ernste Thema ist, wollen wir wirklich Kinderarmut abschaffen oder wollen wir es nicht? Und ich erlebe schon, dass wir in diese Debatte, glaube ich, alle wollen würden, nur unsere Ansätze sind vielleicht unterschiedlich. Und ich glaube halt, dass man, wenn man wirklich es ernst meint und wenn man wirklich den Kindern und den armutsbetroffenen Familien ins Gesicht schauen will und sagen will, ich will wirklich die Armut in Österreich und die Kinderarmut beenden, dann muss man auch wirklich auf die Forschung hören, dann muss man auf die Expertinnen und Experten hören und dann muss man darauf vertrauen, dass diese Forschung, die gezeigt hat in diese Modellversuchen, dass sie wirkt, auch wirklich im Großen dann wirkt. Und ich glaube halt auch, wenn wir davon reden, wir müssen auch andere Themen und wir müssen in Graz etwas tun, dann muss ich schon sagen, wir haben in sehr viel getan. Und das war nie mit meinem Antrag irgendwie am Ziel der Sache, dem zu widersprechen, dass wir nicht genug getan hätten mit der SozialCard, mit anderen Dingen. Und auch du, Kurt, weißt das ganz genau, und

du hast es einem Ausschuss schon einmal gesagt, dass du auch oft mit dem Erich Fenninger, mit dem Geschäftsführer der Volkshilfe dich getroffen hast und auch eine der Forderungen in Graz umgesetzt hast, nämlich, dass für SozialCard-Empfänger:innen die Kindergeburtstage zur Verfügung gestellt werden im ersten Jahr der Volksschule, weil man eben auch gesehen hat, dass, wenn es einen Kindergeburtstag gibt und wenn der quasi dann, wenn ein Kind Kinder einladen kann aus der Volksschule im ersten Jahr, dann gibt es nachhaltige soziale Kontakte und dann gibt es Freundschaften. Und es sind ganz viele dieser aus der Forschung kommenden, sehr pragmatischen Lösungen, die wirklich dann auch wirken. Und deswegen würde ich schon bitten, dass wir auch nicht nur in Bezug auf jetzt kleine Dinge, sondern auch wirklich die großen Dinge, wenn wir die Kinderarmut abschaffen müssen, müssen wir die Kindergrundsicherung rasch umsetzen. Und diese rasche Aufforderung an die Bundesregierung, glaube ich, können wir uns leisten und können wir auch tätigen, weil jetzt gerade ja auch vom Sozialministerium daran gearbeitet wird, die Kindergrundsicherung und sich Modelle anzuschauen und zu schauen, ob das möglich wäre. Und wir als Graz können an die Bundesregierung auch einen Appell schicken, dass wir uns das für Graz wünschen und dass wir auch wirklich glauben, dass sich mit der Kindergrundsicherung die Kinderarmut abschaffen lässt. Deswegen möchte ich gar nicht mehr viel dazu sagen, außer, dass wir auch die Bildungschancen mit dieser Kindergrundsicherung massiv, massiv verbessern könnten. Ich glaube, uns ist das nicht oft bewusst aber es ist mir auch erklärt worden aus dieser Forschung heraus, dass sehr oft Kinder mit diesen Existenzängste, quasi in der Perspektive so blockiert sind, dass sie in der Schule nicht dran denken können: Was ist mit einer Zukunft, und das möchte ich einmal werden? Sondern sie denken an hier und jetzt, und sie denken darüber nach, eben welche Existenzen sie plagen und nicht was sie irgendwann einmal erreichen wollen würden. Wir könnten hier nachhaltig auch dafür sorgen, dass eben armutsbetroffene Kinder irgendwann einmal zu Beitragszahler:innen und nicht Beitragsnehmer:innen werden.

Deswegen stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Fraktion den

**dringlichen Antrag:**

Die Stadt Graz tritt auf den Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber heran und fordert die ehestmöglichen Einführung einer Kindergrundsicherung unter Einbindung der Expertise auf Forschung und Modellversuchen der Armutskonferenz sowie der Volkshilfe Österreich. Dankeschön (*Appl.*).

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.***

**7.6 Kennzeichen- und Versicherungspflicht für Fahrräder  
(GR Mag. Michael Winter, KFG)**

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Neues Thema, neues Glück sozusagen, Kennzeichen- und Versicherungspflicht für Fahrräder. Wir haben heute ja schon einiges über die Schmiedgasse gehört. Wir haben schon einiges über den Franziskanerplatz gehört. Wir haben gehört, dass die Zahl der Radfahrer in Graz insgesamt zunimmt, durchaus eine positive Entwicklung, aber natürlich auch gleichzeitig eine steigende Zahl von Problemen mit sich bringt. Wir erleben, dass immer wieder gefährliche Situationen entstehen. Teils sind es andere Fahrradfahrer, die betroffen sind, teils sind es Fußgänger, die betroffen sind, insbesondere Kinder, aber auch ältere Menschen, Menschen, die vielleicht mit Hund unterwegs sind. Das alles verträgt sich in vielen Bereichen nur schwer mit dem Verhalten des einen oder anderen Fahrradfahrer, ich möchte nicht pauschalisieren, aber es gibt dann noch Straßenrowdys dabei, keine Frage. Das ist der eine Bereich. Der andere Bereich ist aber auch der ganz normale Straßenverkehr, wo natürlich Radfahrer auch teilnehmen, wo rote Ampeln beim Rechtsabbiegen öfters ignoriert werden, wo vorgefahren wird, wo gar nicht

vorgefahren werden dürfte und vieles andere mehr. Mit anderen Worten, jetzt haben wir die Situation, dass Radfahrer ohne Kennzeichenpflicht und dementsprechend ohne Haftpflichtversicherung all diese Dinge durchziehen können und insofern ziemlich geringe Wahrscheinlichkeit besteht, dass hier eine verwaltungsstrafrechtliche Konsequenz daraus resultiert. Man mag jetzt sagen, ok, bei kleineren Verwaltungsübertretungen, einmal über rote Ampel gefahren, wobei, das ist eh schon ziemlich kritisch, da könnte man ein Auge zudrücken. Fakt ist aber auch, es kommt immer wieder zu Verkehrsunfällen, Radfahrer gegen Radfahrer, Radfahrer gegen Fußgänger und nicht selten ist die Situation auch gegeben, dass der eine oder andere dabei verletzt wird. Die große Problematik daran, ohne Kennzeichen ist er eben nicht zu identifizieren, begeht sozusagen Fahrerflucht, ist dahin, und die Wahrscheinlichkeit, dass man hier aufklären kann und herausfindet, wer an diesem Verkehrsunfall beteiligt war, wer möglicherweise die Schuld an diesem Verkehr trägt, ist ohne Kennzeichen und ohne Hauptpflichtversicherung de facto null. Daher der vorliegende Antrag. Wir brauchen eine Kennzeichenpflicht für Radfahrer. Wir brauchen aber auch eine verpflichtende Haftpflichtversicherung für Radfahrer. Der Bundesgesetzgeber wird am Petitionswege aufgefordert, zum Zweck der Steigerung der Sicherheit des Radverkehrs ein Maßnahmenpaket zu schnüren und umzusetzen, dass eine Einführung einer Kennzeichen- und Haftpflichtversicherungspflicht für alle Fahrräder, Lastenräder und E-Bikes umfasst. Ich bitte um Zustimmung (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Immer mehr Grazer steigen auf das Fahrrad um. Das ist aus Umweltschutz- und Gesundheitsgründen erfreulich, bringt aber auch Herausforderungen mit sich. Das ist mittlerweile keine neue Erkenntnis mehr, die Sache beschäftigt Graz schon seit längerer Zeit.*

*Die steigende Zahl schwerer Unfälle mit Fahrradfahrern und das rücksichtslose Verhalten einiger Fahrradfahrer sorgt deshalb noch immer für enormen Unmut unter der Grazer Bevölkerung. Immer wieder finden sich Fußgänger in gefährlichen*

*Situationen wieder, weil Fahrradfahrer etwa zu wenig Abstand halten oder mit hoher Geschwindigkeit rücksichtsloses Verhalten an den Tag legen. Fußgänger schildern, dass sie zur Seite springen müssen, da es sonst zu Kollisionen kommen würde. Gerade für ältere Menschen oder Grazer, die mit kleinen Kindern unterwegs sind, stellt das eine enorme Bedrohung dar.*

*Vielfach wird darüber berichtet, dass Fahrradfahrer augenscheinlich ihren Verkehrsweg als Radautobahn sehen und das ohne Rücksicht auf Verluste. Moderne Fahrräder – insbesondere E-Bikes – erreichen aktuell Geschwindigkeiten, die bei einem Zusammenstoß auch zu schweren beziehungsweise tödlichen Verletzungen führen können.*

*Leider ist Fahrerflucht nach Unfällen im Straßenverkehr nach wie vor ein großes und häufig auftretendes Problem. Während von Auto- bis zu Mopedfahrern auf Grund der verpflichtenden Kennzeichnungspflicht alle problemlos identifizierbar sind, können Radfahrer nach Unfällen sehr oft unerkannt flüchten. Verletzte beziehungsweise im Eigentum geschädigte Unfallopfer bleiben alleine auf den Folgeschäden sitzen.*

*Es braucht daher eine Kennzeichnungspflicht sowie eine verpflichtende Haftpflichtversicherung für alle Radfahrer, um auch mögliche aus Unfällen resultierende Kosten abzudecken. Im Schadensfall soll es auch die Möglichkeit geben, den Verursacher identifizierbar zu machen. Durch die Kennzeichnungspflicht wäre auch eine erhöhte Verkehrsdisziplin erreichbar und Vergehen wären seitens der Exekutive leichter zu ahnden.*

*Selbst der Chef des Verkehrsreferates in der Stadtpolizei bricht eine Lanze für die Einführung von Fahrradkennzeichen. Das mache einerseits der Polizei die Arbeit einfacher, löse aber auch versicherungstechnische und volkswirtschaftliche Probleme nach Unfällen, bei denen Geschädigte auf ihren Ansprüchen sitzen bleiben, wenn sich ein Radler unerkannt aus dem Staub mache, argumentiert dieser.*

*In Österreich besteht bei vielen Fahrzeugen eine Kennzeichnungspflicht, um im Schadensfall oder bei anderen Vergehen eine leichte Identifizierung zu ermöglichen. Eine Kennzeichnungspflicht für Radfahrer besteht in Österreich derzeit nicht.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***dringlicher Antrag:***

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der Bundesgesetzgeber wird am Petitionswege aufgefordert, zum Zwecke der Steigerung der Sicherheit des Radverkehrs ein Maßnahmenpaket zu schnüren und umzusetzen, das eine Einführung einer Kennzeichnungs- und Haftpflichtversicherungspflicht für alle Fahrräder, Lastenräder und E-Bikes umfasst.*

**GR Sikora:**

Werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates. Gleich einmal eines vorweg, lieber Antragsteller, ich werde der Dringlichkeit und dem Antrag nicht zustimmen. Ich möchte das folgend begründen, jetzt hört er zwar nicht zu, aber dein Klubchef Pascuttini hat den wortgleichen, mit Punkt und Beistrich wortgleichen Antrag, bereits voriges Jahr im April 2022 gestellt, der ist mehrheitlich abgelehnt worden. Ich möchte das jetzt nur ganz kurz vielleicht noch begründen, wie wir es auch voriges Jahr argumentiert haben, und zwar, dass die StVO ohnehin intensiv und genau von den zuständigen Organen kontrolliert wird. Eine Kennzeichenpflicht wäre eine unnötige bürokratische Hürde, auch keine Garantie für mehr Disziplin, weil auch die Autos haben ja schließlich Kennzeichen, dann würde auch hier, glaube ich, mehr Disziplin herrschen als wie es jetzt vorherrscht. Obwohl es Kennzeichen bei den Autos gibt, gibt es genauso Missachtungen der Gesetze und das würde beim Fahrrad auch nicht anders sein, würde es da eine Kennzeichenpflicht geben. Darüber hinaus

besitzen die meisten ohnehin schon eine private Haftpflichtversicherung. Das heißt, die meisten Haushalte sind sowieso schon versichert. Konfliktpotenzial sehe ich eher bei unzureichender Radinfrastruktur, wobei Graz da ja als gutes Beispiel hervorgeht. Wir haben sehr gut ausgebaute Radwege und die in Radinitiative für die nächsten Jahre schaut auch sehr positiv aus. Das heißt, da wird es noch weniger Konflikte geben, weniger Potenzial, also wenn die Radwege auch ausgebaut werden. Darüber hinaus haben wir in Graz ja, wie du das auch wahrscheinlich weißt, in Nebenstraßen ja eine 30-km/h-Pflicht. Das heißt, bei den Nebenstraßen hat man auch die Möglichkeit diese als gute Radrouten zu verwenden und dort gibt es auch weniger Konflikte logischerweise mit Fahrrad und Autofahrern. Also wir lehnen, so wie voriges Jahr auch, die Dringlichkeit und den Antrag deswegen ab.

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

Liebe Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragsteller, lieber Michi. Vielen Dank für deinen Antrag. Ich glaube, wir haben anhand des Dringlichen von unserer Frau Clubobfrau vorher schon thematisiert, dass es für uns schon wichtig ist, im Zusammenhang mit den Fahrradfahrern auch diesen Sicherheitsaspekt wirklich ein bisschen genauer zu beleuchten. Dieser Antrag ist ja auch in dieser Form so nichts Neues. Ähnlich wenig überraschend wird es sein, dass wir auch in einer ähnlichen Form einen Abänderungsantrag einbringen würden. Ich möchte, wohlwissend, dass wir wahrscheinlich mit der Dringlichkeit hier nicht weit kommen werden, dennoch die Möglichkeit nutzen, hier ganz kurz festzuhalten, um was es uns tatsächlich geht und wieso wir diesen Abänderungsantrag einbringen. Wir sind der Meinung, dass das sehr wohl eine Sensibilisierung im Verkehr braucht, insbesondere auch beim Radverkehr. Ich kenne sehr viele Leute, die mit dem Rad unterwegs sind, die extrem gewissenhaft sind, die sich fürchterlich ärgern über Radfahrer, die sich nicht an die Regeln halten. Das ist wie so oft der Fall, und ich glaube, da braucht es eine Sensibilisierung in dieser Hinsicht. Was allerdings die Kennzeichenthematisierung und die Versicherungspflicht angeht, haben wir auch in der Vergangenheit schon eingebracht, dass wir der Meinung

sind, dass das für alle Fahrräder nicht zielführend ist. Dennoch wollten mir thematisieren, dass wir schon sehen, dass es insbesondere bei E-Rädern und ganz konkret auch bei den breitreifigen E-Roller, diese harleyartigen Gerätschaften, die bei uns auch unterwegs sind, sehr wohl sehr, sehr oft zu sehr kritischen Situationen auch kommt, zu sehr gefährlichen Situationen kommt. Und aus diesem Grund wäre es uns eigentlich ein Anliegen und vielleicht kann man dort mit den Gesprächen bleiben, für E-Motor unterstützte, einspurige Fahrzeuge eine Kennzeichens- und Haftpflichtversicherungspflicht auch einzuführen und an den Bundesgesetzgeber damit heranzutreten. Gleichzeitig, und das wäre Bitte, die man ja unabhängig davon, ob dieser Antrag jetzt beschlossen wird oder eine Dringlichkeit hat, dennoch verfolgen könnte, wäre unsere Bitte an die zuständige Vizebürgermeisterin Schwentner, mit unserem Stadtpolizeikommandanten in Kontakt zu treten und vielleicht sich damit zu beschäftigen eine Lösung zu finden, vielleicht eine Intensivierung der Kontrolle, insbesondere von getunten E-Bikes. Es gibt ja klare Regelungen wie schnell die unterwegs sein dürfen. Wir kriegen in der Schmiedgasse und auch an anderen Stellen immer wieder mit, dass man hier extremen flott, in der Schmiedgasse sogar bis zu 30 km/h, unterwegs ist. Nicht nur getunte E-Bikes, sondern auch menschlich gepowerte Räder, das muss man schon auch dazusagen. Die Geschwindigkeiten sind dennoch ein Problem. Und in diesem Zusammenhang wäre es uns wichtig, getunte E-Bikes, E-Roller und insbesondere die breitreifigen E-Roller auf ihre korrekte Zusammensetzung auch intensivierter zu kontrollieren und vielleicht ein bisschen Sensibilisierung zu schaffen. Für uns ist dieses Anliegen grundsätzlich sehr dringlich, weil wir glauben, es ist wichtig, da genauer hinzuschauen, und hoffen, dass wir dennoch weiter in Gesprächen bleiben, um die Fahrradsicherheit und damit auch die Verkehrssicherheit für die schwächeren Verkehrsteilnehmer weiter zu gewährleisten. Danke (*Appl.*).

***Originaltext des Abänderungsantrages:***

*Namens des ÖVP-Gemeinderastclubs stelle ich zum angeführten Dringlichen Antrag folgenden*



**Abänderungsantrag:**

*Der Bundesgesetzgeber wird am Petitionswege aufgefordert zum Zwecke der Steigerung der Sicherheit des Radverkehrs, ein Maßnahmenpaket zu schnüren und umzusetzen, welches die Einführung einer Kennzeichnungs- und Haftpflichtversicherungspflicht für jene E-Motor unterstützten einspurigen Fahrzeuge, deren Antriebsleistung des E-Motors 600 Watt übersteigt oder eine Bauartgeschwindigkeit von mehr als 25km/h aufweisen (bspw. Breitreifen-E-Roller), umfasst.*

*Darüber hinaus wird das für Verkehr zuständige Mitglied des Stadtsenats, Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.<sup>a</sup> Judith Schwentner, damit beauftragt, das Gespräch mit Stadtpolizeikommandant Brigadier Thomas Heiland sowie zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Landespolizeidirektion mit dem Ziel zu suchen, um zu klären, inwieweit eine Intensivierung der Kontrollen von getunten E-Bikes, E-Rollern und insbesondere sogenannter Breitreifen-E-Roller bewerkstelligt werden kann. Über die Ergebnisse der geführten Gespräche soll dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung in dessen Juni-Sitzung berichtet werden.*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Wagner. Ich möchte nur anmerken, Frau Gemeinderätin Hopper, das habe ich sogar vorletzte Wochen schon gemacht. Weil, natürlich habe ich mit dem Stadtpolizeikommandanten genau darüber gesprochen. Da müssen wir uns gar nicht abstimmen, weil es ja logisch ist, dass Disziplinlosigkeit, und die hat zugenommen, generell, auch bei Autofahrern, und das gilt vor allem auch für die genannten höhergeschwindigen, elektrobetriebenen, wie auch immer die Dinge heißen, aber das ist tatsächlich so, dass die vor allem in bestimmten Bezirken zugenommen hat, und zwar auf Gehsteigen und das ist eigentlich

ein absolutes No Go. Das sehen wir, glaube ich, alle hier im Gemeinderat so. Und deswegen habe ich auch, was das betrifft, um diese gebietsbezogenen Überprüfungen und dass dort mehr kontrolliert wird, gebeten, das zu tun. Bitte, Herr Gemeinderat, Entschuldigung, dass ich das nur angemerkt habe, weil es ja doch wichtig ist.

GR Günter **Wagner**:

Hoher Stadtregierung, lieber Antragsteller. Es ist natürlich wenig erfreulich, dass durch disziplineloses Verhalten einiger, weniger es immer mehr zu brenzlichen und teils natürlich auch zu Situationen und teils auch zu Unfällen kommt, gar keine Frage. Allerdings führe ich das eher darauf zurück, das ich oft sehe, dass Fahrzeuge mit unterschiedlichen oder Personen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten aufeinandertreffen. Und das natürlich, kann immer nur zu einem Konflikt führen, und deshalb sind wir auch ganz klar dafür, dass eben, wie zum Beispiel in der Schmiedgasse, das Fahrrad wegbleibt und die Fußgänger hier mit ihre Geschwindigkeit sich bewegen können und das Fahrrad sich woanders bewegt. Eine Kennzeichenpflicht, eine allgemeine, sehe ich jetzt nicht nur problematisch, was die Verwaltung angeht, ich sehe es auch sehr problematisch, was die Kosten jetzt momentan angeht. Wir leben in einer Zeit der Teuerung und wenn wir jetzt womöglich davon sprechen, dass eine Kennzeichenpflicht her soll, dann wird das natürlich auch jedem Fahrer sofort Geld kosten, und manche fahren auch deshalb mit dem Fahrrad, weil sie sich kein Auto leisten können. Und ich glaube, das ist momentan nicht unbedingt die beste Möglichkeit, hier jetzt zusätzliche Kosten entstehen zu lassen. Eingehen möchte ich auch auf den Abänderungsantrag der ÖVP, und vor allem auf die Fahrzeuge, auf die ab und zu getunten Fahrzeuge, auf jeden Fall diese Fahrzeuge, die über 25 km/h schnell gehen. Dieser Antrag ist eigentlich obsolet, denn diese Fahrzeuge haben ja eine Sturzhelmpflicht, die haben zugelassen zu werden wie ein Kfz und haben auch eine Pickerl-Überprüfung zu machen. Das ist grundsätzlich jetzt schon Fakt. Aber ja, das gehört mehr kontrolliert, denn wir wissen, dass sehr viele Fahrräder so unterwegs sind und ich habe vor über zehn Jahren schon E-Bikes verkauft und ich kann mich ganz

genau erinnern wie das meist abgelaufen ist. Es haben dort Leute sehr viel Geld in die Hand genommen und im Verkauf waren wir dann sehr oft mit der Aussage konfrontiert: Ich kaufe das Fahrrad schon von dir, aber nur, wenn natürlich alle Blockaden vorher ausgeschaltet werden. Das ist sicher vielerorts passiert, sieht man auch im Straßenverkehr, ist mir auch schon passiert. Man sieht einen Fahrradfahrer, man will zum Überholen ansetzen, schaut auf den Tacho und merkt, ich bin vielleicht auch schon selbst knapp mit über 50 km/h unterwegs, und das darf natürlich nicht sein. Also wie gesagt, in erster Linie, ja, Kontrolle unbedingt und Gefahrensituationen entschärfen, aber eine Dringlichkeit für eine allgemeine Kennzeichenpflicht sehe ich hier nicht. Danke (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Einmal noch, weil das wieder ein Verkehrsthema ist. Ich finde es schön, dass wir das jetzt ein bisschen differenzierter auch diskutieren, also im ursprünglichen Antrag, da wird es ja doch ziemlich übertrieben, die enorme Bedrohung, dieses Thema, dass es ein großes und häufiges Problem ist. Also das sind Behauptungen, da kenne ich keine Zahlen dazu. Das wird enorm übertrieben, möchte ich sagen. Zu den anderen Wortmeldungen, ich meine, grundsätzlich haben wir das vor einem Jahr diskutiert. Es ist noch einmal erklärt worden, warum das auch nicht umsetzbar ist. Ich finde das auch schön, dass die FPÖ das so unterstützt. Das gibt es auch nirgends, und das hat einfach auch seine Gründe, warum es das nirgends gibt. Ich glaube, dass ist einfach kein Weg. Was schon wichtig ist, auch zur ÖVP, es gibt natürlich dieses Problem mit den getunten Fahrzeugen, mit diesen neuen E-Rollern und so weiter, auch mit breiteren Fahrzeuge, die dann am Radweg unterwegs sind. Da gibt es viele Möglichkeiten, was man tun kann. Wir haben einmal nachgefragt, also im Bundesministerium, da wird auch schon geprüft, was möglich ist und eben auch seitens der Stadt gibt es ja Gespräche. Was mir nur ganz grundsätzlich noch wichtig ist zu sagen, dieses ganze Framing von Radfahrer:innen als Gefahr, das ärgert mich einfach, weil im Verhältnis, natürlich gibt es hier und da ein Problem, natürlich gibt es hier und da etwas, dass einmal, hat jeder

schon erlebt, dass ein Radfahrer, eine Radfahrerin, zu schnell unterwegs ist, aber das Problem liegt doch bitte doch wo anders. Also wenn man sich anschaut, eben die Zahlen: Wo passieren die tödlichen und schweren Verkehrsunfälle? Ich habe es vorhin schon gesagt, das sind einfach die Autos und die Lkws. Und manche wollen aus ideologischen Gründen vielleicht nicht hinschauen, der Herr Lohr schüttelt den Kopf, aber das hilft nichts, das sind einfach die Tatsachen. Das kann jeder nachlesen in den Statistiken. Die Gefahr geht von anderen aus. Und das heißt, wenn wir etwas für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer, -teilnehmerinnen im Graz tun wollen, dann schauen wir, dass wir den Autoverkehr reduzieren und verlangsamen und im Gegenzug eben die Rad-, Fuß- und ÖV-Infrastruktur ausbauen, weil wenn wir mehr Platz haben für die Radwege, dann haben wir nicht diese ganzen gemischten Geh- und Radwege, dann müssen die Radfahrer:innen auch nicht durch die Fußgängerzonen fahren, sondern dann ist genug Platz da und damit können sich auch viele Konflikte dann wieder lösen. In diesem Sinne werden wir jetzt der Dringlichkeit nicht zustimmen, aber insgesamt natürlich die Situation weiter beobachten und ich glaube, da wird es auf Bundesebene auch bald Lösungen geben. Danke (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Fangen wir beim Kollegen Kozina an. Jeder, der durch die Schmiedgasse geht, weiß, dass in dem Bereich beispielsweise tagtägliche gefährliche Situationen entstehen. Hier zu sagen, eine Dringlichkeit besteht nicht, ist bei allem nötigen Respekt, eine gewisse Ausblendung der Realität. Gehen Sie selbst, Sie werden sehen, es ist so. Framing der Radfahrer meinerseits, also wenn ich mir, nicht von Ihnen persönlich, aber von den Grünen das Framing hinsichtlich Autofahrer, das Bashing der Autofahrer tagtäglich anhöre auf den unterschiedlichsten Kanälen, dann sind Sie hier genau keinen Deut besser. Wir wollen mit Sicherheit die Radfahrer bashen, wir wollen kein Framing betreiben, wir wollen aber einen klaren Ausgleich, sozusagen eine Waffengleichheit mit Kennzeichenpflicht, ja? Ok. Zweitens, ist ja positiv, das ist fast jedem aufgefallen, der Antrag ist wortgleich vom Kollegen

Pascuttini eingebracht worden. Ist ja auch nicht schlecht. Wir haben ja die Hoffnung, der stete Tropfen höhlt den Stein, es kann ja jeder dazulernen. Vielleicht ergreifen Sie jetzt die Chance und stimmen dem Ganzen zu. Und dann wäre noch der Kollege Sikora. Also wirklich stringent war das jetzt nicht so ganz. Wir haben jetzt eben mehr 30er-Zonen und da passiert jetzt weniger, was so die Argumentation und darum brauchen wir auch nicht wirklich eine Kennzeichenpflicht und eine Haftpflichtversicherung brauchen wir auch nicht, weil ist eh nicht so schlimm. Argument eins, und Argument zwei, ja, die Autofahrer, die machen auch Übertretungen, die haben zwar eine Kennzeichenpflicht und die Radfahrer machen auch Übertretungen und dann brauchen sie trotzdem keine. Können wir vielleicht noch abstimmen, wo hier der Sinn dahinter liegt. Ich glaube, eine Waffengleichheit bei Verwaltungsübertretungen ist mit Sicherheit von Vorteil. Kennzeichenpflicht für alle Beteiligten, Radfahrer beziehungsweise Autofahrer, ist mit Sicherheit sinnvoll. Und einen großen Punkt haben Sie schon vergessen, und zwar das ist der entscheidende, wenn Verkehrsunfälle mit Personenschäden existieren, dann ist Anzahl von denen die Fahrerflucht begehen bei den Autofahrer sehr, sehr gering, weil da gibt es dann einen ganz kleinen Prozentsatz, die vorsätzliche Fahrerflucht begehen und im Endeffekt bei Radfahren ist es natürlich viel leichter möglich und eröffnet einen größeren Spielraum, Fahrerflucht zu begehen, ohne dass man in Wirklichkeit eine Verfolgung erwarten kann. Ok, sei es drum, ich hoffe, trotz der Wortmeldungen, vielleicht lässt sich noch der eine oder andere Gedanke umkehren. Die Chinesen haben ja den bekanntlichen Spruch: „Der Kopf ist rund, damit die Gedanken die Richtung wechseln können.“ Vielleicht auch in diesem Fall (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Wir werden es gleich sehen, wenn wir zur Abstimmung kommen (*Gelächter im Saal*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und KFG) abgelehnt.***

**7.7 Bekenntnis zu Ordnungswache und Heimwegtelefon  
(GR Mag. Michael Winter, KFG)**

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Bekenntnis zur Ordnungswache beziehungsweise zum Heimwegtelefon. Wir haben es bereits in der Fragestunde erörtert, oder ich habe es genaugenommen erörtert. Die Ordnungswache hat in Graz eine sehr, sehr wichtige Aufgabe, sie ist Teil der Sicherheitsarchitektur, sie hat in vielen Bereichen auch eine unterstützende Funktion für die Polizei, sei es bei Anstandsverletzungen, sei es bei aggressivem Betteln, sei es bei den Verordnungen hinsichtlich Alkoholverbot, die auch schon angesprochen worden sind, sei es auf der Auwiese, wie Sie es ja auch selbst heute angesprochen haben. Und aus diesem Grund ist es schon wichtig, dass ein Gemeinderat einer so wichtigen Institution, wie eben der Ordnungswache auch den Rücken stärkt. In der Fragestunde beziehungsweise in der Nachfrage an Sie habe ich doch positiv vernommen, dass Sie hergegangen sind und gesagt haben, ja, Bekenntnis zur Ordnungswache, und zwar sowohl personell, aber auch im Aufgabenbereich. Und jetzt habe ich mir dieses Schreiben vom 14.2. dieses Jahres aus Ihrem Büro, Frau Bürgermeisterin, das Schreiben aus Ihrem Büro, 14.2., haben Sie das vor sich?

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Ich habe gerade kein Schreiben vor mir.

GR Mag. **Winter:**

Ich werde es Ihnen zitieren, weil da haben Sie gesagt, im Endeffekt bei den Aufgaben ändert sich auch nichts. Zitat aus dem Schreiben von Ihrem Büro: „Jedoch ist im

kommenden Jahr geplant, grundsätzliche Überlegungen anzustellen, welche Aufgaben die Ordnungswache in Zukunft übernehmen wird.“ Also jetzt gibt es nur zwei Möglichkeiten, also vorher haben Sie ja gesagt, die Aufgaben bleiben gleich, also entweder ist jetzt die Möglichkeit, Sie haben seit 14. Februar, ich meine, war ein schöner Tag, Valentinstag, die Meinung geändert zu dem Thema, oder es ist nicht ganz klar, oder Ihnen ist manchmal nicht ganz klar was aus dem Büro so quasi ausgeschickt wird. Ich habe das Schreiben vor mir, ich kann es Ihnen gerne geben, ...

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> Kahr: Das ist eh ok.*

GR Mag. **Winter:**

... das ist auch von Ihnen unterschrieben.

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> Kahr: Ja, passt schon.*

GR Mag. **Winter:**

Da ist doch ein massiver Widerspruch zu erkennen, zwischen dem was Sie in der Fragestunde mir erklärt haben und eigentlich dem Nicht-Bekenntnis, was Sie hier in dem Schreiben ausgeschickt. Fakt ist, sowohl die Ordnungswache, wie auch das Heimwegtelefon, ein Randthema aber auch ein Mosaikstein hinsichtlich Sicherheit in unserer Stadt, gehören gestärkt und brauchen weiter unsere Unterstützung. Daher der vorliegende

### **Dringlichkeitsantrag,**

bestehend aus vier Punkten. Ich fasse inhaltlich zusammen:

Klares Bekenntnis von unserer Seite zur Ordnungswache und zum Heimwegtelefon. Punkt zwei, die Stadt Graz möge prüfen, in welchem Ausmaß diese Dienste ausgebaut werden können. Punkt drei, in welcher Art und Weise kann man die Bediensteten, die Angestellten der Ordnungswache stärker würdigen. Punkt vier, die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz mögen bis zur Juli-Sitzung darstellen, welche konkreten Pläne es für die Dienste Ordnungswache und Heimwegtelefon künftig geben wird (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Die Grazer Ordnungswache ist ein wichtiger Bestandteil des Grazer Sicherheitskonzepts, dient zur Unterstützung der Polizei und trägt zu einem besseren Sicherheitsgefühl in der Grazer Bevölkerung bei. Die Ordnungswache sorgt u.a. für Ordnung bei Anstandsverletzungen und bei aggressivem Betteln, setzt Alkoholverbotsverordnungen um und kommt auch bei den Auwiesen zum Einsatz. Die Ordnungswache ist aus dem Grazer Sicherheitskonzept nicht mehr wegzudenken und soll dementsprechend Unterstützung erfahren.*

*In einer mit 14. Februar datierten Beantwortung aus dem Büro von Fr. Bürgermeister Kahr wird angemerkt, dass auf Grund der budgetären Situation momentan keine Aufstockung der Ordnungswache geplant sei und erst im kommenden Jahr grundsätzliche Überlegungen angestellt werden sollen, welche Aufgaben die Ordnungswache künftig übernehmen wird (GZ.: 221567/2022/0002).*

*Ebenso steht im Raum, dass im Bereich der Ordnungswache Einsparungen geplant seien und auch Überstunden gestrichen werden sollen. Die gesamte Situation spricht momentan also nicht dafür, dass der Ordnungswache künftig die notwendige Unterstützung entgegengebracht wird, wie es die aktuellen Anforderungen notwendig machen.*



*Das Grazer Heimwegtelefon wird an Wochenenden und in Nächten auf einen Feiertag von 22 – 3 Uhr angeboten. Das Heimwegtelefon kann bei Unsicherheitsgefühl auf dem Weg nach Hause angerufen werden. Auch Berufstätige können sich am Abend nach Dienstende einem Unsicherheitsgefühl ausgesetzt fühlen. Immer öfter haben auch ältere Menschen Angst, wenn sie am Abend beispielsweise an einem Konzert oder anderen Freizeitangeboten teilnehmen wollen. Daher soll dieses Angebot weiter ausgebaut werden.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***dringlicher Antrag:***

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Die Stadt Graz soll sich unter der neuen Stadtkoalition mit der zuständigen Bürgermeisterin zu den wichtigen Diensten Ordnungswache und Heimwegtelefon bekennen.*
- 2. Die Stadt Graz möge prüfen, ob und in welchem Umfang die beiden Dienste laut Motiventext ausgebaut werden können.*
- 3. Die Stadt Graz möge insbesondere prüfen, in welchem Ausmaß das Angestelltenverhältnis der Ordnungswache entsprechend gewürdigt und ausgebaut werden kann.*
- 4. Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz mögen bis zur Gemeinderatssitzung im Juli darstellen, welche konkreten Pläne es für die Dienste Ordnungswache und Heimwegtelefon künftig gibt.*

GR<sup>in</sup> Sabine **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Zuseher im Livestream. Ich halte mich ganz kurz,

nur so viel möchte ich sagen, wir haben ja auch schon öfters plädiert für die Aufstockung der Ordnungswache, zumal die Ordnungswache ja auch ein wichtiges Bindeglied zwischen Polizei und der Gemeinde ist, sprich, dadurch kann die Polizei natürlich schwerwiegenderen Delikten nachgehen und die Ordnungswache übernimmt ja die Aufgaben im ruhenden Verkehr, oder sie schaut darauf, ob Vorschriften oder Verordnungen in der kommunalen Ebene eingehalten werden. Und ich würde sagen, je mehr Personal tätig ist von der Ordnungswache, desto mehr Personal ist auch für die Bevölkerung da, weil sie ja oftmals der erste Ansprechpartner für die Bevölkerung ist, und eben das Vertrauen in der Bevölkerung stärken kann, was die Gemeindeverwaltungen anbelangt. Und daher werden wir der Dringlichkeit in diesem Fall zustimmen (*Appl.*).

**GR Günter Wagner:**

Hoher Gemeinderat, lieber Antragsteller. An dieser Stelle möchte ich mich herzlich für diesen sehr guten und wichtigen dringlichen Antrag bedanken. Nicht nur der Bevölkerung ist die Ordnungswache sehr wichtig, sondern natürlich ist das mit diesem Antrag und mit diesem Bekenntnis zur Ordnungswache natürlich auch an die Mitarbeiter ebendieser eine klare Botschaft, dass wir uns dafür aussprechen. Das ist momentan, so wie man hört, sehr wohl schon der Fall, dass Mitarbeiter der Rathauswache von vorbeigehenden Bürgern angesprochen werden: Euch gibt es ja eh nur noch bis Dezember. Was ist denn nachher? Das sorgt berechtigt für Verunsicherung. Und ich glaube, mit diesem dringlichen Antrag kann man hier ein für alle Mal mit diesem Gerücht, hoffentlich Gerücht, aufräumen und sich hier ganz klar und deutlich dazu bekennen. Also zur Dringlichkeit und zum Inhalt natürlich ein klares Ja (*Appl.*).

**GR Alic:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Michi. Danke für deinen Antrag. Ich will gleich vorausschicken, dass wir der Dringlichkeit insofern nicht zustimmen werden, als in der Fragestunde ein eindeutigeres Bekenntnis zur Ordnungswache, als die Bürgermeisterin es abgegeben hat, man nicht machen kann. Das ist ausgesprochen, das ist protokolliert, und das ist hier. Also die Dringlichkeit ist nicht hier. Zum Inhalt möchte ich sagen, da weiß ich nicht, du schreibst hier: Es steht im Raum, dass es momentan nicht dafürspricht, dass der Ordnungswache künftig die notwendige Unterstützung entgegengebracht wird. Also wenn das im Raum steht, dann vielleicht dadurch, dass du das in den Raum gestellt hast mit dem Antrag, ich habe das noch nicht gehört. Ich trage selbst Uniform, das sage ich nicht, weil ich unglaublich gut aussehe damit (*Gelächter im Saal*), sondern weil wir Uniformierten einen wesentlichen Beitrag, und da meine ich uns alle, die Kolleginnen und Kollegen von der Ordnungswache, die Exekutive. Wir sind das Geländer an dem sich die Leute festhalten können. Das Leben ist so durchreglementiert durch Vereinbarungen, die es in der Gesellschaft gibt, und durch Gesetze, und dort wo ich arbeite, gültiger als dort kann es nirgends sein. Jetzt habe ich einmal im Vergleich zur Ordnungswache, ich arbeite ja im wahrsten Sinne des Wortes auf einem geschützten Arbeitsplatz, also, wenn bei mir einer berechtigterweise mit der allgemeinen Situation nicht zufrieden ist, dann habe ich ganz andere Möglichkeiten letztendlich demjenigen die Hausordnung näherzubringen (*Gelächter im Saal*). Wirklich, es ist ein großer Vorteil, dass ich hinter Mauern arbeite und nicht in der Öffentlichkeit stehe, was nicht heißt, dass wir uns nicht an die Gesetze halten. Und unsere Arbeit spricht einfach dafür, und ich möchte hier ausdrücklich sagen, was die Ordnungswache, was die Damen und Herren, unsere Kollegen von der Ordnungswache hier draußen, ob sie jetzt vor dem Rathaus stehen, oder hier oben (*Galerie*), oder ob sie durch die Stadt gehen, das ist ein wesentlicher Bestandteil, dass unser gesellschaftliches Leben funktioniert. Und da hast du Recht, Michi, absolut, also das kann ich nur unterschreiben, und ihr macht einen großartigen Job, und ich hab meinen größten Respekt, genau für das, was ihr tut. Und auch das kann man protokollieren, von mir aus in Blockbuchstaben, das stimmt, dazu stehe ich, das kommt

von Herzen, das braucht man nicht einmal verschriftlichen in Wirklichkeit. Und deswegen finde ich, ist der Antrag nicht notwendig, so leid es mir tut, Michi, ich würde dich gerne zitieren, du hast jetzt so viele lustige Sachen gesagt schon (*Gelächter im Saal*), und vielleicht auch bei einem anderen Antrag, vielen Dank für Ihren ausgesprochen guten Job. Ihr wisst, wir sind da und stehen hinter euch. Danke (*Appl.*).

**KO GR Ehmann:**

Danke, Frau Bürgermeisterin. Geschätzte Kolleg:innen im Stadtsenat, Gemeinderat, auf der Tribüne, lieber Antragsteller, liebe Damen und Herren zuhause im Livestream. Die Ordnungswache steht für mich auch nicht in Frage, ich würde sie auch nicht in Frage stellen. Ich bin auch sehr froh, dass es sie gibt und sie machen einen guten Job, davon bin ich überzeugt, ich kenne viele persönlich, schätze nicht nur kompetente Auskunft, sondern auch freundliche Behandlung, und im Notfall auch den richtigen Hinweis, wenn es nötig ist, weil manche glauben, sich nicht an die Hausordnung halten zu müssen. Also insbesondere wirklich einen herzlichen Dank, jetzt stellvertretend darf ich an dich jetzt übermitteln (*richtet den Dank an den/die Sicherheitsbediensteten auf der Galerie*), weil du jetzt da bist, du heimst heute die Lorbeeren ein sozusagen für alle Kolleginnen und Kollegen, aber nur für dich natürlich ...

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> Kahr: Da ist noch jemand oben.*

**KO GR Ehmann:**

... ach so, da ist noch jemand, versteckt, aber gut. Also wie gesagt, Ordnungswache, durchaus ok, und auch das heutige Bekenntnis zur Ordnungswache seitens der Bürgermeisterin, würde ich jetzt nicht nur persönlich in Frage stellen, also ich sehe das auch so. Was aber im Antrag noch vorkommt, ist der Ausbau des Heimwegtelefons. Und ich habe mir dann überlegt, ich habe mir das dann einmal angeschaut, und gesagt,

ok, Heimwegtelefon, ich weiß, das ist implementiert worden, das ist auch anderen Städten angeboten worden, da gibt es auch Partnerstädte, die das mittlerweile in Anspruch nehmen. Und habe ich gesagt, ist ein Ausbau des Heimwegtelefons erforderlich? Ich habe mir dann ein paar Zahlen geholt und habe mir die Zahlen dazu angesehen. Ich will es jetzt nicht grundsätzlich in Frage stellen, weil natürlich gibt es Menschen, die dort angerufen haben, die ein gutes Gefühl beim Heimgehen gehabt haben. Aber um wie viele Anrufe handelt es sich da? Wir sind im Jahr, Also ihr wisst ja, das Heimwegtelefon vor Feiertagen, also die Abende zum Feiertag, als auch am Wochenende, wird das angeboten, seit 2016, und jetzt muss man natürlich die Pandemie miteinrechnen, da hat es natürlich weniger Anrufe gegeben, logischerweise, aber im Jahr 2016, im Einführungsjahr sozusagen waren es 37, im 2017er Jahr, also wir reden jetzt vom Jahr, 2017 58, wir reden im Jahr 2018 von 49, vor der Pandemie, wir reden im Jahr 2019 zu Beginn der Pandemie von 57 im Jahr, wir reden insgesamt, Pandemie ist klar, da hat es dann 13 und 6 gegeben, 2022 waren es dann schon 35 und heuer, bist jetzt 11. Also wir rechnen seit der Einführung, seit 2016 bis heute, von 266 Anrufen beim Heimwegtelefon. Warum sage ich das so explizit? Ich habe mir auch die Kosten dazu angesehen, und in der Kostenstruktur schaut es so aus, dass die Kosten insgesamt bisher, also für Wochenenden pro Jahr ist das bitte, und auch für die Feiertage, rund 43.901,40 Euro betragen. Die Partnerstädte, also die Rückvergütung, die uns quasi etwas dafür bezahlen, dass wir das zur Verfügung stellen, 15.119,55 Euro, in Abzug die Kosten für die Stadt Graz im Jahr 28.781,85. Und jetzt sage ich es, Anrufe pro Jahr im Schnitt seit 2016 sind 36, Kosten pro Anruf, also aliquotiert natürlich, Kosten pro Anruf 799,50 Euro. Und bei 800, also sagen wir jetzt rund 800 Euro, also eine Firma mit einer Mehrwertnummer hätte eine Freude bei so einem Schnitt, wenn sie das als Kosten verrechnen dürften. Dann frage ich mich schon, ob zu dieser Mittelverwendung im Gegenzug quasi noch ein weiterer Ausbau dafürsteht, ob man sich nicht überlegen muss, ist das tatsächlich das richtige Instrument oder gäbe es auch andere Möglichkeiten? Und deswegen habe ich mir die Kosten eben angeschaut, weil ich mir gedacht habe, den Ausbau noch zusätzlich zu forcieren, weiß ich nicht, ob das im Verhältnis zu der Annahme steht, und deshalb möchte ich das einfach als

Diskussion in den Raum stellen, das heißt jetzt nicht, dass ich es ablehne oder sonst etwas, aber ich würde nur sagen, man muss darüber nachdenken, steht das dafür, dass noch weiter auszubauen oder muss man sich überhaupt überlegen, zukünftig hier gegebenenfalls einen anderen Weg zu gehen oder es gleich zu lassen, wie auch immer das dann in der Diskussion zu einem Ende führt, aber den Ausbau würde ich einmal grundsätzlich ein bisschen in Frage stellen. Danke (*Appl.*).

**KO GR Dreisiebner:**

Nachdem dankenswerterweise Klubobmann Kollege Herr Michael Ehmann sehr genau auf die Daten und Fakten eingegangen ist, werde ich mich sehr kurz halten. Ich habe im Oktober 2018, ca. zwei Jahre nach Einführung im November 2016, eine Anfrage an den damaligen Herrn Vizebürgermeister zu seiner mutmaßlich größten Leistung als Vizebürgermeister gestellt, mit elf Unterpunkten, das kann sich jede und jeder von euch natürlich im Intranet auch besorgen. Und das, was Michael Ehmann hier dargestellt hat, ist genau aus dieser Anfrage hervorgegangen, da reden wir auch ganz klar darüber, da haben wir noch keine Covid-Einschläge und all diese Dinge gehabt. Ich habe zum Beispiel als Antwort bekommen, dass es einen bis vier Anrufe an einem durchschnittlichen Abend zwischen 22.00 Uhr und 3.00 Uhr, wo zwei Personen an den Telefonen sitzen, gegeben hat, ab Einführung 2016 bis Ende 2018. Die Frage, wie oft die Exekutive, Kollegin Sabine Wagner, hinzugezogen werden musste aufgrund der Angaben der Anruferin oder des Anrufers, die Antwort Null, die Angaben zu den Kosten hat der mutmaßlich leistungsbereite Herr Ex-Vizebürgermeister nicht wirklich beantwortet, und da gibt es noch viele andere Dinge mehr. Was darf ich dir jetzt als Antragsteller sagen? Der Antrag geht in die völlig falsche Richtung, der richtige Antragstext wäre: Wie kann man eine bürger:innenfreundliche, den Bedürfnissen der Menschen wirkliche entsprechende Stadtverwaltung sicherstellen, und wie kann man das mit der Effizienz, mit den Vorgaben, dass man nämlich auch sparsam mit den Kosten und mit den Mittelseinsätzen umgeht, am besten umsetzen? Und nicht nur einen Punkt, das Heimwegtelefon, herausnehmen. Zur Ordnungswache noch

Folgendes, das haben wir heute eh schon in der Fragestunde gehabt, die Ordnungswache hat sicher ihren Platz und die wird auch weiterhin ihren Platz haben, auch wenn sich vielleicht Aufgabenschwerpunkte, ist heute auch schon kurz angerissen worden, unter Umständen noch ein Stück weit ändern könnten, dass man schnell irgendwo mit Ihnen verstärkt hingehet, wo es eben notwendig ist. Heimwegtelefon, tut mir wirklich leid, das sehe ich etwas schwierig, aufgrund der Daten, die Michi Ehmann sehr klar ausgeführt hat. In diesem Sinne, eine Dringlichkeit, und wie gesagt, Effizienz, Bürger:innennähe, und das Ganze braucht eine gute Mischung, die auch vertreten können. Vielen Dank (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Dankeschön. Gibt es noch weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich nur vielleicht vorab, weil Sie mich ja doch direkt angesprochen haben, noch einmal verdeutlichen, dass es ein absolutes Bekenntnis natürlich gibt, das ist ja logisch. Und das ist nicht nur eine abstrakte Sache, sondern ich habe auch sehr viel konkret mit den Kolleginnen und Kollegen zu tun und ich rede ich auch mit ihnen und ich frage sie auch wo die Problemlagen sind. Das, was Sie hier zitiert haben, das ist genau das, was ich ja auch beschrieben habe, was logisch ist, ist, dass sich Aufgabenfelder der Ordnungswache noch zusätzlich hinzukommen können, oder auch ändern können, weil die Bedürfnisse aus der Bevölkerung welche sein können, wo man genauer hinschauen muss, und deswegen habe ich auch Beispiele genannt, also das wird künftighin auch verstärkt. Auswiese ist schon genannt, aber die Bitte und das Ersuchen, immer vorausgesetzt man stemmt es und schafft es auch, und wenn notwendig ist, muss man auch schauen, dass man zusätzliche Mittel dafür aufbringt, auch an anderen Orten oder auch zusätzliche Aufgabenfelder, das muss immer offen sein, das ist ja logisch. Aber das Bekenntnis zur Ordnungswache hat ja überhaupt nie jemand in Frage gestellt, und da bitte ich Sie auch, ganz korrekt zu sein, weil ich habe einen Anruf zum Beispiel bekommen, mein Kollege, von einer Zeitung, wo dezidiert gesagt worden ist, dass Sie behauptet hätten, dass ich die Ordnungswache abschaffen

soll. Also gehe ich davon aus, dass diese Gerüchte oder diese Meldungen der Leute eigentlich weniger von den Leuten kommen, weil ich das noch nie gehört, und ich habe sehr viel mit Leuten zu tun, das habe ich wirklich noch von niemandem gehört. Aber an sich haben wir das jetzt eh alles besprochen und künftighin, kann ich sagen, sind diese Gerüchte auch abgestellt.

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Beginnen wir mit dem Positiven. Wie es aussieht gibt es doch parteiübergreifend von allen ein Bekenntnis zur Ordnungswache, das ist ja einmal grundsätzlich positiv. Woran spießt es sich dann jetzt genau? Dass die Dringlichkeit angeblich nicht gegeben sei, also bei allem nötigen Respekt, es gibt unendlich Dringlichkeitsanträge, die in den letzten Monaten eingebracht worden sind, wo in Wirklichkeit nicht wirklich eine Dringlichkeit gegeben war, und es war trotzdem eine Mehrheit in dem Gremium zu finden, das muss man ganz offen jetzt einmal so erkennen. Kommen wir zum Thema Heimwegtelefon, ja, keine Frage, es gibt mit Sicherheit bei diesem Thema Verbesserungsmöglichkeiten, es wäre mit Sicherheit auch sinnvoll, über eine Verbesserung, über ein attraktiveres Angebot, vielleicht aber auch über eine bessere Bekanntmachung von diesem ganzen Instrument zu diskutieren. Und eines ist schon auch klar, ich habe das Heimwegtelefon als Mosaikstein in unserem Sicherheitsgefüge bezeichnet. Ein Mosaikstein ist im Regelfall ein sehr kleines Element von etwas Ganzem. Und hier die Kostenfrage so in den Vordergrund zu rücken, schauen wir uns die Tagesordnung heute an, wir geben für die unterschiedlichsten Dinge Unsummen aus, und keine Frage, es kann eine verbesserte Kostenstruktur in diesem Bereich angestrebt werden, sollten wir auch anstreben, aber den Kostenfaktor hier als Argument herzunehmen, ist in diesem Sinne doch etwas Dürre in meinen Augen. Trotzdem, am Ende des Tages spießt es sich bei vielen an den Kosten scheinbar, die Sicherheit der Bürger ist vielfach nicht durch Kosten aufzuwiegen, sage ich auch ganz klar im dem Zusammenhang. Der Kollege Alic Horst, ist er da? Natürlich ist er da. Sowohl eine humoristische wie auch in vielen Teilen



trotzdem richtige Wortmeldung. Keine Frage, wir brauchen die Ordnungswache, es ist gut, dass die Ordnungswache existiert. Ich kann mich in diesem Sinne nur noch einmal wiederholen. Wenn die Frau Bürgermeisterin bereits in der Fragestunde das klare Bekenntnis abgegeben hat zur Ordnungswache, dann wird es sicher jetzt nicht allzu schwierig sein auch im Rahmen von einem dringlichen Antrag dem Ganzen zuzustimmen. Da könnte sich der eine oder andere einen Ruck geben, schauen wir einmal. Faktisch ist es halt leider so, dass das Parteistrategische oder Taktische hier im Vordergrund stehen wird und das Ganze leider keine Mehrheit finden wird. Schade, die Ordnungswache hätte es verdient (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Danke, Herr Gemeinderat, ich glaube, das kann ich unisono sagen, dass hier überhaupt keine Strategie dahintersteckt, sondern man kann nicht bei etwas zustimmen, wo es das Bekenntnis ja eh gibt. Fühlen Sie sich hier einfach gedanklich von uns allen eh umarmt in Ihrem Anliegen (*Gelächter im Saal und Appl.*).

Auf jeden Fall, das Wichtigste ist, dass wir einstimmig der Meinung sind, dass wir unsere Kollegen hier brauchen und ihnen auch sehr dankbar sind für ihre Arbeit.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr) abgelehnt.***

## **7.8 Ballettschule an der Grazer Oper retten (GR Mag. Philipp Pointner, Neos)**

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer:innen live und in den Medien. Zunächst zwei kleine Richtigstellungen, am Anfang des dringlichen Antrages, das haben wir aber dann noch

so eingereicht, am Anfang ist Ende des vergangenen Jahres einzusetzen und am Ende der ersten Seite, die Petition ist mittlerweile von über 500 Menschen unterzeichnet worden, also es besteht ein gewisser Druck. Die Dringlichkeit meines Antrages ergibt sich daraus, dass die Ballettschule der Grazer Oper mit Ende des Schuljahres geschlossen werden soll. Worüber reden wir? Wir reden in meinem Antrag über Bildung, wir reden auch dadurch über einen Satz der Grazer Kulturstrategie, zwischen Bildung und Kunst und Kultur besteht ein wichtiger Zusammenhang. Und es spricht zu Ihnen in diesem Fall jemand, der seit 30 Jahren als Musiker Ballett dirigiert, Konzerte dirigiert, mit Jugendlichen im Konzertbereich zusammen, arbeitet, in Jurys sitzt von Jugendwettbewerb im musikalischen Bereich und so weiter und so fort, der auch im musikalischen Bereich inklusive Konzerte macht. Also es ist vorher angesprochen worden, Sie könnten auf einen Experten hören. Und ich sage jetzt zu Ihnen, ich erkläre Ihnen die beiden Absätze des dringlichen Antrages. Wir reden über Bildung und wir reden darüber, was ist uns Bildung wert? Und wir reden über unser Opernhaus, und unser Opernhaus hat mit der Ballettschule ein Bildungsangebot, ein lange gewachsenes Bildungsangebot, und das gibt es schon sehr lange, die Ballettschule der Grazer Oper und ihrer günstigsten Ausformung vor vielen Jahren, war es wirklich eine professionelle Ausbildung, die die verschiedensten Altersgruppen ausgebildet hat, bis hin zu einer Ausbildungsstufe, die tägliches Training bietet, inklusive Spitzentanz und auf ein Diplom, das außer Hauses abgenommen wird, vorbereitet. Das ist in den letzten Jahren strategisch vernachlässigt worden vom Opernhaus, bis jetzt gesagt wird, wir brauchen das nicht mehr, wörtlich sogar, denn wir sind keine Bildungseinrichtung, sondern wir konzentrieren uns auf professionelles Theater. Wollen wir aber als Gemeinderat, denn zu 50 % ist das Opernhaus auch unsere Angelegenheit, zu den anderen 50 % die des Landes, dass sich ein Opernhaus nur auf Kunstausbildung auf internationalem sehr hohem Niveau beschränkt, oder verstehen wir unser Opernhaus über die Bildung auch als Schnittstelle zu unserer eigenen Bevölkerung, die durch die Ausbildung unserer Jugendlichen an das Opernhaus gebunden wird? Und wie hat das stattgefunden? Indem das Opernhaus den Kindern Bühnenzeit gegeben hat, und zwar Bühnenzeit auf der großen Bühne, und das ist ein wahnsinniger Unterschied, weil

wenn ich in einer Ballettschule außerhalb vielleicht natürlich meine Klassenabende, oder wie man es auch immer nennen mag, meine Auftrittsmöglichkeiten gebe, das ist immer noch ein Unterschied, ein Motivationsunterschied, wenn ich das auf einer großen Opernbühne in einem wunderschönen Haus wie es Graz mit seiner Oper hat, darstellt, wenn ich das biete. Und daraufhin geht der erste Teil. Bühnenerfahrung und Tanzpraxis im selben Umfang wie bisher, also eingebunden auch in das Programm der Grazer Oper. Das will die derzeitige Führung nicht mehr machen. Dazu sollten wir uns einmal bekennen, weil wir wollen ein Haus das mit den Grazerinnen und Grazern verbunden bleibt. Auch natürlich in anderen Bereichen, Next Liberty, Schauspiel, wie ich höre wird das Kindermusical leider eingestellt, da verlieren wir noch etwas, eine Schnittstelle zu unserer Bevölkerung. Und ich sage Ihnen eines, wir werden dann, wenn wir diese Menschen, die sich da hineingeben und die mit ihren Familien das auch verfolgen, was ihre Kinder machen, wenn wir die nicht nur berücksichtigen, dann werden wir in 20 Jahren kein Publikum mehr haben. Wollen wir das? Ich glaube nicht. Der zweite Teil des Antrages ist, mag sein, dass die Ballettschule der Graz Oper in der jetzigen Form nicht mehr sehr viele Teilnehmer hat, aber das ist Corona geschuldet und das ist einer langjährigen strategischen Entscheidung geschuldet. Und jetzt haben wir noch die Möglichkeit die Notbremse zu ziehen und zu sagen, entwickeln wir eine Strategie, dass wir die Ballettschule im Haus halten können und uns zu Strukturen committen, die auf der niedrigen Ebene, also auf der ersten Ebene alle abholt und in diversen Klassen dann das Angebot so staffelt, dass eben die Hochbegabten letztendlich so professionell ausgebildet werden, dass sie auch eine Berufsausbildung anstreben können. Und das ist der zweite Teil des Antrages. Frau Bürgermeisterin und ich teilen eines, wir waren beide bei der prima la musica und haben die Ehre gehabt jungen Künstler:innen eine Medaille umzuhängen und sie zu dekorieren. Das geht im Tanzbereich nicht so leicht, weil im instrumental Bereich ist das sich an einander Messen in Alterskategorien, prima la musica einfacher möglich. Aber was ist denn die Belohnung für eine junge Tänzerin? Das ist der Auftritt. Und wo am besten? Auf der großen Bühne. Das ist ein Faszinosum, das motiviert und das motiviert auch Familien in die Oper zu gehen und der Oper verbunden zu bleiben. Und auch, wenn die Kinder

dann, wenn man nicht alle abholt und in den Beruf bringt, das ist ja eh utopisch, aber, wenn wir ein positives Erlebnis im Haus haben, dann werden sie dem Haus weiter verbunden bleiben. Und daher mein

**dringlicher Antrag,**

soll ich ihn jetzt verlesen oder nachher?

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Gleich, natürlich.

GR Mag. **Pointner:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich für den Erhalt der Grazer Opernballettschule aus, die gewährleistet, dass Ballettschüler:innen Bühnenerfahrung und damit Tanzpraxis im selben Umfang wie bisher sammeln können.

Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt das Kulturamt und die Abteilung für Bildung und Integration im Sinne der Grazer Kulturstrategie 2018 und in Abstimmung mit dem Land Steiermark ein Konzept zu entwickeln, das für die Sparte Tanz (insbesondere klassisches Ballett) zukünftig eine den Erfordernissen des internationalen Marktes genügende Berufsausbildung ermöglicht. In welcher Form über das vorstelle, habe ich ganz genau dargelegt. Ich freue mich auf eine angeregte und gut begründete Diskussion (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Anfang Mai wurden die Schüler:innen der Opernballettschule und deren Eltern von den Verantwortlichen der Oper Graz darüber informiert, dass die Ballettausbildung in der bekannten Form mit Ende des Schuljahres eingestellt wird. Damit wird eine über*

*Jahrzehnte bewährte Einrichtung zu Grabe getragen, durch die Grazer Kindern nicht nur Ballett als Tanzform vermittelt werden konnte, sondern über die ihnen gleichzeitig eine Ausbildung geboten wurde, die regelmäßige Bühnenauftritte und damit Tanzpraxis beinhaltet hat. Und gerade diese professionelle Tanzausbildung war es, die die Opernballettschule ausmachte und in die in der Vergangenheit unzählige Kinder und Jugendliche viel Zeit und Hingabe investiert haben: Sie konnten sich eine echte Berufsperspektive erarbeiten!*

*Die Auswirkungen von der nun getroffenen Entscheidung sind entsprechend enorm, worauf eben die Eltern der betroffenen Kinder am 1. Mai in einem offenen Brief an alle Entscheidungsträger:innen der Stadt Graz und dem Land Steiermark, dem Publikum der Oper Graz und den Medien hingewiesen haben und in dem sie eindringlich darum bitten, das Aus der Opernballettschule zu überdenken. Dieser Hilferuf darf von niemanden überhört werden – schon gar nicht von der Stadt Graz! Denn die Entscheidung, die Opernballettschule mit all ihren Auftrittsmöglichkeiten zu schließen, widerspricht sowohl den kulturellen, bildungspolitischen und sozialen Zielsetzungen unserer Stadt und ihrer Kulturstrategie. Deshalb müssen der Grazer Gemeinderat und das Land Steiermark entsprechend reagieren. Eine Nicht-Einmischung wäre eine Bankrotterklärung und würde einen irreversiblen Schaden für den Bildungs- und Kulturstandort Graz mit sich bringen.*

*Das Aus der Opernballettschule in ihrer bisherigen Form muss also nicht nur verhindert werden. Ganz im Gegenteil: Die Ausbildung muss weiter professionalisiert werden, um den Erfordernissen der großen europäischen Bühnen gerecht zu werden. Deshalb unterstützen wir NEOS das Anliegen der betroffenen Eltern und haben dazu auch eine Petition gestartet, die alleine in den vergangenen Tagen von über 400 Menschen unterzeichnet wurde. Uns alle eint, dass wir die Opernballettschule als das sehen, was sie war und was sie in Zukunft auch sein soll: Eine Schule fürs Leben, die Potenziale fördert und Bildung ermöglicht.*

*Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den*

**dringlichen Antrag:**

*Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich für den Erhalt der Grazer Opernballettschule aus, die gewährleistet, dass Ballettschüler:innen Bühnenerfahrung und damit Tanzpraxis im selben Umfang wie bisher sammeln können.*

*Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt das Kulturamt und die Abteilung für Bildung und Integration im Sinne der Grazer Kulturstrategie 2018 und in Abstimmung mit dem Land Steiermark ein Konzept zu entwickeln, das für die Sparte Tanz (insbesondere klassisches Ballett) zukünftig eine den Erfordernissen des internationalen Marktes genügende Berufsausbildung ermöglicht.*

**GR<sup>in</sup> Leban-Ibrakovic:**

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrt Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrter Antragsteller, lieber Philipp. Ich kann deine Bedenken sehr, sehr gut nachvollziehen, weil, ich glaube, uns eint eines, in unser beider sozusagen Herzschlagen für Kunst und Kultur und dem Tanz vor allem, deswegen habe ich mir auch diese Sache ganz genau angeschaut und werde versuchen jetzt so ein bisschen darzulegen, was meine Recherche ergeben hat. Ich glaube, dass zuerst einmal ein großes Missverständnis vorliegt, dass jetzt vielleicht in der Kommunikation auch über die Medien, ich sehe es auch ein bisschen in deinem Antrag, vermischt wurde. Die Ballettschule der Grazer Oper wird nicht geschlossen, weil die 110 Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die jetzt in die Ballettschule gehen, die werden auch weiterhin die Ballettschule besuchen können. Ich habe hier auch mit einer Ballettlehrerin in der Oper gesprochen, die ganzen Gruppen bleiben weiterhin bestehen. Das ist einmal Punkt eins. Es wird wahrscheinlich, soweit ich das jetzt aus dem Konzept herausgelesen habe, ein bisschen sich der Name ändern aber grundsätzlich ist das gegeben. Was sicher verändert, und da gebe ich dir Recht, das wurde schon vor ein paar Jahren strukturell beschlossen, ist, dass diese Berufs- oder vorbereitende Berufsausbildung eingestellt wird, deswegen haben sie auch keine

neuen Schüler und Schülerinnen mehr aufgenommen und es waren ja zuletzt neun Schülerinnen, die aber jetzt ein vergleichbares Angebot in einer ganz nahegelegenen Ballettakademie bekommen zu den gleichen Konditionen, die sozusagen die gleichen Chancen haben. Das war auch eben früher so, dass man hier sozusagen die Vorbereitung zu einer Aufnahmeprüfung, die aber nicht in Graz stattgefunden hat, sondern zum Beispiel in Wien oder auf einem Internat, hier machen konnte, das kann man auch weiterhin noch in Graz machen, das hat die Oper auch gesichert. Und sie hat auch diesen, die das interessiert, weiterhin zugesichert, dass sie die notwendigen Bühnenerfahrungen, wie du auch so schon hervorgehoben hast, weiterhin auch in der Oper haben können. Ich glaube, dass wir das Ganze sehr sachlich diskutieren können, und ich habe mir hier jetzt auch so ein bisschen die Stellungnahme von der Oper angeschaut, ich merke, dass du einfach hier sehr auch mit dem Herzen drinnen hängst ...

*Zwischenruf GR Mag. **Pointner** unverständlich.*

**GR<sup>in</sup> Leban-Ibrakovic:**

... nein, nein, gar nicht, das wollte ich dir nicht vorwerfen, sondern ich habe mir nur angeschaut, die Argumente, weil ich würde auch um Vertrauen bitten, dass die, die diese Entscheidungen treffen, oder der Intendant, der diese Entscheidungen trifft, dass man dem auch vertraut für die Gründe, wenn sie gut dargelegt werden. Ich habe mir die Gründe angeschaut, und für mich, die selbst in Tanzausbildungen unterrichtet, die europaweit Tanzausbildungen kennt und dort auch, nicht nur sie selbst genossen hat, sondern auch als Dozentin tätig ist, beziehungsweise die auch den wirtschaftlichen Aspekt dahinter kennt, waren für mich die Gründe, die dargelegten Gründe sehr schlüssig, und für mich waren zwei Sachen ausschlaggebend. Ist für mich das Konzept, sind die Gründe schlüssig, und haben die Leute, die in Graz die professionelle Ballettausbildung weiterhin anstreben, die Möglichkeit diese in Graz auch in der

bisherigen Form fachlich absolvieren zu können, um dann eben ihren professionellen beruflichen Weg einzuschlagen? Und das wurde für mich sehr gut begründet, und deswegen verstehe ich zwar sehr wohl deine Bedenken, aber ich glaube, in diesem Fall, denke ich, dass sie sachlich sehr gut begründet sind und dass sie vor allem der Nachwuchsförderung nicht im Wege stehen. Und jetzt blinkt es schon rot, deswegen noch ganz kurz, ich habe mir nämlich auch das angeschaut, was sie vorhaben, sie möchten das Programm ausbauen, vor allem im Tanz, auf unterschiedliche Tanzrichtungen, vor allem mehr Menschen zu erreichen, die den Tanz dadurch kennenlernen können, auch von Stipendien angefangen bis zu anderen Bühnenerfahrungen, und ich habe selbst schon eine Produktion bei der Oper 2018 mit unseren Tänzern und Tänzerinnen im Tango-Argentino-Bereich begleiten dürfen, und das ist eine tolle Erfahrung. Die Oper kommt auch immer wieder auf ansässige Tänzer und Tänzerinnen zu, weil die Tanzszene ist einfach so unterschiedlich, dass verschiedene Produktionen einfach Unterschiedlichem bedürfen, und da durften wir eben auch schon mehrere Projekte auch umsetzen, und das war eine Erfahrung. Ich gebe dir Recht, auch wir organisieren zum Beispiel einen Showdown jedes Jahr auf der Orpheumbühne, um genau den Kindern diese Bühnenerfahrung zu ermöglichen. Da gibt es aber sehr viel in Graz, vor allem auch im Bereich Tanz, und deswegen, aus diesen Gründen, würden wir eben der Dringlichkeit nicht zustimmen, obwohl ich deine Intention erkenne und ich auch sicher dafür bin, dass man über gewisse Dinge nachdenkt. Ich glaube nur, dass, wie du es gefordert hast, dass der Gemeinderat, das Kulturamt nicht ganz der richtige Ort sind, diese Ausbildung zu kreieren, weil ich weiß, was das auch an Expertise benötigt, an Budget benötigt, was so eine Ausbildung kostet, und auch unsere Ausbildung ist zum Beispiel in Wien zentralisiert, weil es einfach in den Bundesländern diese Professionalität und auch der wirtschaftliche Faktor nicht möglich sind. Also das sind meine Gründe, und ich hoffe, dass du vielleicht das sachlich Begründete findest (*Appl.*).



KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther**:

Zunächst vielen Dank, meiner Vorrednerin, Conny, für die Recherche, die ich auch angestellt habe. Bei der Oper selbst, aber auch in einem Telefonat mit einer anderen Mutter, als der, die diese Presseaussendung geschrieben hat, wo ich nämlich auch ganz andere Töne gehört habe, als die, die publik geworden sind von einer offensichtlich sehr gut vernetzten Pressearbeiterin. Zunächst möchte ich ein paar inhaltliche Korrekturen an dem Antrag vornehmen. Es steht in dem Antrag und auch in den Medien wurde das so transportiert, dass erst Anfang Mai die Eltern davon erfahren hätten, von dieser Schließung, und das ist nicht richtig, es gab im November bereits ...

*Zwischenruf GR Mag. **Pointner**: Genau das habe ich sachlich korrigiert.*

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther**:

... ok, gut.

*Zwischenruf GR Mag. **Pointner**: Aufpassen!*

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**: Ist nicht so schlimm, das kann passieren, dass man etwas übersieht (KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther** lacht).*

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther**:

Das habe ich jetzt eh mitbekommen. Die Opernballettschule, also die sogenannte Opernballettschule, die besteht ja in mehreren Sparten, also die von Ihnen angesprochene Ballettschule der professionellen Ausbildung, die ist übrigens, da hat

mich mein Kollege Christian Sikora darauf aufmerksam gemacht, der diese Ausbildung selbst genossen hat vor einigen Jahren, von Erzsébet Mischuretz-Gombkötö und Vaclav Orlikowski gegründet worden und wenn man diese Tradition 40 Jahre langmacht, ist es noch keine jahrhundertelange Tradition, die haben das erst gegründet und die haben das auch bekannt und berühmt gemacht. Man muss aber leider sagen, nach deren aktiver Zeit ist es damit immer, vor allen Dingen auch mit der Zahl der Anmeldungen bergab gegangen, denn Balletttanzen hat auch aufgrund der großen zeitlichen Investition, die man dafür leisten muss, dreimal in der Woche Training können nicht alle Kinder machen neben der Schule, zunehmend weniger mit der erhöhten Stundenanzahl, die sie zu leisten haben, war einfach nicht mehr attraktiv, und die Anmeldungen sind mit Weggang dieser sehr motivierten Leiter:innen zurückgegangen. Aber diese semiprofessionelle Ausbildung, denn sie ist keine professionelle Ausbildung, sondern bietet bestenfalls die Grundlage, dass man danach eine professionelle Ausbildung anfängt, ist ja jetzt auch nicht abgeschafft worden. Dieses Ausbildungsprogramm findet jetzt gemeinsam mit der Ballettakademie statt, zu dem Tarif, den die Oper angeboten hat, zum Teil in den Räumen der Oper, und bezieht natürlich weiterhin die Schüler:innen in die Aufführungen mit ein, soweit es möglich ist, jetzt eben, weil es ist eben keine Ballettlehre mehr, die Intendanz hat, sondern eigentlich, es werden Gastintendant:innen eingeladen, aber denen wird diese Möglichkeit auch immer eröffnet. Dann, diese zweite Vermischung der Begrifflichkeit, es gibt eine, dieses Breitenprogramm, das Sie sich ja wünschen, das gibt es weiterhin und sogar vermehrt, dadurch, dass eben Räume frei geworden sind, konnte das Programm TanzAktiv erweitert werden und es spricht sehr viel mehr Kinder an, als diese Ballettschüler:innen, weil es nämlich sehr, sehr kostengünstig und zum Teil für Schulklassen sogar kostenfrei ist, das heißt, es können eigentlich sehr viel mehr Kinder Erfahrungen in dem Bereich Tanz machen, und vor allen Dingen, Kinder, die nicht aus Familien kommen, wo sie in eine Ballettschule geschickt werden, sondern wo die das vielleicht erst für sich entdecken können und die vielleicht damit ihre Eltern auch als neues Publikum für das Ballett gewinnen können, die natürlich dann hingehen, wenn ihre Kinder da mittanzen werden. Also das heißt, man erreicht auch ganz andere

Schichten damit, insofern können wir der Dringlichkeit des Antrages auch nicht zustimmen, weil, dass Kultur möglichst für alle da sein soll und möglichst alle einsteigen können und das entdecken können sollen, das ist eigentlich unser großes Anliegen, und das sehen wir jetzt durchaus verfolgt, und wollen uns darüber hinaus eigentlich auch politisch nicht in inhaltliche Entscheidungen, die aus der Kulturszene kommen, einmischen. Danke (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Danke vielmals, Frau Klubobfrau. Ich darf an dieser Stelle, weil es sehr selten ist, dass zu dieser Zeit noch neue Gäste auf die Galerie kommen, aber es gibt sie doch, ich freue mich, Kay-Michael Dankl, den Klubobmann der KPÖ im Salzburger Landtag begrüßen zu dürfen mit seinen Kolleg:innen, die im Landtag in Salzburg Einzug erhalten haben. Herzlich Willkommen (*Appl.*).

Gibt es weitere Wortmeldungen zu Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, dann darf ich bitten, Herrn Gemeinderat Pointner, um sein Schlusswort.

GR Mag. **Pointner**:

Das gebe ich gerne, zuerst, weil Frau Kollegin Braunersreuther über Begriffliche Vermischungen gesprochen hat, darf ich auch noch eine sachliche Korrektur machen. Es gibt in unserer Branche keine Gastintendant:innen, Sie wissen, was ein Intendant ist und ein Choreograph, also das ist durchaus eine begriffliche Vermischung. Dann sagen Sie, es sollen alle angesprochen werden, Sie sagen es sollen angesprochen und die Möglichkeit bekommen, aber im gleichen Moment sagen Sie, im neuen Modell herrscht der gleiche Tarif wie im alten, also es müssen eh alle zahlen.

*Zwischenruf KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther** unverständlich.*

GR Mag. **Pointner**:

Ja, danke, Sie haben es so gesagt, es wird weiterhin bezahlt. Ich habe eigentlich ein Modell vorgeschlagen, das genau alle abholen soll, und da sollten wir uns Gedanken machen um die Intendanz, und das sollten wir fördern als Gemeinderat. Also ich bin hier eigentlich offensichtlich kommunistischer als Sie selbst, auch eine interessante Erfahrung (*Gelächter im Saal*).

Die nächste interessante Erfahrung ist, dass sich die KPÖ doch auch einmal mit der ÖVP trifft, das hätte ich in dieser Periode auch nicht gedacht. Egal, ist wieder einmal passiert, oder zum ersten Mal. Tanz spricht alle an, aber was auch noch alle anspricht, ist wirklich diese Professionalität, die an anbieten soll. Und die Anmeldezahlen sind, wie Sie in diesem Fall richtig gesagt haben, mit dem Rückzug der einen Person zurückgegangen, aber dann natürlich aufgrund der jahrelangen strategischen Entscheidung, dass man das nicht mehr verfolgen will, denn für jede Theaterleitung, und das können Sie mir glauben, da arbeite ich seit 30 Jahren, ist Bildung das Unangenehmste, und das doppelte Arbeit. Gastchoreograph:innen und Regisseur:innen kann man leicht einladen, weil da macht man ja Kunst, aber Bildung ist Knochenarbeit. Und das sollte aber trotzdem, gemäß Kulturstrategie nicht outgesourct werden in andere Bereiche, und da spreche ich Sie an, Frau Leban-Ibrakovic, es wird outgesourct. Aber eine Ballettakademie, ich weiß aber, dass es zwei gibt, und da frage ich auch, warum die eine und die andere nicht, die Kooperation, aber das ist wieder ein Transparenzthema und das behandeln wir vielleicht beim nächsten Mal. Und ich habe nie gesagt, es wird geschlossen, es wird komplett geschlossen. Es wird nur in der bisherigen Form geschlossen. Und wir sollten uns überlegen, ob wir Bildung im Kulturbereich aus der Hand geben, weil Bildung ist ein öffentliches Gut, ist Grundnahrungsmittel. Kunst ist ein Grundnahrungsmittel. Und da sollten wir uns hier Gedanken machen darüber, und das nicht outsourcen. Denn, wirtschaftlicher Aspekt, Herr Kollege Hohensinner, Bildung kostet, oder? Damit macht man kein Geschäft. Also warum wirtschaftliche Aspekte? Bekennen wir uns zur Bildung, die etwas kostet, und qualitätsvolle Bildung kostet. Ihre Tanzschule macht qualitätsvolle Ausbildung, sie

verlangen ein Geld dafür, das ist das seine, aber, wenn wir eine Kultureinrichtung haben, die auch einen Bildungsauftrag hat, dann müssen wir im Gemeinderat schauen, dass wir die Kosten decken und die Qualität sichern. Und deshalb, schade, schade, dass es nicht angenommen wird. Ich glaube, man begeht hier eine wirkliche strategische Fehlleistung. Tut mir sehr leid.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KFG und Neos) abgelehnt.***

### **7.9 Halbierung der Gebühren für Gastgärten und Nacht-Imbiss-Stände (GR<sup>in</sup> Sabine Reininghaus, Neos)**

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Frau Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, Kay-Michael Dankl, welcome in Graz. So, Themenwechsel. Worum geht es hier? Wir haben heute schon so viel von Armut gehört, wir haben von armen Erwachsenen, von armen Eltern gehört, wir haben von Kinderarmut gehört, und ich möchte Ihnen heute auch ein bisschen näherbringen, dass wir mittlerweile auch von Unternehmerarmut sprechen können. Es hat nämlich im Jänner dieses Jahres der KSV 1870 seine Insolvenzstatistik für das Jahr 2022 veröffentlicht, und laut dieser Statistik sind bitte in Österreich die Insolvenzen fast um 60 % gestiegen und es gab tatsächlich im Jahr 2022 durchschnittlich 13 Firmenpleiten pro Tag. Insgesamt waren im letzten Jahr 4.775, also um die 5.000 Unternehmen zahlungsunfähig, was einem Plus von 57,4 % gegenüber dem Vorjahr, also dem Jahr 2021 entsprach. Die meisten Insolvenzen kamen aus dem Handel, aus der Bauwirtschaft und der Gastronomie, und die haben Schulden, quasi Verbindlichkeiten in der Höhe von 2,21 Millionen Euro hinterlassen. Also diese 2,21 Millionen Euro, die gehen dann eigentlich immer zulasten von irgendjemandem, weil irgendjemand bekommt seine Forderungen nicht mehr und muss auf dieses Geld und auf diese

Umsätze eigentlich verzichten. Über dies hat das im letzten Jahr insgesamt 15.500 Mitarbeiter:innen die Jobs gekostet und 31.300 Betroffene Gläubiger:innen haben Verluste eingefahren, eben weil sie nur eine Quote von 7 bis 20 % bekommen. Was sind denn die Gründe dafür, warum das so schlecht aussieht im Jahr 2022? Also ich glaube, hier braucht man nicht wirklich lange nachdenken, ein Krieg, explodierende Kosten, stockende Lieferketten, steigende Energie- und Rohstoffpreise, eine Inflation knapp unter 10 %, steigende Zinsen, teurere Kreditraten und ein nie dagewesener branchenübergreifender Personalmangel. Das ist eine ungesunde Gemengelage, möchte ich Ihnen als Unternehmerin selbst sagen, und das muss sich irgendwann einmal ungünstig auf die betrieblichen Haushalte auswirken, irgendwann ist die Luft raus. Ich kann Ihnen nur aus meinem eigenen Unternehmen erzählen, am 16. März 2020 haben wir gehört, dass aus allen unseren Kunden oder Einsätzen rausgeflogen sind, Betretungsverbot, wir durften zweieinhalb Monate nicht arbeiten. Das hat mich gleich einmal 40.000 Euro gekostet. Das ist mein privates, versteuertes Geld gewesen und das geht die nächsten Jahre so weiter in einem veränderten Buchungsverhalten meiner Kunden. Lange halte ich es nicht mehr, muss ich Ihnen sagen, firmentechnisch, also es geht den Unternehmerinnen und Unternehmer wirklich zeitweise ziemlich schlecht. Ich würde Sie auch wirklich bitten, Frau Bürgermeisterin, liebe Elke, es kommt auch eine schriftliche Anfrage jetzt im Zuge dieser Gemeinderatssitzung, an die adressiert, wo ich dich nämlich ersuche, die Probleme der Klein- und Mittelbetriebe zur Chefinnen-Sache zu erklären und zu schauen, dass wir wirklich zu einem Runden Tisch kommen, oder wie auch immer diese Veranstaltung oder dieses Event auch bezeichnet werden soll. Was auch noch sehr interessant ist, sind jene Fälle, wo die Gerichte die Insolvenzanträge abweisen, weil die Unternehmen nicht einmal mehr 2.000 Euro zur Verfügung haben, um jetzt quasi diese Gerichtskosten zu bezahlen. Das sind dann aber ganz blöde Fälle, weil in so einem Fall, wenn ein Insolvenzantrag abgelehnt wird, die Gläubiger überhaupt nichts sehen. Die bekommen dann nicht einmal mehr eine Quote. Und da muss man auch sehen, da werden immer andere Firmen mitgerissen, weil einer in Konkurs geht oder Insolvenz anmeldet. Es geht also um diese Gebühren für die Gastronomiebetriebe und die

Nachimbissstände, wobei ich natürlich schon sagen muss, das ist eine Kleinigkeit, das ist einfach so eine Kleinigkeit, womit man vielleicht einem Unternehmen entgegenkommen kann, aber wenn es viele Kleinigkeiten sind, macht es auch wieder viel Geld aus für einen Unternehmer. Die Unternehmer brauchen jetzt wirklich Unterstützung. Es schaut nicht gut aus. Und deswegen stelle ich den dringlichen Antrag. Das ist jetzt alles ein bisschen kompliziert formuliert, aber Sie müssen sich überlegen, wie das funktioniert mit der Antragstellung quasi läuft dann auch die Vorschreibung an die Unternehmen, die für die Gastgärten. Und jetzt gibt es also die Firmen, die das schon längst bezahlt haben, jetzt muss man das so ein bisschen trennen in meinen Antrag, so auf ein halbes Jahr, dass in beiden Fällen, also ein Jahr reduzierend übrigbleibt. So,

**dringlicher Antrag:**

- 1.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie die Gebühren für Gastgärten und Nachtimbissstände deren amtliche Vorschreibung in den Zeitraum 1.7. bis 31. 12. 2023 fällt, um 50 % zu reduzieren sind. Die halbierten Gebühren sollen für den Zeitraum 1 Jahres, also vom 1.7.2023 bis 30.6.2024, Gültigkeit haben.
- 2.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, wie die Gebühren für Gastgärten und Nachtimbissstände deren amtliche Vorschreibung in den Zeitraum 1.1. bis 30. 6. 2024 fallen, um 50 % zu reduzieren sind. Die halbierten Gebühren sollen ebenfalls für den Zeitraum 1 Jahres, also vom 1.1. bis 31.12.2024, Gültigkeit haben.

Auch wenn Sie der Meinung sind, alles nicht so wichtig, es ist wichtig, und ich bitte um Zustimmung. Es geht um jeden Euro, der unsere Unternehmer (*Anmerkung der Schriftleitung: unverständlich*)...

(*Appl.*).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Im Jänner dieses Jahres hat der KSV 1870 seine Insolvenz-Statistik 2022 veröffentlicht.<sup>1</sup> Laut aktueller Analyse sind die Unternehmensinsolvenzen in Österreich um fast 60 Prozent gestiegen und wurden täglich durchschnittlich 13 Firmenpleiten verzeichnet. Insgesamt meldeten 4.775 Unternehmen Insolvenz an, was einem Plus von 57,4 % gegenüber 2021 entspricht. Die meisten Insolvenzen kamen aus dem Handel, der Bauwirtschaft und der Gastronomie, wobei Verbindlichkeiten in der Höhe von 2,21 Millionen Euro hinterlassen wurden. Durch Insolvenzen verloren im letzten Jahr insgesamt 15.500 MitarbeiterInnen ihre Jobs und somit ihre Existenzgrundlage und fuhren 31.300 betroffene Gläubiger:innen Verluste ein, weil der Großteil der offenen Forderungen mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens uneinbringlich geworden wurde. Ein Krieg, explodierende Kosten, stockende Lieferketten, steigende Energie- und Rohstoffpreise, eine Inflation knapp unter 10 %, steigende Zinsen und somit teurere Kreditraten, und ein nie dagewesener, branchenübergreifender Personalmangel, diese Gemengelage muss sich ungünstig auf die wirtschaftliche Lage in den Betrieben auswirken. Um die Umsatzverluste bei fortlaufenden Fixkosten durch die Corona-Pandemie auszugleichen, wurden Firmenreserven aufgelöst und musste Privatkapital eingesetzt werden und so ist es auch kein Wunder, wenn Firmen irgendwann finanziell auf unsicheren Beinen zu stehen kommen. Wie angespannt die finanzielle Lage für manche Unternehmer:innen tatsächlich ist, zeigen die Zahlen über Insolvenzanträge, die mangels Kostendeckung abgewiesen wurden, weil es sogar am Geld für die Kosten des Insolvenzverfahrens fehlt. Und wir reden hier von überschaubaren 100 bis 1.000 Euro an Anlaufkosten der Schuldner:innen, sowie von einer Mindestentlohnung für die Insolvenzverwaltung von 1.000 Euro.<sup>2</sup> Jede einzelne Abweisung eines Insolvenzantrags mangels Kostendeckung bedeutet aber, dass die Gläubiger:innen nicht einmal mehr mit*

---

<sup>1</sup> <https://www.ksv.at/insolvenzstatistik/insolvenzstatistik-2022-final>

<sup>2</sup> [https://www.oesterreich.gv.at/themen/steuern\\_und\\_finanzen/privatkonkurs/1/Seite.830032.html](https://www.oesterreich.gv.at/themen/steuern_und_finanzen/privatkonkurs/1/Seite.830032.html)



*einer Quote bedient und von ihren Forderungen keinen Cent mehr sehen werden. Gerade diese Fälle erfuhren laut KSV eine Verdoppelung, nämlich von 974 abgewiesenen Fällen im Jahr 2021 auf 1.871 abgewiesene Fälle im letzten Jahr.*

*Es geht vielen Unternehmen derzeit um jeden Euro.*

*Im Zuge der heutigen GR-Sitzung wird auch eine schriftliche Anfrage an Bürgermeisterin Elke Kahr eingebracht, mit dem Ersuchen, die brisante Lage für Wirtschaftstreibende zur Chefinnen-Sache zu erklären und sich für die Organisation eines „Runden Tisches“, oder wie immer dieses Portal auch heißen mag, einzusetzen. Obwohl es für die unterschiedlichen Branchen, die ja auch unterschiedlich stark betroffen sind, viel zu tun gäbe, bezieht sich mein dringlicher Antrag heute auf ein Entgegenkommen seitens der Stadt Graz für die Gastronomiebetriebe.*

*Im Jahr 2021, während der Corona-Pandemie, hat die Stadt Graz gar keine Gebühren für Gastgärten und Nachtimbisstände eingehoben. Das bescherte der Stadt Graz zwar einen Einkommensverlust von 750.000 Euro, war aber als stärkende Maßnahme sehr wichtig. Ein dringlicher Antrag der KPÖ, ÖVP und FPÖ übrigens, der mehrheitliche Zustimmung fand. Genauso wie 2021 erfordern die Umstände allerdings noch immer, dass wir den UnternehmerInnen bei ihren Comebacks behilflich sind. Corona ist zwar vorbei, die Krise nicht. Letztendlich leistet jeder einzelne Betrieb einen maßgeblichen Beitrag für den Wohlstand der Grazerinnen und Grazer und für den vielgerühmten „Grazer Charme“.*

*Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats folgenden*

### **dringlichen Antrag**

- 1.) *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie die Gebühren für Gastgärten und Nachtimbisstände deren amtliche Vorschreibung in den Zeitraum 1.7. bis 31. 12. 2023 fällt, um 50 % zu reduzieren sind. Die halbierten*

*Gebühren sollen für den Zeitraum 1 Jahres, also vom 1.7.2023 bis 30.6.2024, Gültigkeit haben.*

- 2.) *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, wie die Gebühren für Gastgärten und Nachtimbisstände deren amtliche Vorschreibung in den Zeitraum 1.1. bis 30. 6. 2024 fallen, um 50 % zu reduzieren sind. Die halbierten Gebühren sollen ebenfalls für den Zeitraum 1 Jahres, also vom 1.1. bis 31.12.2024, Gültigkeit haben.*

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (18.52 Uhr).**

Bgm.<sup>in</sup> Kahr:

Jetzt weiß ich gar nicht, ob sich aus meiner Fraktion jemand zur Dringlichkeit melden wollte, aber das ist mir hier jetzt selbst ein Anliegen, ein paar Worte zu sagen, vor allem, weil die liebe Sabine Reininghaus auch gesagt hat, ich soll das zur Cheffinnen-Sache machen, die Anfrage kenne ich noch nicht, aber ich muss dir Folgendes sagen: Erstens einmal, Kompliment, du weißt, ich bewundere wirklich auch immer deinen Auftritt und wie eindringlich du dich auch für Sachen stark machst, absolut, ich finde das super und ich kann dir in vielen, was die Befundung betrifft von Ein-Personen-Unternehmen, kleinen Gewerbetreibenden und Selbstständigen, wie es ihnen geht, nur zustimmen. Warum? Nicht weil ich selbst selbstständig bin, aber, weil ich jede Woche mit Selbstständigen auch zu tun habe. Du weißt, ich mache sehr viel Beratungsgespräche, auch in meiner Rolle als Bürgermeisterin und da sind immer natürlich sehr viele selbstständige dabei. Und nicht umsonst ist es, wie heute auch schon die Gemeinderätin Sissi Potzinger gesagt hat, dass es immer so sein muss, dass man in Einzelfällen hilft, genauso machen wir das auch. Einerseits aus unseren Verfügungsmitteln, genauso auch über das Sozialamt, was neu ist, das hat es früher nicht gegeben, dass eben durch die Möglichkeit des „Graz hilft“-Fonds sozusagen, so

wie wir ihn aufgestellt haben, in Notsituationen, oder wenn ein Notfall eintritt, für eine Frau oder einen Mann, der selbstständig ist und in Schwierigkeiten gerät, wo jetzt die Existenz seiner Wohnung, oder wenn es jetzt um Kosten geht, wenn es eine Alleinerziehende ist, wird das Sozialamt hier zur Seite stehen. Das ist jetzt kein Ausschließungsgrund mehr. Was ich auch noch einmal erwähnen möchte, ist, weil es nicht selbstverständlich ist, und weil es nicht alle Gemeinden und Städte gemacht haben, wir haben nicht nur während der Pandemie, um jetzt wieder auf den eigentlichen Antrag zu kommen, nämlich die Gastgärten, wir haben sehr, sehr viele Gastgärten in Graz mit Ausnahmegenehmigungen, wie kaum in einer anderen Stadt, das muss man dazusagen. Das ist auch gut so, die Leute lieben es draußen. Und wie gesagt, gerade in den Sommermonaten, hilft das auch vielen, die sich vielleicht tatsächlich schwerer tun. Andererseits haben wir diese Gebühren, während der Pandemie für zwei Jahre ausgesetzt. Und noch einmal zur Erinnerung, wir haben auch das nicht nur für die Allerärmsten der Ärmsten, weil wir heute schon einmal über dieses Thema diskutiert haben, wir haben für alle Grazer und Grazerinnen die Gebühren und Tarife bei den Betriebskosten 2022 nicht vorgenommen, was natürlich auch Gaststättenbetreibern zugutegekommen ist. Jetzt kann man sagen, das sind Peanuts, aber es ist auch im Rahmen der Möglichkeiten, die eine Stadt hat, weil andere hat sie ja nicht, wir können nicht Gesetze auf anderen Ebenen ändern, hilfreich gewesen. Wir können aber nicht hergehen und jetzt uneingeschränkt aussetzen, das ist nicht möglich. Und jetzt ohne hier vorzugreifen, meiner Kollegin, aber das wird nicht möglich sein. Noch einmal, hilfreich zur Seite stehen, und ich bin mir auch sicher, dass das Stadtrat Riegler als Wirtschaftsstadtrat ähnlich sieht, wenn hier Notsituationen sind oder Möglichkeiten, hier helfend zur Seite stehen, dann werden sie von der Stadtregierung in den jeweiligen Ressortverantwortungen durchaus gegeben. Ansonsten, das möchte ich schon erwähnen, weil mir das auch wichtig ist, eben, wie ich zu Beginn gesagt habe, ich habe erst in zwei Monate ein Treffen mit Selbstständigen und Gewerbetreibenden, das sind ausschließlich Frauen, weil das ein Wunsch war, das sind Frauen in der Wirtschaft, und da hat bis jetzt schon Zusagen von über 200 Frauen gegeben, auf das freue ich mich auch schon, weil genau hier geht es

eben um diese Themenprobleme: Wo drückt der Schuh, wo kann die Stadt helfen? Und das habe ich auch schon bisher gemacht. Also sehr gerne, wenn es hier den Wunsch gibt, sich mit Gewerbetreibenden oder auch Gaststättenbetreibern zu treffen, immer, ist ja logisch, dass man immer zuhört und man, wenn es möglich ist, auch hilft.

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (18.56 Uhr).***

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Sabine. Ich muss ganz offen sagen, ich bin dir wirklich dankbar für diesen Antrag. Und zwar aus einem wesentlichen Punkt, weil der Antrag von Grundüberzeugung, von der Grundidee, einen wirklichen Kontrastpunkt zu dem darstellt, was wir an Anträgen vorher teilweise, gerade von der SPÖ, erlebt haben. Nämlich da haben wir sehr, sehr viel über Armutsbekämpfung gesprochen, und eines ist bei der Diskussion völlig untergegangen. Das beste Mittel gegen Armutsbekämpfung ist in vielen Bereichen ein starkes Unternehmertum, und die Klein- und Mittelunternehmen sind nun einmal das Rückgrat in unserer Wirtschaft und damit auch die größte Präventionsschraube gegen Armut auf allen Ebenen (*Appl.*). Und wenn man sich diesen Gedanken einmal wirklich verinnerlicht, dem Unternehmern wird mit Sicherheit eine große Anzahl von Prügeln in den Weg gelegt, sei es jetzt auf der Bürokratieebene, sei es auf der Steuerebene, sei es auf der Ebene von sonstigen Normen und Vorschriften, die sie unbedingt einhalten müssen. Und meiner Meinung nach ist es sehr wohl so, dass egal ob auf Gemeindeebene, ob auf Landesebene, auf Bundesebene jeder einen gewissen Beitrag leisten kann, um genau diese Klein- und Mittelunternehmen, und nichts anderes sind im Endeffekt Besitzer von Imbissbuden beziehungsweise Gaststätten, um diese auch zu entlasten. Es ist die Summe der richtigen Entscheidungen, die dann im Endeffekt den Erfolg bringt, und ich hoffe, dass auch hier ein kleiner Schritt von uns getan werden kann, nämlich eine

Entlastung der Klein- und Mittelunternehmen in unserer Stadt. Danke noch einmal für den Antrag (*Appl.*).

**GR Huber:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, liebe Sabine Reininghaus. Danke für diesen wirklich wichtigen Antrag, du sprichst ein schwieriges Thema an, das viele Unternehmerinnen und Unternehmer nicht nur in Graz betrifft, aber spezielle für uns in Graz, ist die Gastronomie ein wichtiges Steckenpferd, und wir reden hier von Rückgrat unserer heimischen Wirtschaft, nämlich von den Klein- und Mittelunternehmen, die viele Steuern zahlen, die viele Arbeitsplätze schaffen, und die wirklich unterstützen müssen als Stadt Graz, meine sehr geehrten Damen und Herren. Deswegen braucht es aus unserer Sicht ein Hilfspaket für 2022/2021, wie die Stadtregierung hier wirklich unkonventionell geholfen hat in schwierigen Zeiten, denn eines ist auch klar, die Pandemie, und jetzt auch Energiekrise, die hohe Inflation, das alles hat die österreichische Wirtschaft aber auch die Grazer Wirtschaft wirklich belastet, und 2024 wird genauso ein schwieriges Jahr werden. Die Krisen sind nicht vorbei, die hohen Kreditzinsen sind zu zahlen, und das wird, viele Gastronomen vor allem, betreffen, die hier unsere Hilfe benötigen. Und sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, wenn Sie hier sagen, das ist in der Wirtschaft nicht möglich, dann frage ich mich schon, warum ist es möglich, dass wir im Bereich Wohnen auf 5 Millionen verzichten bis 2027, dass wir hier nur um 2 % erhöhen? Also kurz zusammengefasst könnte man sagen, im Sozialbereich ist in Graz alles möglich mit Ihnen als Bürgermeisterin, aber wenn es die Grazer Wirtschaft betrifft, dann, na ja, ist die Hilfe hier sehr überschaubar, und das finden wir als Wirtschaftspartei natürlich sehr, sehr schade, wenn es darum geht, die Unternehmerinnen und Unternehmer zu unterstützen, die täglich ihre Arbeit leisten, ihre Steuern bezahlen, gerade diese Menschen müssen wir unterstützen (*Appl.*).

Deswegen werden wir diesem Antrag in der Dringlichkeit aber auch im Inhalt sehr, sehr gerne zustimmen (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Danke, Herr Gemeinderat. Ich möchte nur anmerken dazu, in den städtischen Gemeindewohnhäusern haben wir einige Gaststätten, und da sind wir genau unseren Gaststättenbetreibern, wenn sie in schweren Zeiten waren, immer mit dem Mietpreis entgegengekommen. Sie werden kaum in der Innenstadt so einen Nettomietzinsbildung im Gaststätten, wie wir sie in unseren Gemeindewohnhäusern haben, vorfinden. Und im Übrigen gibt es auch selbstständige bei uns als Gemeindemieter. Weitere Wortmeldungen? Das geht nicht mehr, Horst, weil ich schon geredet habe, zur Dringlichkeit nur eine.

**KO GR Dreisiebner:**

Werte Antragstellerin, werte Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Stadtregierung, Zuhörer:innen im Livestream und hier im Saal. Ich glaube, die Frau Bürgermeisterin hat eh schon ausgeführt, wie wir die Situation als Koalition einschätzen. Wir achten natürlich auf die Situation, es ist, glaube ich, auch der Tarif für die Gebühren von Gastgärten beziehungsweise Nachtimbisständen keine allzu hohe Belastung, wenn man das ganz ehrlich einmal sieht. Und wir können etwas, was wir in einer gewissen Phase gemacht haben, wo es aus hygienischen, geopolitischen, und pandemischen Gründen sinnvoll war, dass die Leute draußen zusammenkommen und nicht in Lokalen sitzen, und so auch den Gastwirtinnen und Gastwirten gewisse Möglichkeit gegeben haben ihren Betrieb weiter aufrecht zu erhalten, nicht für immer und ewig fortsetzen. Natürlich werden wir auch reagieren, aber im Moment sehen wir hier nicht die Notwendigkeiten. Und zum Kollegen von der ÖVP, ja, diskutieren wir das gerne mit dem Verzicht auf Mietzinseinnahmen, aber das können wir auch wirklich politisch in aller Ernsthaftigkeit diskutieren ...

*Zwischenruf GR **Huber**: Sehr gerne.*

**KO GR Dreisiebner:**

... nur, lass mich fertigreden, weil das dicke Ende kommt, wie es so schön heißt, immer zum Schluss. Ich finde das ziemlich fragwürdig, eigentlich fielen mir noch andere Wort ein, wenn man die einen als Steuerzahler:innen definiert und die anderen als Nicht-Steuerzahler:innen, das ...

*Zwischenruf GR **Huber**: Das habe ich nicht gesagt.*

**KO GR Dreisiebner:**

... doch, doch, das hast du in diesem Sinne auch hier so verbreitet, und das weise ich wirklich zurück, das weise ich wirklich zurück, denn einerseits sind natürlich Unternehmerinnen und Unternehmer, kleinere, mittlere, größere, Ein-Personen-Unternehmen wichtig, aber es ist nicht so, dass Menschen keine Steuern und Abgaben bezahlen, nur weil sie etwas weniger Einkommen haben oder vielleicht zwischenzeitig gar kein Einkommen haben. Vielen Dank (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es schaut jetzt nicht so gut aus für den Antrag, würde ich sagen.

Liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Elke, ich darf dich irgendwann einmal, oder dein Büro, kontaktieren, mir einen Termin geben lassen, mit dir, bitte, und dann würde ich gerne mit dir um einen Runden Tisch mit Unternehmern, mit Wirtschaftskammer und mit Vertretern aus der Stadt Graz ersuchen. Und vielen Dank inzwischen. Danke.

**GR Huber: (tatsächliche Berichtigung)**

Lieber Karl Dreisiebner, danke, dass du mir wieder Worte in den Mund legst, aber das ist nicht nötig, ich schaffe meine Wortmeldung selbst. Ich habe nicht gesagt, dass nur die Unternehmerinnen und Unternehmer Steuern bezahlen, sondern natürlich machen das andere Leute auch. Aber wir müssen die Unternehmer in Graz wirklich durch diese schwierige Zeit führen, auch natürlich Menschen, die nicht Unternehmer sind, sondern auch anders arbeiten und anders Steuern zahlen, aber auch die Unternehmer haben Unterstützung verdient in dieser Stadt (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.***

**7.10 Drag-Queen-Vorführungen in das Steiermärkische Jugendgesetz aufnehmen  
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

GR Günter **Wagner**:

Hoher Gemeinderat, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich muss euch leider enttäuschen, auch wenn der Dateiname darauf hingewiesen hätte, ich bin nicht verkleidet hier (*Gelächter im Saal*). Und nein, der Betreff soll auch nicht heißen, ich will verpflichten, sondern verbieten, um das gleich vorweg zu nehmen und um zu schauen, dass hier eine Klarheit herrscht. Aber ich glaube, das wird in weiterer Folge sicher zum Vorschein kommen. In meinem dringlichen Antrag geht es nämlich um die Lesungen und Vorführungen von Drag-Queens vor Kindern. Das war nicht nur in der Parteizentrale der Grazer Grünen, sondern auch in einer Mittelschule in Markt Hartmannsdorf der Fall. Das hat breit für Diskussion gesorgt, und das wurde von uns auch schon im Landtag thematisiert. Das abschwächende Argument, das seien nur



Männer, die sich als Prinzessinnen verkleiden, das kann ich absolut nicht nachvollziehen, weil um festzustellen, dass es hier um hochsexualisierte Kunstfiguren geht, muss ich nicht die teilweise schon gelöschten Fotos auf Social-Media-Kanälen anschauen, alleine, dass sie gelöscht wurden zeigt ja schon ein eindeutiges Bild. Auch die Namensgebung reicht eigentlich aus, dem, das mag an meinen Alter liegen, bei mir haben Prinzessinnen noch Arielle, Cinderella, Jasmin oder Pocahontas geheißen, das ist hier anders, da gibt es eben klingende Namen wie „Gloria Hole“, „Candy Licious“ oder „Eric big Clit“ und die zeigen definitiv ein ganz eindeutiges Bild. Jetzt stellt sich die Frage, warum macht man das Ganze? Um Toleranz zu erzeugen und zu zeigen, dass anders sein ok ist. Eines steht außer Frage, natürlich ist das ok, jeder darf sein wie er ist, jeder darf sich anziehen, verkleiden, schminken wie er das möchte und jeder kann seine Sexualität ausleben wie er es möchte. Also das möchte ich auf gar keinen Fall hier in den Raum stellen, also das ist einmal ganz klar. Mir ist das völlig wurscht wie das jemand auslebt, und wenn Erwachsene sich auch Meeresbücher vorlesen lassen wollen, dann soll es auch so sein. Aber ich muss sagen, ich stehe dem wirklich offen gegenüber, ohne dass ich als Kind so eine Lesung gebraucht habe, oder an so einer Lesung Teil genommen habe, aber darum geht es ja in Wahrheit gar nicht, überhaupt nicht. Nach einem Interview der Kronen Zeitung, eben nach dem Auftritt von der Samantha Gold in dieser Mittelschule in Markt Hartmannsdorf wird ganz klar, wo die Triebfeder dafür liegt, und zwar geht es hier um Rebellion, um Geltungsdrang und um politisches Statement. Hier wird die Aufmerksamkeit und Berichterstattung mit Hilfe von Kindern erhascht, anstatt mit politischer Arbeit, so wie es eigentlich sein sollte, und das hat bei unseren Kleinsten und Kindern nichts verloren. Das wollen wir Freiheitliche nicht und das will auch ein großer Teil der Bevölkerung nicht. Und genau deshalb stelle ich den

**Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, an den Landtag Steiermark heranzutreten und eine Änderung des Steiermärkischen Jugendgesetzes dahingehend zu fordern, dass Drag-Queen Aufführungen aller Art als jugendgefährdend eingestuft werden und solche für Minderjährige somit gesetzlich verboten sind. Ich bitte um breite Annahme (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Die Lesung der Drag-Queens „Gloria Hole“ und „Candy Licious“ in der Parteizentrale der Grünen hat in den vergangenen Tagen in ganz Graz für großes Aufsehen gesorgt. Im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes ist ein Kontakt mit einer hochsexualisierten Kunstfigur strikt abzulehnen. Um das Kindeswohl sowie eine altersgerechte Erziehung gewährleisten zu können, besteht diesbezüglich dringender Handlungsbedarf. Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender*

**dringlicher Antrag**

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die Stadtregierung wird aufgefordert, an den Landtag Steiermark heranzutreten und eine Änderung des Steiermärkischen Jugendgesetzes dahingehend zu fordern, dass Drag-Queen Aufführungen aller Art als jugendgefährdend eingestuft werden und solche für Minderjährige somit gesetzlich verboten sind.*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werter Stadtregierung, werter Günter. Kommen wir zuerst einmal zu meiner persönlichen Meinung, zu diesen Vorlesungen der Drag-Queens. Würde ich mir das persönlich anschauen? Nein. Wenig überraschend, völlig richtig. Würde ich das unterstützen, wenn ich Kinder hätte, dass die sich das anschauen? Auch nicht. Ok. Aber eines ist schon jetzt bei dem Antrag irgendwie seltsam. Man erkennt hier, dass

der Führungswechsel in der FPÖ doch zu einem Verlust der Geradlinigkeit geführt hat. Früher hat man immer gepredigt bei jeder Gelegenheit, die linke Verbotspolitik, zu Recht, die kritisiert man, die möchte man nicht, nicht noch mehr Verbote, nicht noch mehr Verbote. Ok, war ein Standpunkt. Da hat es dann harsche Diskussionen gegeben, der Kollege Ammerer hat fast einen Kopfstand gemacht, alles drinnen, war im Rahmen.

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> Kahr: Kannst du sowas (Gelächter im Saal)?*

GR Mag. **Winter:**

War Teil der politischen Diskussion und war in Ordnung so. Aber jetzt ist eben bei der FPÖ die Geradlinigkeit verloren gegangen, jetzt geht man her, nur, weil es einem selbst nicht in den Kram passt, dass man sagt: Da brauchen wir jetzt aber ein Verbot. Und noch einmal, der persönliche Standpunkt ist ganz klar, ich kann es nicht ...

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

GR Mag. **Winter:**

... ja, ja, kannst eh noch einmal drankommen, Kollege. Es ist ja ganz spannend, dass man dann sagt, ok, jetzt passt es uns nicht, jetzt wollen wir es verbieten. Und noch einmal, der persönliche Standpunkt, ich würde es nicht unterstützen, ich würde auch kein Kind da jetzt hinschicken, aber eines muss uns auch klar sein. Die Gesellschaft hat eine gewisse Spannbreite, ob man es möchte oder nicht, jedes Thema ist eine individuelle Entscheidung, aber eines ist auch klar, gegen jeden Quark ist auch kein gesetzliches Kraut gewachsen in dem Sinn. Und aus diesem Grund ist in meinen Augen ein Verbot in dieser Hinsicht doch etwas überzogen (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Antragsteller. Von uns kommt ein Nein, ein Nein und noch einmal ein Nein. Ein Nein zur Dringlichkeit, ein Nein auch zum Inhalt, es ist einiges dazu schon gesagt worden, aber auch ein Nein, zu dem wie der Diskurs rund um dieses ganze Thema und um die Veranstaltung selbst geführt worden ist. Ich darf da kurz ausführen, es ist vom Inhalt selbst in der Form nicht mehr viel zu sagen, man kann sich ja darüber streiten, an welchen Orten solche Lesungen in welcher Form abgehalten werden können oder sollen. Es ist vielleicht auch der literarische Wert der vorgetragenen Werke zu beurteilen, ich kann das nicht machen, weil ich nicht dabei war. Aber ich würde sehr gerne darüber sprechen, inwiefern die Intention, die immer groß benannt worden ist, nämlich, dass Kinder Wertschätzung von Andersdenkenden, von Andersseienden lernen sollen, und das, was sozusagen auch an politischem Kapital aus dem Ganzen geschlagen worden ist, zusammengepasst hat. Und da gibt es aus meiner Sicht doch die eine oder andere Diskrepanz, und wenn wir sagen, dass Kinder das an diesem Beispiel lernen, dann möchte ich hinzufügen, daran, wie die Diskussion und der Diskurs geführt worden sind, können wir ältere Kinder oder junge Erwachsene, die sich damit beschäftigen, wie innerhalb einer Gesellschaft kommuniziert, wertschätzend kritisiert und auch mit gegenseitigem Respekt eine andere Meinung angehört wird, eigentlich davon lernen, wie man es nicht machen sollte (*Appl.*).

Wenn man sich das in den Medien, vor allem auf Social Media, angeschaut hat, stellt man fest, wie viele verletzende Äußerungen, wie viele persönliche Angriffe, und das möchte ich wirklich betonen, in alle Richtungen, aber vor allem auch bei einer sachlichen Kritik an den Auftritten beziehungsweise Lesungen gemacht worden sind. Das ist tatsächlich strikt abzulehnen, aus meiner Sicht, und bringt uns auch in dem, glaube ich, gemeinsamen Anliegen, um Toleranz und gegenseitigem Respekt, nicht weiter. Ich möchte mit einem Zitat besonders darauf hinweisen, dass auf Facebook, aber wahrscheinlich auch anders wo, aufgetaucht ist, was sozusagen die Intention anscheinend zumindest für den Verfasser dieser ganzen Diskussion war: „Drag-Queens haben Auftritte, die Grünen können behaupten etwas für die LGBTQI-Community zu

tun, FPÖ und ÖVP können die Welt retten. Selten befriedigt Politik so viele Bedürfnisse.“ Ich glaube, das kann man mit einer großen Selbstkritik, aber vor allem auch sozusagen für die Fraktionen, die sich angesprochen fühlen, wenn ich sage, dass hier durchaus polarisiert worden ist, herannehmen, um sich selbst an der Nase zu nehmen. Das ist ein Zitat, das ist nicht von mir, sondern das ist von Hans-Peter Weingand, der wird einigen aus der Community oder aus diesem Umfeld bekannt sein, ein Historiker und auch ein Aktivist in der LGBTQI-Community. Wenn also irgendjemand diese ganze Aufregung und auch vielleicht die Veranstaltung als einen Sieg verbuchen möchte für die eigene Partei oder politische Ausrichtung, muss ich leider sagen, das ist tatsächlich, wenn überhaupt, ein Pyrrhussieg. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe schon fast damit gerechnet im Vorfeld, dass dieser Antrag kommt. Ich habe auch damit gerechnet, dass diese Hysterie online ausbricht, weil wir sehen diesen Kampf in den Medien und wir sehen auch diesen Diskurs, der sehr, sehr oft sehr menschenfeindlich und auch sehr LGBTQI-feindlich geführt wird, sehr arg zurzeit. Wir sehen ihn in den USA und da wird gerade jetzt versucht einen Konflikt, den es rein rechtlich und kulturell in den USA massiv gibt, nach Österreich zu importieren und hier auch in Bezug auf medialer Aufmerksamkeit zu verwerten. Und genau das finde ich so verwerflich, weil man im Endeffekt eigentlich damit nur Menschen, die wirklich im Alltag sehr oft Diskriminierung erleben, die wirklich auch in der Community sehr viel Hass und sehr viel Hate-Crimes erleben, wo wir hier schon sehr oft darüber diskutiert haben, dass auch in Graz das Lokal der RosaLila PantherInnen schon zweimal attackiert wurde, dass es sehr viele Mitglieder der LGBTQI-Community gibt, die sagen, sie können sich gar nicht mehr Online-Auftritte quasi freuen, weil sie nur noch Hass-Kommentare bekommen, dass man hier dann hergeht und sagt, im Endeffekt macht ihr mit diesem Diskurs und mit diesem Antrag das genau gleiche wieder. Weil es geht immer nur darum, das ist so arg, dass hier im Endeffekt Drag-Queens Kindern etwas vorlegen und das ist hochsexualisiert, und das

ist kinderfeindlich. Und das verstehe ich ehrlicherweise nicht ganz, wenn man dort hingeht und sich das anhört, und dann mit den Kindern redet, die dort wirklich waren, und mit den Kindern redet, die dort schon seit 10 Jahren von Drag-Queens quasi Kinderbücher vorgelesen bekommen. Für Kinder ist das etwas ganz Normales, Kinder können hier scheinbar Toleranz leben und Akzeptanz leben und einfach quasi diese Kinderbuchlesung genießen, was Erwachsene scheinbar nicht können. Und auch in Bezug, weil die Candy Licious und auch die Gloria Hole angesprochen wurden, zwei Darg-Queens aus Graz, die ich persönlich sehr schätze, was die Facebook oder auf Instagram posten, und deswegen habe ich es mir leider nicht verwehren können, auch auf den Instagram-Kanal von dem Antragsteller zu gehen und dort einmal zu schauen, was wird dort so gepostet? Weil es ist ja scheinbar ganz schlimm, wenn Menschen in Badekleidung Postings machen, und es ist scheinbar ganz schlimm, wenn Leute auch in normaler Badekleidung auch Fotos von sich machen, und dann aber der Antragsteller selbst solche Dinge auf Instagram postet (*zeigt ein Foto von GR Günter Wagner in Badekleidung*), und dann sagt, von wegen, hier bitte, für euch auch (*zeigt das Foto den Stadtregierungsmitgliedern*), das ist ein großartiges Foto, gratuliere dazu, aber im Endeffekt hier zu sagen, du hast das übrigens auch nicht gelöscht, also hier im Endeffekt dann zu sagen, das ist so schlimm und das ist so sexualisierend, dass Menschen in Badekleidung auch Fotos von sich posten, versteh ich nicht ganz. Und es wird noch besser, ehrlicherweise, ich möchte euch das ja nicht ersparen, es gibt noch ganz andere Fotos auf diesem Instagram-Kanal, wo man sich denkt: So, ja, man kann es als Spaß verkaufen, man kann es als Spaß verkaufen, wo die Hand des Herren ist (*zeigt ein weiteres Foto von GR Günter Wagner*). Aber man kann auch sagen: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Und deswegen denke ich mir so, Drag-Queens und Kinderbuchvorlesungen von Drag-Queens sind kein Verbrechen, man sollt es auch nicht illegalisieren und wir stehen in Solidarität mit diesen Drag-Queens (*Appl.*).

**GR Ammerer:**

Werte Stadtregierung, werte Kolleg:innen im Gemeinderat, liebe Zuseher:innen im Livestream und auf der Galerie. Am Sonntag hat eine Lesung vor Kindern stattgefunden, in der Parteizentrale von uns Grünen. Alle die sagen, sie können sich keine Meinung bilden, weil sie nicht dort waren, gut, es gibt aber voll viele Videos vom Grazer und von der Kleinen Zeitung, da kann man auch sehen, wie es dort abgelaufen ist. Es war eine herzige Veranstaltung, die Kinder haben so eine Gaudi gehabt, und ihnen sind Geschichten vorgelesen worden, von einer Person in einem Kostüm. So wie auch ich schon oft auf der Bühne gestanden habe und Frauenrollen gespielt habe, vor Kindern, aber weil das nicht offiziell als Drag-Auftritt deklariert war, ist mir nie vorgehalten worden, ich würde sexualisieren. Zum Thema der schlüpfrigen Namen, haben Sie eigentlich schon einmal manche Kinderserien als Erwachsener noch einmal geschaut? Die sind voller Zweideutigkeiten, das ist eine Ebene, die Kinder nicht tangiert, ganz einfach. Und daraus eine Sexualisierung einer ganzen Veranstaltung, und erst recht der Kinder, zu basteln, ist ein bisschen akrobatisch. Ich kann es nicht nachvollziehen. Jedenfalls habe ich mich sehr gefreut jetzt, über die doch im Vergleich zu den vorherigen Äußerungen sehr gemäßigten Worte, danke Claudia Unger, das war gut gesprochen, auch der Kollege Wagner ganz anders als seine Partei sich in den letzten Wochen geäußert hat, also dass jeder sich ausdrücken soll können. Aber das ist halt heute besser, als es in der medialen Debatte war, aber was hier im Vorfeld gesagt worden ist und passiert ist, das muss man schon ansprechen. Die Jugendorganisation vom Antragsteller hat Fotos in der ganzen Stadt ausgehängt von diesen zwei Drag-Queens, und zwar im Stil eines Fahndungsfotos. Ich sage euch was das ist, das ist eine Zielmarkierung, das ist ein Gewaltaufruf, da braucht man gar nicht mehr dazuschreiben, auch Gewalt, wenn man Leute als Ziele markiert und im öffentlichen Raum aushängt. Es sind jetzt auch schon Ermittlungen, die deswegen aufgenommen wurden, und ich hoffe, das hat juristische Konsequenzen, weil das ist ein Maß an Verrohung, das wir in dieser Stadt nicht brauchen und nicht wollen. Zweitens, auf der Facebook-Seite eines Stadtrates unserer Stadt wurde zwar das Posting mehrmals nachbearbeitet, um eine unglückliche Formulierung, die ist dann

klargestellt worden, und viel besser, als sie davor war, aber die Kommentare, Entschuldigung, wir haben auch Verantwortung, die Kommentare bei unseren Auftritten zu moderieren. Ich lese ein paar vor: „Ein krankhaftes Treiben“, „Kindesmissbrauch“, „Wird dort Kinderpornographie gezeigt?“ und „Was gibt es als Snacks? Sch...lutscher“. Und das auf der Facebook-Seite in den Kommentaren, nicht von ihm selbst, das will ich ganz klar dazusagen, eines Stadtrates. Das ist Gewaltsprache. Und was passiert, wenn Gewaltsprache irgendwo Einzug hält? Irgendwann folgen Taten. Und es sind Taten gefolgt, es wurden Autoreifen aufgestochen, und ich würde eindringlich dafür plädieren, dass man jetzt in den Worten einmal alle ein bisschen abrüsten und uns vergegenwärtigen, wie weit dieser Diskurs schon eskaliert ist. Wenn Leuten Autoreifen aufgestochen werden, wenn es immer wieder zu immer stärkeren Gewaltvorfällen kommt, das Lokal der RosaLila PantherInnen attackiert wird, bitte ein bisschen aufpassen, weil es wird langsam gefährlich für LGBTIQ+ Personen in unserem Land und in unserer Stadt. Und ich weiß, dass das nicht der Wunsch ist von vielen in diesem Raum, und eben auch gerade von der ÖVP würde ich auch davon ausgehen, dass sie diesem Diskurs auch nicht weiter befeuern wollen, und möchte mich auch noch einmal für die sehr gute Wortmeldung von der Kollegin bedanken. Danke (*Appl.*).

**StR Dr. Riegler: (tatsächliche Berichtigung)**

Ich nehme an, dass ich gemeint bin, mit meinem Facebook-Betrag. Den habe ich niemals berichtigt, der war von Anfang an so geschrieben, wie er geschrieben ist. Und ich möchte nur anmerken, dass sehr, sehr viele Menschen mir zugestanden haben, auch auf Twitter, dass das absolut ein korrekter und respektvoller Beitrag von mir war, der eben in der Bandbreite der Meinungsfreiheit eben respektvoll mit dem Thema umgegangen ist.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**



Damit ist die tatsächliche Berichtigung gemacht. Ich denke sowieso, es wurde ja heute schon, ich weiß nicht, wer das heute gesagt hat, ich glaube, wir brauchen es auch nicht ausbreiten und es ist ja auch der Herr Gemeinderat Wagner dann noch am Schlusswort zur Dringlichkeit, aber eine Lehre gibt es daraus schon, einfach sich, man darf seine Meinung haben, aber Sie sind Mandatare und Mandatarinnen, und ich würde das auch jeder Privatperson sagen, aber hier speziell, überlegen Sie sich immer was Sie auf Facebook, Twitter, oder wie auch immer das heißt, ich bewege mich nicht in dieser Welt, Sie werden das von mir niemals hören, aber überlegen Sie sich immer, wie Sie sich selbst darstellen, beziehungsweise was Sie dort auch reinschreiben. Wir reden hier viel von Kindern, und das ist aber das Wichtigste, dass wir hier als gewählte Mandatare Vorbilder sein müssen, und in dieser Welt und dieser Tonart oder überhaupt, wie generell oft auch dokumentiert wird, das ist das schlechteste Vorbild, wenn wir heute schon über das Thema Kinder hier auch sprechen. Aber ich bitte den Herrn Gemeinderat Wagner um sein Schlusswort.

GR Günter **Wagner**:

Die breite Zustimmung zu diesem dringlichen Antrag zeichnet sich jetzt nicht ab. Nicht verwundern tut mich natürlich, das Abstimmungsverhalten und die Meinung der linken Seite, in dem Raum. Mich freut es, dass die Anna von mir zuhause Fotos hat, das ist sehr schön. Ich freue mich auch, dass sie dir gefallen, das ist sehr schön. Verwundert bin ich eher schon beim Michi Winter, der vom Drehen und Meinungändern spricht, und sich innerhalb von 30 Minuten dreht wie ein Blatt im Wind, der vor knapp einer halben Stunde noch gefordert hat, ein Fahrverbot für Fahrräder in der Schmiedgasse, und jetzt von Verboten auf einmal nicht mehr wissen will. Ja, so kann man es natürlich auch machen. Eines muss man aber hier auch deutlich sagen, die ÖVP zeigt endlich ihr wahres Gesicht, und zwar, dass sie sehr gut im Verkleiden sind, denn auf Social Media wettet man ganz wild und beim Abstimmungsverhalten schaut die Sache dann ganz anders aus, da wird dann das wahre Gesicht gezeigt. Trotzdem Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit t (gegen FPÖ, Lohr) abgelehnt.***

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Wir sind somit mit den dringlichen Anträgen am Ende und kommen zum nicht öffentlichen Teil. Ich darf mich bei allen Zuhörer:innen und Zuseher:innen via Livestream verabschieden im Namen des gesamten Gemeinderates und Ihnen noch einen schönen Abend wünschen. Auf der Galerie ist auch niemand mehr, somit können wir den Livestream ganz offiziell beenden und brauchen nicht auf die Citycom warten.